

Fünfte Sitzung – Cinquième séance

Donnerstag, 14. September 2017
Jeudi, 14 septembre 2017

08.00 h

16.071

Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren (Abschaffung der Billag-Gebühren). Volksinitiative

Oui à la suppression des redevances radio et télévision (suppression des redevances Billag). Initiative populaire

Zweitrat – Deuxième Conseil

Ständerat/Conseil des Etats 08.03.17 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 14.09.17 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 14.09.17 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 25.09.17 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 29.09.17 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 29.09.17 (Schlussabstimmung – Vote final)

Präsident (Stahl Jürg, Präsident): Wir führen eine allgemeine Aussprache zur Volksinitiative durch. In dieser Aussprache werde ich die Anträge der Minderheiten I und II (Rutz Gregor) zu Artikel 2 in Vorlage 1 sowie den Antrag der Minderheit Rutz Gregor zum Gegenentwurf zur Volksinitiative (Vorlage 2) begründen lassen. Dies bedeutet, dass wir innerhalb der allgemeinen Aussprache auch gleich die Detailberatung durchführen werden.

Candinas Martin (C, GR), für die Kommission: Im April hat unsere Kommission die Debatte zur Volksinitiative "Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren", besser bekannt unter dem Namen No-Billag-Initiative, aufgenommen und das Initiativkomitee sowie die SRG angehört. Die Volksinitiative verlangt die Abschaffung der öffentlichen Finanzierung von konzessionierten Radio- und Fernsehveranstaltern in der Schweiz.

Die Kommission hat von der Verwaltung zusätzliche Informationen verlangt. Einerseits wollte die Kommission wissen, was die Konsequenzen einer Budgetreduktion bei der SRG wären und welcher Umfang an medialem Service public bei tieferen Erträgen aus den Empfangsgebühren noch möglich wäre. Unsere Kommission verlangte, es seien zwei Varianten darzustellen, eine mit einem Gebührenbeitrag von 1 Milliarde Franken und eine mit einem Gebührenbeitrag von 750 Millionen Franken. Andererseits wurden vertiefte Abklärungen zu einer allfälligen Berücksichtigung der digitalen Entwicklung in der Bundesverfassung verlangt. Beide Berichte lagen bei der Beratung der Initiative im Juli 2017 vor.

Unsere Kommission empfiehlt Ihnen deutlich, mit 16 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung, die vorliegende Volksinitiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Eine Kommissionsminderheit möchte der No-Billag-Initiative einen direkten Gegenentwurf gegenüberstellen, mit dem die Abgabe pro Haushalt auf höchstens 200 Franken pro Jahr begrenzt werden soll. Sie möchte also eine Halbierung der

heutigen Empfangsgebühren für Radio und Fernsehen. Unternehmen sollen zusätzlich von der Abgabe gänzlich befreit werden.

Wir diskutieren heute als Zweitrat die No-Billag-Initiative, nachdem der Ständerat die Initiative in der Frühjahrssession ohne Gegenstimme, dem Bundesrat folgend, zur Ablehnung empfohlen hat. Auch ein direkter Gegenentwurf war im Ständerat weder in der Kommission noch im Rat ein Thema.

Die Mehrheit unserer Kommission ist der Meinung, dass sich das bestehende Modell für unsere sprachliche und kulturelle Vielfalt, aber auch für unsere direkte Demokratie bewährt hat. Es gewährleistet in allen Gegenden unseres Landes einen unabhängigen Service public von hoher Qualität. Der heutige Service public schliesst die gesamte Bevölkerung in allen Landesteilen ein. Die Schweizer Solidarität zugunsten des nationalen Zusammenhalts funktioniert. Über 70 Prozent der SRG-Einnahmen kommen aus der Deutschschweiz, aber nur 43 Prozent werden für die Angebote in deutscher Sprache eingesetzt. Die Differenz dient der Mitfinanzierung eines guten Radios und Fernsehens in den drei kleinen Landesteilen. Die französisch-, italienisch- und rätoromanischsprachige Schweiz hat dank dem Service public der SRG Zugang zu einer umfassenden, ausgewogenen und unabhängigen Berichterstattung und Medienvielfalt. Diese Solidarität, eine grosse Stärke der Willensnation Schweiz, soll weiterhin gelebt werden. Unabhängige Informationen sind gerade in einer direkten Demokratie von enormer Bedeutung.

Die Kommissionsmehrheit ist überzeugt, dass es aus staatspolitischen Gründen unerlässlich ist, dass die Schweiz weiterhin über einen unabhängigen und umfassenden medialen Service public verfügt. Der Ausgleich zwischen Mehrheiten und Minderheiten war, ist und bleibt das Erfolgsrezept einer gutfunktionierenden Schweiz mit einer in Europa einmaligen sprachlichen und kulturellen Vielfalt.

In unserer direkten Demokratie hat sich das bestehende duale Modell bewährt, mit der SRG als grosser, in allen Sprachregionen verankerten Anbieterin einerseits und mit regionalen konzessionierten Radio- und Fernsehveranstaltern mit einem Abgabenteil andererseits. Die SRG hat heute die finanziellen Möglichkeiten, ihren Service public umfassend zu gewährleisten. Bei rein privat finanzierten Sendern sind die Besitz- und Einflussverhältnisse nicht immer klar ersichtlich, und sie orientieren sich an einer kommerziellen Logik. Diese würde vieles aus dem Programm der SRG nicht zulassen.

Für die regionale und lokale Berichterstattung sorgt der Service public der lokalen Sender. 34 regionale Radio- und Fernsehstationen erhalten heute 5 Prozent aller Radio- und Fernsehgebühren. Die Erhöhung von 4 auf 5 Prozent erfolgte übrigens erst vor einem Jahr. So kommen heute den privaten Veranstaltern insgesamt 67,5 Millionen Franken zu. Dieser Betrag soll dank dem revidierten Radio- und Fernsehgesetz in nächster Zeit um weitere 13,5 Millionen Franken auf 6 Prozent erhöht werden; dies erfolgt zulasten der SRG. Ohne die Gebührenanteile würde es nicht nur keine SRG mehr geben – es könnten auch viele Regionalsender nicht überleben. Gäbe es im Fernsehen keinen regionalen Service public mit lokalen Informationen, wäre das für die föderalistische Schweiz ein immenser medienpolitischer Rückschlag.

Nun zum Gegenentwurf: Er fordert die Halbierung des heutigen Budgets der SRG und der privaten Radio- und Fernsehsender mit Gebührenanteilen. Der Zusatzbericht, den die Kommission bestellt hat, zeigt, dass mit einer Reduktion des SRG-Budgets um 550 auf 750 Millionen Franken ein massiver Abbau einherginge:

1. Die SRG ist heute mit sieben Hauptstudios und 17 Regionalstudios föderalistisch aufgestellt und in allen Regionen verankert. Mit weniger Geld müsste sie Fixkosten reduzieren und deshalb die meisten Standorte schliessen und/oder wie private Medienhäuser zentralisieren. Dies wäre sicher nicht zum Vorteil der kleinen Sprachgruppen, der Kantone und der Meinungsvielfalt in den Regionen. Die Gleichbehandlung der Landesteile, die überregionale Berichterstattung und die Standorte und Arbeitsplätze in den einzelnen Regionen und Kantonen würden wegfallen.

2. Die Reduktion des Gebührenanteils würde sich nicht durch zusätzliche Einnahmen aus Werbung kompensieren lassen.

Gute Sendungen für ein breites Publikum sind auf dem kleinen und viersprachigen Schweizer Markt unrentabel. So würde der Anteil an schweizerisch geprägten Eigenproduktionen der SRG um mindestens 40 Prozent einbrechen, da diese sehr kostenintensiv und im kleinen Schweizer Markt meist unrentabel sind. Private Medien könnten diese Lücke nicht schliessen.

3. Auch die schweizerische Kultur, das Schweizer Filmschaffen und die Schweizer Musik würden diese Reduktion stark zu spüren bekommen. So warnen z. B. auch die Mitglieder der Suisa vor einem Kahlschlag bei gebührenfinanzierten Medien, welche unsere Musik, unsere Kultur und unsere Identität verbreiten. Die Boulevardisierung, bei der man mit tiefen Kosten ein sehr breites Publikum erreichen will, würde sich ausbreiten, und ausländische Produzenten würden profitieren.

4. Die SRG hat ein breites Angebot für die Sinnesbehinderten. Sie müsste ihre diesbezüglichen Leistungen bei Eigenproduktionen einschränken. Auch in diese Lücke würden die Privaten nicht springen.

5. Die SRG hat heute mit ihren Synergien die Möglichkeit, umfassend über schweizweite Anlässe in allen und für alle vier Landessprachen zu berichten. Dies ist ein Vorteil für die Sichtbarkeit und Zusammengehörigkeit unserer vielfältigen Schweiz. Ausländische Anbieter würden bei einer Schwächung der SRG weiter expandieren und noch mehr Werbeeinnahmen ins Ausland abziehen.

Fazit: Mit einer Halbierung der heutigen Empfangsgebühren für Radio und Fernsehen schwächen wir die SRG massiv, aber auch die 34 regionalen konzessionierten Radio- und Fernsehstationen mit Gebührenanteil; nicht wenige der Letzteren würden dies nicht überleben. Wir würden ohne Not den Medienplatz Schweiz schwächen und einen zentralistischen medialen Einheitsbrei fördern. Die Kommissionsmehrheit spricht sich hingegen für eine verstärkte Kooperation zwischen der SRG und den Privaten zur Stärkung des Medienplatzes Schweiz aus.

Der vorliegende Gegenvorschlag hätte einschneidende negative Konsequenzen. Er wäre nicht zum Vorteil unserer direkten Demokratie, nicht zum Vorteil der kleinen Sprachgruppen, der Meinungsvielfalt in den Regionen, nicht zum Vorteil des eidgenössischen Zusammenhalts und der Schweizer Identität, nicht zum Vorteil des Medienplatzes Schweiz.

In diesem Sinne beantragt die Kommissionsmehrheit, auf den Gegenentwurf nicht einzutreten und die Initiative wie der Bundesrat und der einstimmige Ständerat zur Ablehnung zu empfehlen.

Hiltbold Hugues (RL, GE), pour la commission: L'initiative populaire "Oui à la suppression des redevances radio et télévision (suppression des redevances Billag)", appelée plus communément initiative "No Billag", a été déposée le 11 décembre 2015, munie de 112 191 signatures valables. Les initiateurs demandent la modification des alinéas 2 à 6 de l'article 93 de la Constitution. A l'alinéa 4, leur projet précise que la Confédération "ne subventionne aucune chaîne de radio ou de télévision". A l'alinéa 5, le projet prévoit qu'"aucune redevance de réception ne peut être prélevée par la Confédération ou par un tiers mandaté par elle". Les initiateurs, vous l'aurez compris, demandent purement et simplement l'abolition de la redevance de réception pour la télévision et la radio, ce qui a pour corollaire l'abandon des subventions directes versées aux diffuseurs de programmes de radio et de télévision titulaires d'une concession et chargés d'un mandat de prestations.

Le Conseil fédéral propose aux Chambres fédérales, dans son projet d'arrêté, de recommander au peuple et aux cantons le rejet de l'initiative populaire sans lui opposer de contre-projet, qu'il soit direct ou indirect. Le 8 mars dernier, le Conseil des Etats, conseil prioritaire, a approuvé, sans opposition, de recommander le rejet de l'initiative populaire et n'a pas souhaité de contre-projet.

Vous me permettez de rappeler que ce sujet a souvent été abordé ces dernières années, que ce soit à la faveur des débats sur la révision de la loi fédérale sur la radio et la télévision – projet adopté le 26 septembre 2014 (13.048) et qui

traitait de la modification de la perception de la redevance –, que ce soit durant la campagne référendaire précédant la votation populaire du 14 juin 2015, qui a vu la loi être acceptée à une courte majorité par le peuple – la partie révisée de la loi entrera en vigueur, je le rappelle, en 2019 –, que ce soit à l'occasion du débat sur le rapport Service public (16.043) dont notre conseil a débattu en mars dernier, que ce soit encore lors des débats qui ont eu lieu dans notre conseil au début de cette semaine sur les différentes interventions parlementaires issues de la Commission des transports et des télécommunications.

Vous me permettez également d'attirer votre attention sur les difficultés financières inhérentes aux baisses de revenus publicitaires qui frappent de plein fouet les médias privés aujourd'hui. Ces éléments étaient inévitablement à l'esprit des membres de la commission lors des débats sur cet objet.

Lors de sa séance du 10 avril 2017, la commission a entendu successivement les délégués du comité d'initiative et les représentants de la SSR. Les représentants du comité d'initiative estiment que les consommateurs de radio et télévision doivent uniquement payer ce qu'ils consomment réellement et non une redevance fixe qui ne tient pas compte de leur utilisation. Ils sont convaincus que les consommateurs sont prêts à payer pour les émissions qui les intéressent uniquement, d'autant plus si elles sont de qualité. Sur la question de l'impact que cela aurait pour les différentes régions linguistiques, les membres du comité d'initiative estiment qu'il y aurait suffisamment de consommateurs pour qu'une offre de radio et de télévision soit rentable. Sur la question de l'éventuelle disparition de l'offre dans certaines régions de notre territoire, les initiateurs estiment que le financement public d'une telle offre devrait venir du ou des cantons concernés, voire d'un concordat intercantonal, et non d'une redevance perçue globalement au niveau suisse.

Les représentants de la SSR ont, quant à eux, indiqué que l'abandon de la redevance aurait pour conséquence qu'il ne resterait plus que l'option d'un financement exclusif par la publicité. Il serait alors, pour la SSR, impossible de maintenir des émissions nationales dans toutes les régions linguistiques. Le seul émetteur national qui pourrait subsister serait en langue allemande. Les autres régions linguistiques devraient se contenter d'émetteurs locaux privés ou financés par le truchement d'un concordat, sans compter qu'une telle évolution poserait inéluctablement des problèmes majeurs pour la diffusion d'émissions culturelles ou d'événements sportifs avec, vraisemblablement, la disparition de certaines émissions qui sont appréciées aujourd'hui. Les représentants de la SSR ont rappelé que si, dans certains pays, on dispose effectivement d'une offre payante pour des retransmissions sportives, les coûts de celles-ci dépassent largement le montant de la redevance. Ils ont également indiqué que le bassin de population suisse était trop restreint pour instaurer un système de "pay-per-view" avec des coûts par utilisateur qui restent abordables.

Pour les représentants de la SSR, un contre-projet direct ou indirect affaiblirait fortement les médias publics et, corollairement, les médias privés.

Pour mémoire, les moyens investis pour la SSR sont répartis à raison de 40 pour cent dans l'information, de 30 pour cent dans le domaine culturel, de 20 pour cent dans le domaine sportif et le solde dans le divertissement.

Lors de cette même séance du 10 avril 2017, la commission a décidé de solliciter l'Office fédéral de la communication en lui demandant un rapport mettant en évidence: d'abord, l'impact qu'aurait une réduction du montant total du produit de la redevance à 1 milliard de francs au lieu des 1,235 milliard de francs actuels, soit une réduction de l'ordre de 18 pour cent du budget; ensuite, l'impact qu'aurait une réduction du montant total du produit de la redevance à 750 millions au lieu des 1,235 milliard de francs actuels, soit une réduction de l'ordre de 33 pour cent du budget; enfin, un éclaircissement sur différents points concernant l'article 93 de la Constitution. Le rapport de l'OFCOM du 19 juin 2017 met en évidence le fait qu'une réduction du montant total du produit de la redevance à 1 milliard de francs ne met pas en péril de manière fondamentale le mandat de service public de la SSR,

qui doit être fourni, je vous le rappelle, avec des prestations dans les domaines de l'information, de la culture, de la formation, du sport et du divertissement. En revanche, l'impact en matière de personnel est une réduction de l'ordre de 800 emplois, équivalents plein temps, et une diminution du nombre de sites et de bureaux régionaux, notamment en Romandie, qui n'aurait plus qu'un seul site, ainsi que dans le canton du Tessin et dans les Grisons, qui n'auraient plus que des bureaux régionaux. La variante à 750 millions de francs met en péril le mandat de service public de la SSR; l'impact en matière de personnel est encore plus conséquent dans la mesure où l'on évoque une réduction de l'ordre de 1900 emplois, équivalents plein temps, et une concentration dans un seul grand site avec une desserte des régions par des bureaux régionaux.

Lors de ses séances des 3 et 4 juillet 2017, c'est avec attention que la commission a pris connaissance du message du Conseil fédéral et du rapport de l'OFCOM du 19 juin 2017. Lors de ces débats, la plupart des membres de la commission ont rappelé leur attachement à un service de radiotélévision public de qualité, et ce pour l'ensemble des régions linguistiques de notre pays.

A ce titre, pour la majorité de la commission, un maintien de la redevance est la seule option qui permette de garantir cette offre, tant pour la SSR que – je le rappelle – pour les médias privés.

Le montant de la redevance, sa répartition ainsi que l'évolution des recettes publicitaires ont fait l'objet de débats généraux, et chacun s'entend sur le fait qu'une évolution législative est incontournable à court terme.

La commission a par ailleurs été saisie de plusieurs propositions de contre-projets.

La commission a, dans un premier temps, tranché la question de savoir si le contre-projet devait être direct ou indirect. Elle a décidé, par 15 voix contre 10 et aucune abstention, que le contre-projet serait indirect. Cette décision a donné lieu à la proposition de la minorité Rutz Gregor, qui vise à ce que le contre-projet direct prévoie un montant maximal de la redevance plafonné à 200 francs et à ce que les entreprises en soient exonérées.

La majorité de la commission a, dans un second temps, rejeté la proposition d'élaborer un contre-projet indirect prévoyant le plafonnement commun de la redevance des ménages et des entreprises et visant à ce que le produit de la redevance n'excède pas 1,1 milliard de francs par an et que les médias privés reçoivent une part fixe de la redevance, avec un minimum correspondant au montant maximal actuel. Cette proposition a été rejetée, par 14 voix contre 11 et aucune abstention.

Il convient de rappeler qu'il est impossible de déposer une proposition de minorité en vue d'opposer un contre-projet indirect à l'initiative. C'est la raison pour laquelle vous ne trouverez pas de telle proposition.

La commission a, dans la foulée, décidé de suivre la position du Conseil des Etats, à savoir de recommander le rejet de l'initiative sans lui opposer de contre-projet, et ce par 16 voix contre 8 et 1 abstention.

La proposition de la minorité Rutz Gregor prévoit, au contraire, d'accepter le contre-projet et de recommander le rejet de l'initiative ou, à défaut, l'acceptation de l'initiative.

Je tiens à préciser que la majorité de la commission a été sensible aux arguments du Conseil fédéral et des rapports de l'OFCOM, qui ont mis en exergue les éléments suivants: la redevance baissera dès l'entrée en vigueur de la loi fédérale sur la radio et la télévision pour atteindre un montant inférieur à 400 francs par année. Est-ce que ce sera 390 francs ou 370 francs? Rien n'est à ce jour arrêté, mais le montant pour les ménages sera inférieur au montant actuel, qui est de l'ordre de 451 francs par année.

Dans le message et lors du débat traitant du rapport sur le service public, le Conseil fédéral s'est prononcé en faveur d'un plafonnement du financement de la SSR au niveau actuel, soit à environ 1,2 milliard de francs par année. Selon le comité d'initiative, une suppression de la redevance aurait un effet dopant sur la concurrence en matière de radio et de télévision. Il a été rappelé que le marché suisse, no-

tamment certaines régions linguistiques, était beaucoup trop exigu pour financer une offre journalistique de qualité sans l'appui de la redevance. Conformément à ce qui a été annoncé dans le cadre du rapport sur le service public, il a été confirmé en commission qu'une nouvelle loi sur les médias tenant compte de l'évolution technologique devrait voir le jour au début de 2018.

Les défenseurs des propositions de la minorité Rutz Gregor estiment qu'il est nécessaire d'opposer à cette initiative un contre-projet indirect qui plafonne le produit total de la redevance à 1,1 milliard de francs, considérant que le mandat de service public n'est pas remis en cause par ce plafonnement et qu'il y a un potentiel d'économies au sein de la SSR qui justifie cette réduction.

Vous me permettez de conclure en vous rappelant que la commission a considéré qu'un système avec une redevance finançant la radio et la télévision permettait de garantir un service public de qualité; qu'elle a martelé la nécessité d'avoir en Suisse un service d'information étendu et diversifié dans une démocratie directe telle que la nôtre; qu'elle a souligné l'importance de la prise en considération des différentes régions linguistiques et le rôle de la redevance dans le financement des radios et télévisions locales; qu'elle a pris acte du fait qu'à court terme le Conseil fédéral présentera un projet de loi qui prendra en compte, entre autres, les conditions-cadres de la redistribution de la redevance et les applications numériques dans le monde des médias.

Ce sont toutes ces raisons qui ont poussé la commission à vous inviter, par 16 voix contre 8 et une abstention, à suivre le Conseil fédéral et le Conseil des Etats, et à recommander le rejet de cette initiative sans lui opposer de contre-projet.

Rutz Gregor (V, ZH): Was ist der Hintergrund der Diskussion, die wir hier führen? Wir sprechen hier über die No-Billag-Initiative. Diese Initiative will alle Gebühren streichen. Sie war eine Reaktion auf die Abstimmung zur Revision des Radio- und Fernsehgesetzes, mit der ja bekanntlich eine Mediensteuer eingeführt wurde. Das System wurde also umgestellt. Neu müssen alle Leute für Radio und Fernsehen bezahlen, völlig unabhängig davon, ob sie diese Medien konsumieren oder nicht. Ich habe zu beidem Nein gesagt. Ich habe Nein gestimmt bei dieser Abstimmung, und ich habe die Initiative nicht unterschrieben, weil ich finde, beide Lösungen seien falsch.

Ich habe festgestellt, dass die Revision des Radio- und Fernsehgesetzes ganz, ganz knapp angenommen worden ist – nicht zuletzt darum, weil versprochen worden war, es werde dann eine ganz offene Diskussion über den Service public geführt, eine Diskussion darüber, wie man die heutigen Gesetze den Realitäten anpassen könnte. Diese Diskussion verlief dann leider weitgehend im Sand. Die Gesprächsbereitschaft war an einem kleinen Ort. Stattdessen mussten wir in der Kommission feststellen, dass regimentsweise Gutachter aufgebeten wurden, welche beweisen sollten, dass die SRG alles besser könne als der Rest der Welt. Wir haben eine Medienkommission, die das Departement installiert hat, die alles noch einmal wissenschaftlich untermauern soll, was das Bundesamt und das Departement an Verlautbarungen veröffentlichten. Und so wurde die Diskussion Schritt um Schritt abgewürgt, oder die Leute wurden weiterverwiesen. Nicht das Erreichte zählt, sondern das Erzählte reicht – das war so etwa das Motto der vergangenen Monate. Nun hätte diese Medienkommission gestern, Sie haben es vielleicht gesehen, schon den nächsten Schritt, den nächsten Griff in die Zaubertüte kommunizieren sollen: ein neues Mediengesetz – ein Mediengesetz, nach welchem wir in jeder der vergangenen fünf bis zehn Kommissionssitzungen gefragt haben. Wir haben gefragt, was in diesem Gesetz genau stehen werde, aber das konnte uns niemand sagen. Offensichtlich – wenn man sieht, was hier jetzt an Ankündigungen bereits gemacht wurde – gibt es dieses Gesetz aber schon in einem fortgeschrittenen Stadium.

Worum geht es? Es geht hier nicht um die SRG. Wir müssen aus dieser Strukturhaltungsdiskussion herauskommen, das gehört in die Siebzigerjahre des letzten Jahrhunderts. Wir müssen die neuen technischen Realitäten sehen,

und wir müssen hier über Medienfreiheit und Medienvielfalt diskutieren, als Grundlage der Demokratie.

Es gibt einen staatspolitischen Aspekt, den wir berücksichtigen müssen: Medien ermöglichen den demokratischen Diskurs. Es ist darum in unserem Interesse, dass es eine möglichst grosse Zahl verschiedener Medien gibt, die unabhängig sind – und unabhängig heisst inhaltlich und finanziell unabhängig. Sie wissen das alle: Inhaltlich unabhängig sind Sie, wenn Sie sagen können, was Sie möchten, und finanziell unabhängig sind Sie, wenn Sie niemandem Rechenschaft schulden, wenn Sie niemandem etwas zuliebe tun müssen. Das zeigt auch: Wenn Sie von jemandem finanziell abhängig sind, sind Sie automatisch auch inhaltlich abhängig. Diesen staatspolitischen Aspekt möchten wir berücksichtigen.

Die ganze Debatte hat aber auch eine wirtschaftspolitische Dimension. Das zeigt die Tatsache, dass die beiden grossen Wirtschaftsverbände, der Schweizerische Gewerbeverband und Economiesuisse, den Gegenvorschlag unterstützen. Mein Gegenvorschlag ist ein Mittelweg zwischen den beiden Extremvarianten. Es gibt die Extremvariante de Weck "Jeder Rappen zählt" oder, umgekehrt gesagt, dass kein Rappen eingespart werden kann, weil sonst die Welt untergeht. Der andere Extremvorschlag ist der Vorschlag der Initiative, der alles streichen möchte.

Wir müssen den Service public fokussieren. Es kann doch nicht sein, dass die SRG amerikanische Spielfilme, amerikanische Serien ausstrahlt und alles macht, was 17 andere, Private auch schon ausstrahlen. Das ist nicht der Sinn des Service public. Sein Sinn ist, dass man sprachliche Minderheiten berücksichtigt, die nationale Kohäsion fördert, wie es in der Konzession steht – sich eben von den Programmen der Privaten unterscheidet. Das ist der Sinn des Service public. Wir haben in der Kommission viele Gegenvorschläge diskutiert; Sie haben es gesehen. Wir haben auch diskutiert, ob man zum Beispiel 10 Prozent einsparen könnte – genau das, was jetzt zum Beispiel Tamedia und Ringier, grosse private Verlage, auch machen müssen. Diese können sich den wirtschaftlichen Realitäten nicht entziehen, sie haben nicht einfach Milliardenbeträge an Gebühren, die jedes Jahr automatisch kommen.

Dieser Diskussion will man sich nicht stellen. Es kann doch nicht sein, dass es nicht möglich ist, bei der SRG 5, 10 oder 15 Prozent einzusparen. Darum ist dieser Gegenvorschlag aus unserer Sicht der richtige Weg. Sie können hier nicht immer das Beste aus zwei Welten wollen. Wenn es um den Auftrag geht, sagt die SRG: Nein, wir sind ein Unternehmen, wir müssen unternehmerische Freiheit haben, diesen Auftrag darf man nicht wörtlich nehmen. Wenn es um Einsparungen geht, sagt sie: Nein, wir haben einen Auftrag, den man genau anschauen muss, wir können keine Einsparungen machen. Es geht nicht an, den Fünfer und das Weggli auf Kosten der Steuer- und Gebührenden zu haben.

Mit diesem Gegenvorschlag eröffnen wir die Möglichkeit für eine zielgerichtete Diskussion. Es müssen Einsparungen vorgenommen werden. Wir können uns den technischen Realitäten hier nicht entziehen, auch wenn gewisse Kolleginnen und Kollegen irgendwo in den Siebzigerjahren des letzten Jahrhunderts steckengeblieben sind.

Chevalley Isabelle (GL, VD): Sous prétexte de vouloir un modèle économique différent pour la SSR, les initiants veulent tout simplement la mort du service public.

Le service public n'est pas un simple slogan; il implique une information objective, une diversité culturelle et sportive, ainsi, bien sûr, que le respect des minorités dans un pays qui a quatre langues nationales pour 8 millions d'habitants.

Le budget de la SSR ne peut pas être diminué de moitié en un claquement de doigts. Sa mission implique un socle financier minimum important. On ne peut pas toujours miser sur la publicité. Quel annonceur viendra prendre la tranche horaire autour de l'émission du dimanche matin "Dieu sait quoi"? Cette émission est l'exemple même de ce que l'on attend d'un service public: elle favorise le dialogue interreligieux dans l'intérêt de la cohésion de notre société, société constamment en évolution. Non, TF1 ou d'autres chaînes étrangères ne parleront pas des problématiques spécifiques

à notre pays. Nous devons garder un service public fort. Il faut aussi pouvoir garantir une équité des temps de parole lors de votations ou d'élections; les chaînes privées ne sont pas tenues de le faire. Oui, avoir un service public de qualité, cela a un prix. Ce prix est dû à un coût lié au respect des minorités, à des coûts de retransmission de manifestations sportives en hausse mais aussi à des exigences de qualité croissante légitimes. Prenez ces magnifiques images de courses de ski qui nous permettent de rendre ces descentes passionnantes, tout en faisant découvrir nos magnifiques paysages. Cela a un coût, mais les téléspectateurs sont en droit d'exiger cette qualité au vu de ce qui se fait ailleurs. Limiter les moyens de la SSR, c'est une atteinte aux minorités de ce pays, c'est une diminution de la qualité, c'est une mise en danger du cinéma suisse, de la diversité culturelle et sportive, et c'est une atteinte à la cohésion sociale et nationale de notre pays.

Pour toutes ces raisons, le groupe vert/libéral recommandera le rejet de l'initiative et rejettera la proposition de contre-projet.

Grossen Jürg (GL, BE): Wir beraten heute eine Initiative, die faktisch Radio und Fernsehen, welches über staatliche Empfangsgebühren finanziert ist, ausserhalb von Kriegszeiten verbietet. Wir Grünliberalen lehnen eine derart fundamentale Umgestaltung der Medienlandschaft Schweiz klar ab. Eine ausreichende Versorgung mit Radio und Fernsehen wäre damit nicht mehr in allen Sprachregionen gewährleistet. Der mediale Service public würde stark geschwächt oder ganz verschwinden. Die Existenz zahlreicher heutiger Veranstalter wäre infrage gestellt, die Meinungs- und Angebotsvielfalt würde reduziert.

Der Ständerat hat die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfohlen. Unsere Kommission hat beschlossen, dem Ständerat so zu folgen.

Wir Grünliberalen haben uns intensiv mit der Initiative und vor allem auch mit den Gründen für deren Zustandekommen befasst und lehnen sie im Ergebnis ab. Sie ist schlicht zu extrem. Wir sehen aber ganz klar Handlungsbedarf. Ein "Weiter wie bisher" darf es nicht geben. So ist der bestehende Verfassungsartikel 93 zu Radio und Fernsehen veraltet, weil die heute stark verbreitete Online-Technik damit nicht ausreichend erfasst wird. Ein weiteres Problem ist, dass mit dem Bevölkerungs- und dem Wirtschaftswachstum die Gebühreneinnahmen der SRG automatisch immer weiter wachsen, ohne dass die SRG mehr Inhalte produzieren müsste.

Deswegen haben wir in der Kommission einen indirekten Gegenvorschlag auf der Basis des Radio- und Fernsehgesetzes eingebracht, welcher bei den Gebühren für Haushalte und Unternehmen und damit auch für die SRG einen Plafond, also ein Gebührendach, in der Grössenordnung von 1,1 Milliarden Franken verlangt hätte. Das entspricht in etwa dem, was wir im Nationalrat mit der angenommenen Motion Maier Thomas 15.3747 verlangt haben. Heute hat die SRG rund 100 Millionen Franken mehr zur Verfügung als vor zehn Jahren.

Leider hat unser indirekter Gegenvorschlag in der Kommission, immerhin relativ knapp, keine Mehrheit gefunden, was wir ausserordentlich bedauern. Für uns ist es nicht in Ordnung, dass wir im Parlament nach der hauchdünnen Annahme der Haushalts- und Unternehmensabgabe beim RTVG einfach so zur Tagesordnung übergehen und nicht einmal eine minimale Anpassung machen. Frau Bundespräsidentin Leuthard hat zwar in der Beratung versprochen, dass sie die SRG-Gebührenanteile bei 1,2 Milliarden Franken plafonieren will, aber festgeschrieben ist das bis heute nirgends.

Wenn wir die Unzufriedenheit in breiten Teilen der Bevölkerung und bei vielen privaten Medienanbietern in dieser Frage nicht ernst nehmen, wird sich das früher oder später rächen; davon bin ich überzeugt. Es wäre aus unserer Sicht einfach und zweckmässig gewesen, wenn wir in Zusammenhang mit dieser No-Billag-Initiative zumindest eine minimale Bereinigung gemacht hätten. Das wäre einerseits in der Sache sinnvoll gewesen und hätte andererseits zur Beruhigung der mitunter gehässigen Stimmung im Bereich des medialen Service public beigetragen. Aber gutschweizerische Kompromisse haben ja leider nicht immer Hochkonjunktur. Stattdes-

sen wird gerne polarisiert, "abgetischt" und idealisiert. Das ist schade und bringt unser Land nicht weiter.

Eine Minderheit möchte der Volksinitiative einen direkten Gegenentwurf gegenüberstellen und die Abgabe für Haushalte auf höchstens 200 Franken pro Jahr begrenzen. Unternehmen sollen sogar ganz von der Abgabe befreit werden, was ich persönlich als Unternehmer ja noch begrüßen würde.

Trotzdem lehnen wir den Vorschlag als Ganzes ab, weil er einer Halbierung der SRG gleichkommen würde. Es braucht eine SRG mit ausreichenden finanziellen Mitteln, damit sie die demokratische Meinungs- und Willensbildung fördern kann. Das ist für uns Grünliberale zentral. Auch für die nationale Kohäsion ist die SRG mit ihrem mehrsprachigen Angebot ein wichtiges Element. Es muss jedoch erlaubt sein, die Gesamthöhe dieser Gebühren ohne grosse Polemik zu diskutieren. Einen Vorschlag dazu haben wir mit unserem indirekten Gegenvorschlag gemacht; die Kommission hat das leider nicht zugelassen.

Im Grundsatz wollen wir Grünliberalen so viel staatlichen Service public wie nötig, aber so wenig wie möglich. Unser Ziel ist eine möglichst klare Trennung von mit öffentlichen Geldern finanzierten Service-public-Inhalten einerseits und den restlichen Angeboten andererseits. Als Service-public-Inhalte gelten für uns insbesondere Information, Kultur und Bildung. Im Zentrum stehen dabei publizistische Inhalte wie Nachrichtensendungen, informierende Magazinsendungen, Reportagen und Dokumentationen. Nicht zwingend dazu gehört für uns jedoch die Unterhaltung, mit Ausnahme von schweizerischen Eigenproduktionen, z. B. von Filmen und Serien.

Weil die Inhalte auf gesamtschweizerischer Ebene weiterhin primär durch die SRG produziert werden sollen, sollen regionale und lokale Inhalte primär von den privaten Anbietern hergestellt werden. Dafür müssen aber die Rahmenbedingungen für die Privaten verbessert werden. Zudem sollen die Service-public-Inhalte möglichst ohne Einschränkungen über alle Medienkanäle angeboten werden können, also sowohl über Radio und Fernsehen wie auch online. Nur so erreichen wir das Ziel der Bundesverfassung, nämlich alle Bevölkerungs-, Alters- und Sprachgruppen in der ganzen Breite zu erreichen.

Einen ersten Schritt dazu haben wir diese Woche mit dem ohne Gegenstimme angenommenen Shared-Content-Modell (17.3627) gemacht. Ich habe bereits erwähnt, dass die Verfassungsgrundlage, der heutige Artikel 93 in der Bundesverfassung, den Anforderungen der digitalen Welt aus unserer Sicht nicht mehr genügt. Der Bundesrat lehnt die Revision der Bestimmung mit der Begründung ab, dass die Bestimmung heute zwar anders formuliert würde, dass sie aber für die verfolgten Zwecke genüge. Wir Grünliberalen sind da klar anderer Ansicht. Die Begriffe Radio und Fernsehen sind unklar, da damit sowohl Verbreitungskanäle als auch Tätigkeiten und Inhalte gemeint sein können. Es bleibt also noch viel zu tun.

Es ist zu hoffen, dass die neue Konzession der SRG und auch das angekündigte Mediengesetz zeitgemässe Antworten auf diese Fragen liefern werden. Zentral ist aus unserer grünliberalen Sicht, dass die SRG künftig stärker auf das fokussiert, was ihre Kernaufgaben sind.

Wir Grünliberalen lehnen sowohl die untaugliche Initiative wie auch den etwas übermütigen Gegenvorschlag ab.

Burkart Thierry (RL, AG): Die FDP-Liberale Fraktion empfiehlt Ihnen die No-Billag-Initiative zur Ablehnung.

Die Medien in der Schweiz wie in allen Demokratien dieser Welt stellen als vierte Gewalt eine gewichtige kritische Stimme zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft dar. Der Medienmarkt verändert sich aufgrund der neuen Technologien und der Konvergenz radikal. In dieser sich stark verändernden Medienlandschaft spielt die SRG eine wichtige Rolle und leistet einen wichtigen Beitrag zur Medienvielfalt in der Schweiz. Jedoch darf nicht vergessen werden, dass die kleineren, privaten Medienanbieter mit und ohne Gebührenunterstützung ebenfalls einen entscheidenden Beitrag zum Service public und zur Programm- bzw. Medienvielfalt leisten. Dieses Zusammenspiel diverser Anbieter gewährleistet grundsätzlich

ein breites und vielfältiges Medienangebot in allen Sprachregionen.

Immitten dieser schwierigen Marktsituation fordert die No-Billag-Initiative eine radikale Umkrempelung der Finanzierungsgrundlage für Medienanbieter. Sie zielt mit der Abschaffung der Empfangsgebühren für Radio- und Fernsehveranstalter einseitig auf die Finanzierung ab. Alle konzessionierten und gebührenfinanzierten Radio- und Fernsehveranstalter müssten also künftig ohne Einnahmen aus dem Gebührentopf auskommen, und das sind neben der SRG mit 13 TV-Anbietern und 21 Radiostationen mehr, als man denkt. Die Initiative ist daher einseitig, aber auch zu radikal und kurzfristig.

Keine Frage: Die SRG ist heute zu marktmächtig, und dass die privaten Radio- und Fernsehveranstalter auch aus dem Gebührentopf versorgt werden, ist im Sinne eines liberalen Medienmarkts ein ordnungspolitischer Sündenfall. Man muss sich bezüglich der SRG aber bewusst sein, dass ohne diese finanzielle Unterstützung vor allem in Randregionen künftig keine eigenen Radio- und Fernsehstationen mehr betrieben würden. Dadurch würden viele regionale und kulturelle Medieninhalte nicht mehr produziert. In einem kleinen, viersprachigen Land wie der Schweiz braucht es zwingend ein vielfältiges Medienangebot. Die Medien erfüllen nicht nur ihren Informations- und Unterhaltungsauftrag, sondern sind auch ein Element des nationalen Zusammenhalts. Gleichzeitig würde das verringerte Schweizer Angebot dazu führen, dass mehr Inhalte aus dem benachbarten Ausland konsumiert würden. Aufgrund der tieferen Nutzerzahlen würde sich die Finanzierungsproblematik der hiesigen Medienanbieter zusätzlich verschärfen. Die SRG und andere Medienanbieter sähen sich in ihrer Existenz bedroht.

Eine Regelung einzig über die Finanzen ist daher kurzfristig. Radikale Lösungen, wie sie die No-Billag-Initiative anführt, sind nämlich weder zielführend noch nachhaltig. Vielmehr braucht es eine klarere Definition des Inhalts und damit eine gründliche Diskussion rund um den Umfang des Service public in den Medien. Leider hat dies weder der Bundesrat noch das Parlament mit dem Service-public-Bericht wirklich zielführend gemacht. Die FDP-Liberale Fraktion ist aber dennoch der Auffassung, dass die Finanzen dem Inhalt folgen müssen und nicht umgekehrt. Diesem Irrtum unterliegt auch der Minderheitsantrag. In der vorberatenden Kommission wurden verschiedene Beträge für die Begrenzung der Mittel zugunsten der SRG genannt. Schliesslich landeten die Antragsteller bei 200 Franken für die Abgabe. Die inhaltlichen Konsequenzen sind unklar.

Die Medienanbieter sind gefordert, in einem veränderten Umfeld neue Finanzierungsgrundlagen für die wegfallenden Erträge zu finden. Das hat aber zur Folge, dass das Tätigkeitsfeld der SRG nicht ausgeweitet werden darf. Zudem muss sie in Bezug auf die Mittelverwendung transparenter werden. Das Ziel muss es sein, dass wir auch weiterhin von einem reichen medialen Angebot profitieren können, welches alle Regionen in der Schweiz abdeckt und der Gesamtbevölkerung zugutekommt. Dazu braucht es eine starke, aber im Rahmen klar gezogener Grenzen agierende SRG und private Medienanbieter, die Entwicklungsmöglichkeiten haben. Das ist heute zu wenig der Fall. Die No-Billag-Initiative würde diesem Umstand aber keine Abhilfe verschaffen.

Die FDP-Liberale Fraktion empfiehlt Ihnen die Initiative grossmehrheitlich zur Ablehnung, da die einseitige, zu kurz-sichtige und zu radikale No-Billag-Initiative zu weit geht. Den Minderheitsantrag lehnen wir ebenso ab, weil er wie die No-Billag-Initiative lediglich die Finanzen, nicht aber den Inhalt regeln will.

Borloz Frédéric (RL, VD): La situation médiatique en Suisse est complexe et subit une évolution rapide ces dernières années. D'une part, d'énormes parts de marché publicitaires ont été perdues ces dernières années; on parle de sommes considérables, de 1 à 1,5 milliard de francs. La faute n'est imputable à personne, bien sûr, mais il faut simplement faire le constat qu'une évolution incroyablement rapide est en cours dans les médias, et que les pays voisins utilisent des

moyens technologiques qui leur permettent de venir prendre des parts de marché publicitaires dans notre pays.

D'autre part une initiative appelée communément "No Billag" propose ni plus ni moins de supprimer la redevance que chaque résident et entreprise paient annuellement en Suisse. En résumé, c'est la fin du service public qui est ainsi proposée, un service fourni à la population à travers la télévision, la radio, les médias électroniques, mais aussi à travers des soutiens culturels, sportifs, associatifs, etc. Il s'agit d'un service dit universel qui transmet aux habitants de la Suisse, et aussi de manière internationale, de l'information, du divertissement, des reportages, du sport, bref, un aperçu global de la vie de notre pays et de ce qui se passe dans le monde 24 heures sur 24, et ceci dans nos langues nationales.

On a tous des critiques à formuler à l'encontre des médias. Peut-être encore plus vis-à-vis de la SSR qui profite d'une manne publique. Qu'on soit d'un parti de gauche ou d'un parti de droite, un Suisse romand, un Zurichois, un Tessinois, par exemple, on a trouvé, ici, qu'il y en avait trop pour la partie adverse, là, qu'il n'y avait pas assez d'objectivité, une autre fois, qu'un programme était ridicule; bref, il y a un mécontentement légitime.

Mais c'est un peu l'arbre malade que l'on regarde et qui cache la forêt. Tout cela ne permet toutefois pas de jeter purement et simplement nos chaînes nationales à la poubelle, car celles-ci cumulent de nombreuses fonctions utiles pour nous, les Suisses, ou à tout le moins les habitants de notre pays. D'abord, il y a un élément de cohésion nationale qui me paraît évident. Non seulement on parle quatre langues dans notre pays, mais les sensibilités sont aussi très différentes à l'intérieur d'une même d'une zone linguistique: modes de vie, habitudes, économies et traditions sont multiples et très distincts.

La Suisse est en quelque sorte un petit miracle qu'il faut entretenir, dont il faut s'occuper. L'armée a contribué à jouer le rôle de "ciment national", mais ses effectifs ne permettent plus de considérer cette institution comme majeure dans cette mission. D'autres institutions, comme Swissair, ont disparu, alors qu'elles contribuaient aussi à notre union nationale moderne. Aujourd'hui, supprimer la redevance, c'est supprimer avec elle des chaînes nationales fortes, ce qui revient à affaiblir un élément de cohésion important.

Ensuite, il y a le niveau d'information et la qualité de production de notre diffuseur national. Il est indiscutable qu'en diminuant son budget, on diminuera aussi la qualité de la prestation ou sa quantité. Bien sûr qu'il y a des économies à faire – il y en a toujours –, mais une diminution de revenus décidée et appliquée à la hache reviendrait sans aucun doute à ce que les programmes déçoivent encore plus qu'aujourd'hui. A ce titre, les propos qui ont été tenus par Monsieur Hiltbold sont tout à fait pertinents. Une baisse des revenus pourrait convenir à certains concurrents, certainement, mais c'est une vue à court terme et il n'y a absolument aucune garantie que la qualité perdue soit compensée, bien au contraire, ai-je envie de dire – nous avons quelques exemples dans les pays voisins qui le démontrent très bien.

Enfin, la SSR offre un divertissement propre à la Suisse. Voulons-nous voir un match de football Suisse-Italie, par exemple, présenté par un commentateur italien, ou un match Suisse-France présenté par un commentateur français, uniquement? Qui diffusera dans toute la Suisse un sport national répondant à une tradition ancrée dans notre pays comme étant une tradition suisse des plus vivantes?

Le contre-projet, comme je viens de le dire, correspond à une coupe à la hache. Le Parlement ne peut prendre le risque d'appauvrir ainsi le paysage médiatique suisse par une diminution arbitraire de la redevance ou par son annulation pure et simple. Pour cette raison, le groupe libéral-radical se positionne clairement contre l'initiative "No Billag" et s'oppose à un contre-projet.

Comme dans toutes les démocraties, les médias et leur diversité jouent un rôle central dans la structure d'un Etat efficace. Les médias apportent un point de vue critique sur la politique et l'économie. Aujourd'hui, en Suisse, les trois grands groupes médiatiques possèdent environ 75 pour cent des quotidiens et, à lire lesdits journaux, la concentration n'est

pas terminée. Or, c'est la diversité des médias qui garantit leur liberté d'information. Nous sommes à une croisée des chemins, nous devons donc faire un choix et consolider notre direction.

C'est dans ce contexte que le groupe libéral-radical recommandera le rejet de l'initiative et de tout contre-projet, mais reviendra prochainement avec un large programme de réformes destinées à donner un cadre moderne au développement des médias en Suisse, pour les Suisses.

Amherd Viola (C, VS): Wo drei und mehr Menschen miteinander kommunizieren, ist Kultur. Wo drei und mehr Landessprachen miteinander kommunizieren, ist Schweiz. Und um Kultur respektive um die Vielfalt dieser Kultur geht es bei der Vorlage zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren – um ein gutes Stück Kultur sogar. Mehr noch: Es geht um ein Stück Schweiz. Es geht bei dieser Vorlage also um weit mehr als um eine reine Gebührendiskussion: Die Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren kommt schlicht der Gefährdung des Service public im Bereich der Information und der Unabhängigkeit in der Berichterstattung gleich, eines Gutes, das unsere Schweiz prägt – eines Kulturgutes, das unsere Schweiz ausmacht.

Mit der Annahme der Initiative oder des Gegenvorschlags setzen wir nicht nur den sprichwörtlichen nationalen, den schweizerischen Zusammenhalt und unsere Grundbefindlichkeit zueinander, zu unseren verschiedenen Landesteilen mit vier verschiedenen Landessprachen aufs Spiel. Damit gefährden wir auch unser gegenseitiges Verständnis von Stadt- und Landregionen, von unseren verschiedenen Landesteilen, deren Einwohner sich gerne selber auch schon mal etwas keck als "Schweizer mit unterschiedlichem Kulturhintergrund" bezeichnen.

Es geht aber nicht nur um die Gefahr der Verarmung eben dieser Kultur. Die Annahme der Initiative oder des Gegenvorschlags verunmöglicht schlicht Meinungsbildungsprozesse, die wir als urdemokratische Grundfesten hier im Saal wohl nicht infrage stellen wollen. Sie hätte einschneidende Auswirkungen auf die Schweizer Medienlandschaft und würde den Medienplatz Schweiz empfindlich schwächen. Denn ein Service public im Medienbereich lässt sich ausschliesslich kommerziell nicht finanzieren. Dass Randregionen und die kleineren Sprachregionen dabei umso mehr geschwächt würden, versteht sich von selbst.

Ist denn das, was wir Swissness nennen, nicht auch diese Unterschiedlichkeit voneinander und untereinander in einem doch im Grossen hervorragend funktionierenden Ganzen? Das will die CVP nicht aufs Spiel setzen. Wir stehen entschieden hinter einem starken, nationalen Service public – auch in der Information. Wir stehen zu einem starken Service public für die Schweizer Bevölkerung in allen Landesteilen, zu einem starken Service public für die Schweizer Wirtschaft – weil ein funktionierender Service public den Zusammenhalt der Schweizerinnen und Schweizer stärkt; weil ein funktionierender Service public die Schweiz stärkt; weil ein starker Service public der Schweiz nun mal gut ansteht.

Was aber heisst denn Service public in der Information genau? Was bedeutet mediale Vielfalt ganz konkret? Die Kommissionssprecher, Herr Martin Candinas in deutscher Sprache, haben das sehr gut ausgeführt. In erster Linie deckt die SRG den Auftrag ab, diesen Service public in sprachregionaler Hinsicht und auf nationaler Ebene zu erfüllen. Aber die SRG ist beileibe nicht alleine, auch wenn ihr der Löwenanteil der Gebühren zusteht: Nicht weniger als 34 Lokalradios und Regionalfernsehstationen – mit Sicherheit nicht wegzudenkende Kommunikatoren und Multiplikatoren unserer an Kulturen reichen Schweiz – werden ohne die finanzielle Unterstützung von jährlich mehr als 65 Millionen Franken aus dem Gebührentopf kaum überleben. Die Meinungs- und Angebotsvielfalt würde mit Sicherheit abnehmen. Das darf doch wohl nicht unser Ansinnen sein.

Wenn ich mir übrigens an dieser Stelle einen Blick über die Schweizer Grenze hinweg erlauben darf: Wenn sich die Befindlichkeit eines Landes an der Güte seiner Fernseh- und Radiostationen messen liesse, dann wird wohl der mediale Einheitsbrei, den unsere grossen Nachbarländer aus- und

verstrahlen und in den wir ungeniert hineinhorchen und hineinsehen dürfen, wohl nicht ein Vorbild darstellen, dem wir nacheifern sollten. Denn genau diese grosse Gefahr laufen wir, wenn wir die Initiative oder den Gegenvorschlag annehmen. Ich bin überzeugt, dass nebst dem Bundesrat und der Kleinen Kammer auch der Nationalrat eine klare und vernünftige Haltung zu dieser Initiative einnehmen und damit das richtige Signal ans Schweizer Stimmvolk geben wird. Ich bitte Sie namens der CVP-Fraktion, im Sinne eines starken Service public diese Anti-Service-public-Initiative zur Ablehnung zu empfehlen und den Gegenvorschlag abzulehnen.

Regazzi Fabio (C, TI): Ritengo non solo importante, ma addirittura indispensabile poter discutere senza pregiudizi del ruolo del servizio pubblico – inteso nell'accezione più ampia del termine – nel nostro paese, dei suoi compiti, delle risorse messe a disposizione e delle modalità di attribuzione e di utilizzo di queste risorse. Cambiano i tempi, cambiano le aspettative degli utenti, e anche il servizio pubblico deve saper adattare la propria offerta. In questa discussione, del resto, non ho mai nascosto le mie perplessità riguardo a alcune scelte sull'impiego delle risorse messe a disposizione dai cittadini attraverso il versamento del canone radio-TV, meglio noto come Billag.

È però di fondamentale importanza capire e far comprendere, anche se di questi tempi è tutt'altro che facile, che il giudizio sull'esistenza di un servizio pubblico, non può limitarsi a considerare gli aspetti prettamente economici: il cittadino deve riconoscere che l'esistenza del servizio pubblico è giustificata dal perseguimento di obiettivi di interesse generale, per loro natura non necessariamente monetizzabili. Questo vale, in generale, per ogni servizio pubblico, e in particolare per quello radiotelevisivo chiamato a operare in un ambito estremamente delicato per il funzionamento di una società pluralistica, democratica e federalista come la Svizzera!

Il federalismo appunto. Dal punto di vista di una minoranza, come lo è la regione da cui provengo, dovesse essere cancellata la SSR per effetto dell'accoglimento dell'iniziativa "No Billag", è ipotizzabile che possa nascere nella Svizzera tedesca un'azienda privata – ma una sola! – di dimensioni relativamente importanti, ma certamente non libera e men che meno indipendente. È invece escluso che ciò possa accadere nelle altre regioni del Paese, quelle minoritarie della Svizzera francese e della Svizzera italiana: lo spazio lasciato libero dalla SSR e dalle sue emittenti regionali, RTS e RSI, verrebbe principalmente occupato da competitori esteri, che già oggi godono di discreto seguito in tutte le regioni del paese. Una situazione che nessuno – oso sperare – auspica! Quanto fin qui detto dovrebbe però bastare per capire che il confronto sul futuro del servizio pubblico radiotelevisivo ha tutte le caratteristiche di un dibattito sui fondamenti della Svizzera. Il mantenimento del canone radiotelevisivo è di vitale importanza non solo per la SSR ma per la Svizzera e le sue variegate componenti regionali e linguistiche, soprattutto in un periodo di forte cambiamento tecnologico del mercato della comunicazione, che influenza le abitudini dei consumatori, fra i quali anche molti giovani. Per non parlare del mercato pubblicitario.

Se è vero che il canone radiotelevisivo permette di garantire un buon servizio pubblico in tutte le regioni linguistiche, è altrettanto vero che una parte di queste risorse sono a beneficio della diversificazione del panorama mediatico e quindi della pluralità delle opinioni: a questo proposito è importante ricordare che alle 21 radio locali private e alle 13 televisioni regionali viene devoluto il 5 per cento dei proventi del canone, pari rispettivamente a circa 25 milioni e 42 milioni di franchi. Ricordo, per inciso, che qualora dovesse essere accolta anche dal Consiglio degli Stati la mozione Darbellay, ripresa da chi vi parla, questo importo aumenterà di ulteriori circa 13 milioni di franchi. Appare pertanto a tutti evidente che in caso di accettazione dell'iniziativa "No Billag" anche queste piccole realtà regionali verrebbero di fatto spazzate via.

Discorso analogo vale per il controprogetto proposto da una minoranza della Commissione dei trasporti e delle telecomunicazioni, che propone di plafonare il canone radio-tv a 200

franchi all'anno, ciò che porterebbe di fatto ad un dimezzamento delle risorse finanziarie a disposizione della SSR. Anche in questa ipotesi le conseguenze non sarebbero molto diverse da quelle che ho appena descritto, con tutte le conseguenze del caso di un simile ridimensionamento, sia in termini di offerta di servizio pubblico come pure sul piano della comunicazione.

Tutto bene dunque? Non proprio. Non è un mistero, che sono sempre stato piuttosto critico riguardo talune scelte operative, di contenuti e di personale della SSR, soprattutto dell'emittente di Comano che ovviamente conosco meglio. Sarebbe a mio avviso un errore mettere la testa sotto la sabbia e ignorare, magari con malcelato fastidio, un innegabile disagio che si respira a sud delle Alpi, emerso per altro in modo chiaro in occasione della votazione sul referendum contro la revisione della legge federale sulla radiotelevisione avvenuta nel 2015.

Confido pertanto che una volta superato lo scoglio dell'iniziativa popolare che mira a limitare il raggio d'azione della SSR, si ri-apra, ma questa volta per davvero, una discussione soprattutto sui contenuti dell'offerta dell'ente radiotelevisivo, inclusa la RSI. Per farlo bisognerà comunque accettare un confronto franco e aperto, abbandonando i toni a volte autoreferenziali che spesso caratterizzano ancora l'atteggiamento della nostra emittente regionale. Proprio perché ho a cuore il futuro della SSR e della sua costola RSI, ritengo questo dibattito necessario.

Con queste considerazioni, a nome del gruppo PPD vi invito pertanto a respingere l'iniziativa popolare "Sì all'abolizione del canone radiotelevisivo" e il relativo controprogetto diretto.

Graf-Litscher Edith (S, TG): Das Anliegen der Initiative ist so radikal, dass selbst eine Budgetreduktion auf 750 Millionen Franken, wie es der Gegenvorschlag fordert, gravierende Folgen für die SRG und den Medienplatz Schweiz hätte. Bei einem Ja zur Initiative wäre die öffentliche Finanzierung von Medienangeboten nicht mehr möglich.

Gewinnorientierte, privatwirtschaftlich finanzierte Medienangebote tragen zwar auch zu Qualität und Vielfalt bei, reichen aber nicht aus, um in allen Sprachregionen vergleichbare und qualitativ gute Angebote zu garantieren. Ein werbefinanziertes Fernsehen würde nur noch Teile der Schweiz erreichen, mit beliebigen Inhalten, die sich vorwiegend nach Quoten richten würden, und das in Konkurrenz zu ausländischen Angeboten. Ein Service-public-Angebot bedeutet jedoch, dass alle Landesteile und Sprachgemeinschaften mit einem ausgewogenen Programm, unabhängig von wirtschaftlichen und politischen Interessen, bedient werden. Wir entscheiden nicht, ob das Kuchenstück der SRG zu gross ist und die anderen am Tisch benachteiligt sind. Heute geht es darum, wie wir staatspolitisch weiterarbeiten und dass wir einen Entscheid fällen, mit dem wir keine schwerwiegenden Auswirkungen auf unsere direkte Demokratie produzieren.

Schauen wir der Realität in die Augen. Eine Schwächung der SRG würde nicht dazu führen, dass viele neue private Anbieter auf den Markt kämen. Im Gegenteil riskiert man, dass Werbeeinnahmen ins Ausland fliessen, aber auch Zuschauerinnen und Zuschauer noch mehr ausländische Angebote in Anspruch nehmen. Bereits heute fliessen Hunderte von Millionen Franken an Werbegeldern ins Ausland. Das letzte grosse Medienhaus, das föderalistisch aufgestellt und in allen Regionen verankert ist, müsste zwecks Senkung der in der Medienbranche hohen Fixkosten die meisten Standorte schliessen und wie die privaten Medienhäuser mit Schwerpunkt Zürich zentralisieren – nicht zum Vorteil der kleineren Sprachgruppen, der Kantone und der Meinungsvielfalt in den Regionen. Die SRG ist das einzige Medienunternehmen, das in allen Sprachräumen der Schweiz audiovisuelle Angebote vor Ort herstellt, in sieben Hauptstudios in Zürich, Bern, Basel, Chur, Lugano, Lausanne und Genf sowie in 17 Regionalstudios und -büros von Scuol bis Delémont und von Schaffhausen bis Sion.

Ein Programm à la carte kommt teurer als das bestehende Angebot. Das Basisangebot von Teleclub kostet zum Beispiel jährlich knapp 480 Franken. Tagesaktuelle Informations-sendungen sind in all diesen Pay-Paketen nicht enthalten.

Online-Angebote können die Lücke nicht füllen. Die Bereitschaft, für Inhalte zu bezahlen, ist gering. Wäre die SRG nicht mehr gebührenunterstützt und hätte sie keinen Leistungsauftrag, entfielen die Verpflichtung, bei der journalistischen Arbeit eine Leitbildfunktion einzunehmen. Die Annahme der Initiative hätte auch Auswirkungen auf den Qualitätsjournalismus. Nicht zu vergessen sind die Auswirkungen auf die Arbeitsstellen. Die SRG bietet rund 5900 Vollzeitstellen an, die konzessionierten Lokalradio- und Regionalfernseherveranstalter mit Gebührenanteil knapp 900. Über diese Arbeitsplätze hinaus generiert der Service public in anderen Branchen rund 6700 Vollzeitstellen. Die Annahme der Initiative oder des Gegenentwurfes würde diese Arbeitsplätze massiv gefährden.

Aus diesen Überlegungen bitte ich Sie im Namen der SP-Fraktion, die Initiative ganz klar zur Ablehnung zu empfehlen. Das Anliegen der Initiative ist so radikal, dass sogar der Gegenvorschlag gravierende Folgen für die SRG und den Medienplatz der Schweiz hätte. Die SP empfiehlt die Initiative und den Gegenvorschlag deshalb einstimmig zur Ablehnung.

Maire Jacques-André (S, NE): Le groupe socialiste suivra les positions du Conseil fédéral et du Conseil des Etats et recommandera très clairement le rejet de l'initiative et de toute proposition de contre-projet. Les arguments ont déjà été bien expliqués ce matin. Nous allons tout de même répéter un certain nombre de choses et en particulier insister sur le fait que, en démocratie directe, il est fondamental que les citoyens puissent se forger librement une opinion après avoir entendu ou vu la présentation des diverses opinions en présence.

Dans ce sens, les médias audiovisuels permettent d'informer le public en toute indépendance, en particulier lorsqu'ils bénéficient d'un financement majoritairement public. C'est le cas, bien sûr, de la SSR, mais c'est aussi le cas des 34 chaînes de radio et de télévision régionales privées qui, par le biais de la redevance, peuvent remplir leur mission de service public.

On nous a dit tout à l'heure qu'il s'agissait, pour les partisans de l'initiative, de passer au "tout privé". Je crois que la situation actuelle de la presse écrite nous montre bien à quelle impasse ce modèle nous conduit, en particulier les mouvements de concentration auxquels nous assistons en Suisse romande, qui sont très inquiétants par rapport à la liberté d'expression de tous les points de vue.

En plus de la mission d'information, les médias titulaires d'une concession jouent un rôle fondamental de soutien à la culture par la prise en charge d'importants coûts de production et en garantissant la diffusion d'oeuvres et d'artistes suisses qui ne pourraient jamais avoir un tel accès dans les médias privés en Suisse et encore moins à l'étranger. Les statistiques démontrent très clairement ces faits.

Les réalisateurs, d'ailleurs, et les producteurs de cinéma sont farouchement opposés à l'initiative. Rappelons au passage que ce domaine de la production cinématographique génère actuellement en Suisse près de 10 000 emplois. Les chanteurs et musiciens suisses se sont aussi adressés à nous, et ils montrent bien qu'ils sont attachés au service public et s'opposent aussi à la diminution des chaînes publiques, qui leur permettent d'être diffusés dans notre pays.

Si, par malheur, l'initiative devait être acceptée, les régions linguistiques minoritaires ne pourraient plus bénéficier d'offres de médias publics suisses de qualité. Ces régions, qui bénéficient de l'équivalence des prestations et de la péréquation garantissant une distribution surproportionnelle des ressources, ne pourraient plus compter que sur des offres de médias privés, essentiellement étrangers, qui ne tiendraient plus aucun compte de leur spécificité. Les médias de service public audiovisuels jouent donc, et cela a déjà été dit et redit ce matin, un rôle essentiel pour la cohésion nationale de la Suisse.

Les partisans de l'initiative préconisent de recourir aux abonnements à des offres privées. Or, toutes les comparaisons que l'on peut faire à ce niveau montrent que ce système, pour des prestations équivalentes, est beaucoup plus coûteux pour le consommateur. Là aussi, nous sommes face à une impasse.

De plus, et Madame Graf-Litscher l'a déjà relevé, la SSR occupe des milliers de personnes dans notre pays, près de 6000 équivalents plein temps d'emplois directs, mais tout autant d'emplois indirects, qui seraient condamnés en cas d'acceptation de l'initiative. J'ai mentionné les 34 chaînes de radio et de télévision qui lui sont liées par concession. Là aussi, près de 1000 équivalents plein temps seraient menacés.

Il convient de rappeler que la SSR est financée à plus de 70 pour cent par la redevance et que les 5 pour cent de redevance redistribués aux radios et télévisions régionales permettent de couvrir 30 à 70 pour cent des charges de celles-ci. Les autres recettes de la SSR proviennent essentiellement de la publicité. Or, on l'a déjà dit, ces recettes ont tendance à stagner, voire à diminuer, notamment à cause de la concurrence déloyale provoquée par les fenêtres publicitaires destinées à la Suisse, mais diffusées par des télévisions étrangères, ces télévisions ne participant par ailleurs pratiquement pas au soutien de la production audiovisuelle dans notre pays.

Il est très important que la SSR conserve son indépendance en matière de gestion et de conception des programmes ainsi que sa liberté rédactionnelle, dans le respect du cadre fixé par la concession. Il ne s'agit en aucun cas d'une radio ou d'une télévision d'Etat, mais d'un service public de qualité, dont la très large majorité de nos concitoyens est satisfaite.

Je crois qu'il faut le redire ici: les initiants ne représentent qu'une infime minorité ultralibérale en matière de médias, et nous espérons vivement que cette initiative sera balayée ainsi que toute tentative de contre-projet, qui aurait d'ailleurs des conséquences tout aussi graves pour les régions périphériques et pour les médias de service public.

Rime Jean-François (V, FR): Monsieur Maire, vous avez parlé d'une minorité ultralibérale. Pouvez-vous affirmer que tous les patrons de PME sont des exploiters et des gens ultralibéraux?

Maire Jacques-André (S, NE): Je ne crois pas que tous les patrons de PME soient des partisans de cette initiative extrémiste. J'en appelle à leur raison. Je sais qu'ils sont raisonnables et que la très grande majorité d'entre eux ne soutiendra pas cette initiative.

Amstutz Adrian (V, BE): Sie wissen, die SVP steht für starke Regionen und Gemeinden. Wir sind für eine starke Demokratie, und wir sind für Meinungsvielfalt. Aber die SVP hält gar nichts von einem Quasimonopol, von einem diktierten Einheitsbrei, sondern wir wollen den Wettbewerb der Meinungen. Die SVP ist auch in den Berggebieten stark. Ich komme aus einer solchen Region. Darum stehen wir auch für einen zielgerichteten, guten Service public ein. Dieser wird nebst den Auswüchsen, die wir in den letzten Jahren zunehmend erleben mussten, doch auch noch gemacht. Es gibt hervorragende Journalistinnen und Journalisten, und es gibt auch hervorragende Sendegeräte. Aber die SVP steht nicht hinter einer staatlichen Rundumversorgung. Wir brauchen keine gelenkte Demokratie à la "Arena", wo der Moderator bestimmt, welcher Parlamentarier von welcher Partei welches Fachthema in der "Arena" vertritt. Das ist etwa so absurd, wie wenn im Fussball der Schiedsrichter die Mannschaftsaufstellung von Thun und Basel machen würde. Hören Sie doch auf, da noch von einem demokratischen Prozess zu sprechen.

Wir brauchen auch keine mediale Machtballung, die dem Bürger das Denken abnehmen soll. Was soll denn dieser Blödsinn? Wir stehen für Eigenverantwortung und mündige Konsumenten. Wir stehen auch nicht hinter einer SRG, hinter einem Machtmonopol, vor dem heute die Privaten kapitulieren. Sie dienen sich dieser Organisation an, weil sie sonst untergehen. Das haben wir heute: Wir zementieren den Einheitsbrei, weil sie alleine offenbar nicht mehr überleben können. Wir wollen Angebotsvielfalt. Darum ist der Service public für uns das, was der Staat nicht zwingend selber erbringen muss, und nicht die Maximierung der Grösse, wie das heute der Fall ist.

Die technologische Entwicklung kennen wir. Wir brauchen doch heute nicht mehr auf allen Ebenen diese staatliche Unterstützung. Der Markt könnte spielen, wenn man ihn spielen lassen würde. Wir brauchen doch nicht ein staatliches Fernsehprogramm, das heute Folgendes sendet: "Immer wieder Jim", "Undateable", "Parenthood", "McLeods Töchter", "Magnum", "Soko Wien", dann wieder "Soko Wien", dann "G&G People Flash", dann "Kommissar Rex", dann kommt die einzige Sendung, die brauchbar ist, nämlich Fussball, dann "Ready, Steady, Golf!", dann "Brüno", eine Konserve aus dem Jahr 2009, und dann wieder "Ready, Steady, Golf!". Hören wir doch auf, noch von Zusammenhalt dieser Nation zu sprechen, von einem Auftrag, der unabdingbar ist für die Sprachregionen, der unabdingbar ist für den Erhalt dieser Demokratie! Was soll all dieser Quatsch?

Mit öffentlichen Geldern wird jetzt die private Konkurrenz in den Schatten gestellt. Die Erkenntnisse scheinen aber in der Bundesverwaltung und im Departement nicht angekommen zu sein, und eine Diskussion darüber findet nicht statt. Warum? Weil mittlerweile die Abhängigkeit zwischen Politik und diesem Machtmonopol so gross geworden ist, dass man sich "gäbig" eingerichtet hat – "gäbig" eingerichtet! Das will nicht heissen, dass die SVP – nur, dass Sie mich richtig verstehen – als grösste Partei in diesem Land nicht kritisiert werden soll, im Gegenteil. Sie muss kritisiert werden, das ist ein öffentlicher Auftrag, es muss sein – aber nicht nur die eine Seite. Vielleicht sollte man auch einmal den Scheinwerfer auf die andere Seite richten und nicht schön "höbele". Das passiert ja heute in Reinkultur hier in diesem Saal, damit man gut wekommt, auch bei der nächsten Sendung.

Wir haben also einen Gegenvorschlag Rutz Gregor, der nicht Pech oder Schwefel, sondern den Mittelweg will, und den gilt es zu beschreiten, wenn wir in Zukunft wieder eine SRG haben wollen, die ihren Auftrag zielgerecht und nach unseren Bedürfnissen erfüllen kann.

Wir sind im Dilemma in der SVP, ich gebe das zu. Wir haben das Dilemma "Pech oder Schwefel" oder "Pest oder Cholera", und wir möchten den Mittelweg gehen. Helfen Sie uns doch dabei, hier wieder Ordnung zu schaffen, Grenzen zu setzen und Herrn de Weck auch in die Schranken zu weisen, wenn er ein Schmuddelvideo produziert für das Internet und das dann noch als öffentlichen Auftrag definiert.

Semadeni Silva (S, GR): Collega Amstutz, perché dimentica che la Svizzera è quadrilingue? Wir haben vier Sprachen in der Schweiz! Non ha detto niente, na gut, rien sur tout cela!

Amstutz Adrian (V, BE): Das beantworte ich gerne, Frau Kollegin: In der Schweiz wurden schon vier Sprachen gesprochen, bevor es die SRG gab. (*Heiterkeit*)

Bühler Manfred (V, BE): Mon préopinant l'a dit: l'UDC, en général, et, en particulier, son groupe aux Chambres fédérales, s'engage pour des régions et des cantons forts, de même que pour un service public qui remplit son mandat tel que nous le concevons. Cet engagement suppose une démocratie forte; cet engagement suppose une démocratie vivante, une démocratie qui se nourrit d'une diversité de points de vue. Ce n'est qu'à cette condition que notre démocratie directe, qui est notre plus grand joyau, pourra vivre dans de bonnes conditions. En tant que représentant d'une région linguistiquement minoritaire dans le canton de Berne, le bon fonctionnement de cette démocratie me tient évidemment à cœur.

Le service public assuré par la SSR est important dans ce contexte. Mais cela signifie-t-il que la SSR, dans son organisation et dans son ampleur actuelle, doit être intouchable, une sorte de vache sacrée? Aux yeux d'une grande partie du groupe UDC, la réponse est non. Un débat sur le mandat de la SSR doit avoir lieu, d'autant plus que cela avait été promis lors de la votation sur la révision de la loi fédérale sur la radio et la télévision, acceptée d'extrême justesse en 2015.

Dans ce débat, l'UDC tient à la prise en compte de ses principes fondamentaux, tels que la défense des entreprises, de l'économie et de la libre concurrence, la responsabilité individuelle et surtout la diversité des points de vue – je l'ai déjà

évoqué. Cela ne signifie pas, à notre avis, que l'Etat, et donc la SSR, doivent assurer un service total, dans tous les domaines possibles et imaginables, que ce soit l'audiovisuel ou l'électronique.

Aujourd'hui, la technique permet à beaucoup plus d'acteurs de produire et de diffuser des contenus électroniques ou audiovisuels. Nous avons donc dans nos mains les outils nécessaires pour permettre à une diversité maximale de s'exprimer dans le domaine audiovisuel. Le problème réside actuellement dans le fait que la SSR, de par sa taille, de par son expansion passée, a pris une place, qui, selon nous, empiète beaucoup trop sur les activités qui sont assurées par les acteurs privés ou qui pourraient l'être. Malheureusement, ni l'administration fédérale, ni – évidemment – la direction de la SSR n'ont véritablement voulu mener un débat sérieux et approfondi. Ainsi, soit on s'est trouvé face à un mur en s'entendant dire que la moindre réduction des activités – et donc de la redevance – ne serait possible qu'au prix d'un démantèlement grave du service public, soit on nous a indiqué que cette discussion aurait lieu dans le cadre du traitement de la loi sur les médias, actuellement en préparation au Conseil fédéral et dans l'administration, dont on ne sait presque rien.

Nous souhaitons que la SSR cesse de concurrencer les privés sur des terrains où ils remplissent des offres suffisantes ou pourraient le faire.

L'initiative "No Billag" a pour but d'abolir totalement la redevance tandis que le contre-projet prévoit de la limiter à 200 francs par ménage en exonérant les entreprises. Cela paraît logique puisque ce sont des personnes qui habitent pour l'essentiel en Suisse qui travaillent dans les entreprises, si l'on excepte les frontaliers dans diverses régions. Les personnes payent donc la redevance en tant que particuliers, par conséquent il n'y a pas de raison de payer deux fois pour la même prestation.

Le groupe UDC ne veut pas que l'Etat, par l'entremise de la SSR, prenne toujours plus de place dans le paysage médiatique. Pour cette raison, il soutient la minorité I (Rutz Gregor) qui a élaboré le projet 2, qui est un bon compromis entre les extrêmes, à savoir soit le statu quo, on ne change rien, on n'économise pas un centime, soit la suppression pure et simple de la redevance. Ce faisant, on limitera certes les moyens de la SSR, mais sans toucher à ce que j'appellerai le cœur du mandat du service public: l'information et la culture, en particulier, et la présence dans les régions, de même que la péréquation financière en vigueur entre les régions linguistiques de notre pays, qui est essentielle, puisque, on le sait, la Suisse alémanique paie beaucoup plus de redevance que ce qu'elle ne "reçoit" de par les services de la SSR, alors que la Suisse romande, la Suisse romanche et la Suisse italienne en profitent. Cela n'est pas remis en question. On injectera par là même une dose de liberté dans le monde des médias qui s'en trouvera renforcé et pourra augmenter sa participation à la diversité médiatique.

Je crois qu'il est aussi important de dire que le groupe UDC ne remet pas en cause le service public sur le plan du fonctionnement de notre démocratie. En effet, l'information, qui est l'essentiel dans ce contexte, représente moins de 20 pour cent des dépenses de la SSR. Donc, même si on divise son budget par deux du point de vue de la redevance – on ne touche pas à la publicité –, je crois que le cœur du service public ne sera pas du tout touché. Il est temps de mettre à la SSR des limites et de lui faire prendre conscience du coup de semonce qu'a été le résultat de la votation populaire de 2015.

Si le contre-projet soutenu presque à l'unanimité par le groupe UDC est rejeté, le groupe UDC sera placé devant un dilemme, cela a été dit. Ses membres auront le choix entre deux solutions très insatisfaisantes. Le groupe UDC sera partagé entre recommander le soutien à l'initiative populaire ou le rejet de celle-ci, à quelques abstentions près. Vous voyez que la diversité des points de vue s'exprime même au sein de l'UDC.

Tornare Manuel (S, GE): Monsieur Bühler, vous êtes du Jura bernois. La RTS défend beaucoup le Jura bernois, en diffu-

sant régulièrement des sujets dans ses informations régionales. Croyez-vous qu'avec votre initiative "No Billag" les télévisions privées défendront autant la partie francophone du canton de Berne? Répondez sincèrement!

Bühler Manfred (V, BE): La partie francophone du canton du Jura est, à ma connaissance, très bien défendue. En effet, le bureau régional de la SSR se situe à Moutier et il est possible qu'il soit transféré. Par ailleurs, le secteur de l'information n'engendre pas l'essentiel des dépenses de la SSR. Je suis persuadé que, même si le crédit inscrit à ce poste du budget était divisé par deux, le secteur de l'information ne subirait aucun impact, ni même les bureaux régionaux.

Rytz Regula (G, BE): Die grüne Fraktion empfiehlt die No-Billag-Initiative zur Ablehnung und lehnt den Gegenvorschlag auch klar und deutlich ab.

"No Billag" ist eine reine Zerstörungs-Initiative. Sie will alle gebührenfinanzierten Radio- und Fernsehprogramme abschaffen. Sie bedroht über 6000 SRG-Arbeitsplätze in der Suisse romande, der Svizzera italiana, der rätoromanischen Schweiz und der deutschen Schweiz. Sie vernichtet unzählige Arbeitsplätze in der audiovisuellen Wirtschaft der Schweiz, in der Film- und Musikbranche und bei den regionalen Privatradios und den Privatfernsehsationen mit öffentlichem Leistungsauftrag.

"No Billag" ist eine Zerstörungs-Initiative, und sie ist ein Angriff auf unsere Demokratie. Die unabhängigen publizistischen Medien haben eine staatspolitische Bedeutung. Sie sind die Voraussetzung dafür, dass sich die Bürgerinnen und Bürger sachgerecht über die Lage der Welt informieren, ihre Meinung bilden, Debatten führen und dann Entscheidungen treffen – in der Schweiz alle drei Monate an der Urne. Gerade für die Schweiz mit ihrer Vielfalt von Sprachen und Kulturen, mit ihrem föderalistischen Aufbau und mit ihrer direkten Demokratie ist das eine Existenzgrundlage.

Es ist deshalb höchst verwunderlich, dass ausgerechnet die Partei, die gerne mit patriotischen Reden glänzt, den Medienplatz Schweiz den globalen Medienkonzernen unterwerfen will. Wir sehen es täglich: Der freie Markt, von dem Adrian Amstutz vorhin geschwärmt hat, wird heute zu einem grossen Teil von ausländischen Stationen besetzt. Auch internationale Konzerne wie Netflix, Amazon, Facebook, Google oder UPC Liberty Global übernehmen einen immer grösseren Teil der audiovisuellen Luftfreiheit in der Schweiz. Sie berichten nicht über die Bundesratswahlen, den Samstagsjass oder die Zukunft der schweizerischen Sozialwerke. Nein, sie zeigen globalen Mainstream – ich zähle jetzt nicht alles auf, was dort kommt –, "House of Cards", selektive Sportevents, alles, was sich mit viel Werbung für das grosse Publikum verkaufen lässt. Sie dürfen das – aber das dient nicht der demokratischen Öffentlichkeit.

Liebe 22 SVP-Redner und nachher auch SVP-Rednerinnen hier im Saal: Es ist, glaube ich, Zeit, ein paar Fakten klarzustellen, den Fakt zum Beispiel, dass privat nicht besser und nicht billiger ist als der Service public. Verschafft euch doch einmal Markttransparenz! Dann seht ihr, dass die Preise für das Bezahlfernsehen, das Pay-TV, für ein begrenztes Angebot an Sport und Unterhaltung für eine Familie deutlich höher sind als die Gebühren für das Vollprogramm der SRG. Es wäre deshalb Zeit, sich mal mit Konsumentenschutz zu befassen.

Fakt ist auch, dass das Budget der SRG viel tiefer ist als das der vergleichbaren Sender in den Nachbarländern. Für das Gesamtangebot von Radio und Fernsehen in der Deutschschweiz stehen z. B. 670 Millionen Franken pro Jahr zur Verfügung. Der Österreichische Rundfunk kann doppelt so viel investieren und die kommerziellen Sender von Pro Sieben Sat1 sogar 2,6 Milliarden Franken. Für dieses Geld kann man schon ein paar tolle Kultserien drehen, allerdings nicht in Zürich und nicht in Chur, sondern in Frankfurt oder in Berlin. Auch in der Westschweiz und in der italienischen Schweiz sind die finanziellen Unterschiede zu den Nachbarländern enorm.

Wer dem Service public in der Schweiz also den Geldhahn zudrehen will, der lanciert einen Angriff auf die Demokratie,

auf die einheimische Kultur und auf die Mehrsprachigkeit der Schweiz.

Für uns Grüne ist deshalb klar: Die Service-public-Medien sollen ihren Verfassungsauftrag auch im Zeitalter der Digitalisierung erfüllen können. Dazu müssen sie modernisiert und nicht zerstört werden. Wir bekämpfen die No-Billag-Initiative, aber wir wollen die SRG nicht unter Heimatschutz stellen. Auch die SRG muss sich wandeln: Sie muss in die Online-Präsenz investieren, sie muss neue interaktive Plattformen aufbauen. Sie muss ihr Profil schärfen und mehr junge Menschen ansprechen – als Citoyens und nicht als Konsumenten.

Wichtig ist auch die Unterscheidbarkeit zwischen den privaten und den Service-public-Medien. Dies wird in einem Mediengesetz neu geregelt. Wir Grünen fordern hier auch einen Abbau von Werbung bei der SRG. Auch hier muss ich allerdings gleich klarstellen: Der Abbau kann nur in dem Tempo erfolgen, in dem alternative Finanzierungsquellen gefunden werden, denn die Schrumpf-SRG, die Gregor Rutz vorhin hier dargestellt hat, wird ihren Leistungsauftrag und ihren Verfassungsauftrag nie erfüllen können.

Wir Grünen setzen uns deshalb für eine Schweizer Medienlandschaft ein, die gegenüber der globalen Konkurrenz bestehen kann und die lokalen Räume bespielt. Wir wollen faire Rahmenbedingungen für die privaten Medien und eine starke SRG.

Thorens Goumaz Adèle (G, VD): Le groupe des Verts vous demande de rejeter avec la plus grande fermeté l'initiative populaire "No Billag" et de ne lui opposer aucun contre-projet. Cette initiative doit en effet être dénoncée comme une attaque contre notre démocratie, contre les minorités linguistiques du pays et contre la culture.

"No Billag" est tout d'abord une attaque contre notre démocratie. En coupant les revenus de la SSR, l'initiative affaiblira considérablement l'infrastructure médiatique indispensable à la formation de l'opinion politique des citoyens de notre pays. Nous sommes toutes et tous très fiers de notre démocratie directe. Tous les trois mois, les citoyens suisses sont appelés aux urnes et prennent des décisions fondamentales pour l'avenir du pays. Ce beau système ne fonctionne cependant correctement qu'à certaines conditions: il dépend notamment de l'existence de médias de qualité, qui constituent un forum, un relais, un catalyseur du débat public.

Or, cette fonction essentielle est aujourd'hui menacée dans notre pays. La presse écrite est atteinte dans sa diversité et dans sa qualité, à la suite des contraintes de la numérisation, qui nécessitent un changement majeur de son modèle économique. Des publications de référence disparaissent et la réduction des moyens de celles qui subsistent en appauvrit les contenus, qui deviennent de plus en plus homogènes. Les publications sont possédées par un nombre de plus en plus réduit de sociétés, et des groupes d'intérêts en rachètent certaines au détriment de leur indépendance éditoriale.

C'est dans un tel contexte, qui constitue déjà un danger clair pour notre démocratie, que "No Billag" veut menacer encore le service public. La SSR est pourtant un maillon essentiel de l'infrastructure médiatique dont dépend notre démocratie. Elle est en effet tenue, comme organisation indépendante des intérêts politiques et économiques, de garantir une offre neutre et diversifiée, qui illustre de manière impartiale et équitable la variété des opinions politiques et des intérêts en tous genres. Sans une SSR forte, et alors que la situation des médias écrits est alarmante, le débat public suisse ne pourra tout simplement plus avoir lieu dans des conditions correctes, ce qui mettra en péril les fondements de notre démocratie.

L'initiative "No Billag" constitue par ailleurs une attaque contre les minorités, dont le respect est pourtant l'une des valeurs fondamentales de notre pays. Les prestations de la SSR, des stations radio dans les régions périphériques et des télévisions régionales sont particulièrement précieuses pour les minorités linguistiques. S'il est déjà difficile d'envisager le maintien d'une telle offre sans la redévance en Suisse alémanique, il est évident qu'elle ne serait en aucun cas viable dans des bassins de population aussi restreints que la Suisse romande ou le Tessin, qui génèrent

des coûts fixes élevés pour des possibilités de revenus comparativement faibles. C'est précisément un système de péréquation financière interne à la SSR qui a permis jusqu'ici de financer des offres de radio et de télévision complètes et de qualité dans ces régions.

L'initiative "No Billag" menace donc tout particulièrement la possibilité, pour les régions périphériques et les minorités linguistiques, d'être correctement informées, dans leur propre langue, sur l'actualité politique, économique et culturelle en général, mais aussi et surtout sur l'actualité de leur propre pays et de leur propre région. Aucune des chaînes de radio ou de télévision étrangères ne fournit ni ne fournira jamais ce type de prestations. Cette attaque contre les minorités est inacceptable et porte atteinte tant à nos valeurs qu'à la cohésion du pays.

Enfin, l'initiative "No Billag" constitue une attaque contre la culture et la formation. La SSR investit en effet chaque année plus de 300 millions de francs dans ces domaines, dont plus de 40 millions de francs dans le seul secteur du cinéma suisse. Plusieurs festivals, tels que la récente Schubertiade, de nombreux orchestres ou des manifestations littéraires, dont le Salon du livre de Genève, dépendent de ces soutiens. Nous avons besoin de ces productions et événements localement ancrés, qui offrent un accès direct à la culture à toutes et à tous. Le cinéma suisse nous apporte en outre un regard unique sur des questions qui nous concernent spécifiquement dans notre identité ou dans notre quotidien. Il nous montre également le monde depuis là où nous nous trouvons, car un regard est toujours incarné. Cette production ne sera remplacée par aucune autre et doit continuer à être soutenue. Pour cela, nous avons besoin d'un service public fort. C'est donc au nom de notre démocratie, du respect des minorités et de l'accès à la culture que nous vous demandons tant de recommander le rejet de l'initiative "No Billag" que de refuser la proposition de contre-projet.

Guhl Bernhard (BD, AG): Die BDP-Fraktion empfiehlt die Initiative und den Gegenvorschlag zur Ablehnung, auch wenn die BDP möchte, dass die SRG mehr spart. Die BDP möchte ein breites Angebot im Medienbereich. Sie steht hinter dem Service public. Die Schweiz mit ihren vielen Regionen und Sprachgebieten, den vielen Kulturen und der direkten Demokratie ist darauf angewiesen, dass ein Anbieter mit einem breiten Angebot umfassend und möglichst neutral über alle verschiedenen Positionen der Parteien, über Nachrichten und auch über alle Bundeshausfraktionen mit sieben oder acht Mitgliedern berichtet. Daneben muss es jedoch genügend Raum für private Anbieter geben. Die BDP unterstützt eine möglichst breite Medienvielfalt. Insbesondere der Unterhaltungsbereich soll möglichst privaten Anbietern überlassen werden.

Die Folge einer Annahme dieser Initiative wären italienische Verhältnisse. Italienische Verhältnisse, dass also eine Person Medienhäuser kontrolliert, will die BDP in der Schweiz jedoch nicht. Mit Argusaugen beobachten wir diesbezüglich Veränderungen bei den Besitzverhältnissen von Zeitschriften und Zeitungen und weiteren Medien in der Schweiz, wie sie kürzlich erfolgt sind. Wir wollen Transparenz über die Besitzverhältnisse, wir wollen keine politisch gesteuerte Berichterstattung.

Auch wenn die BDP hinter dem jetzigen Modell mit einem starken Service-public-Anbieter steht, heisst das nicht, dass wir wollen, dass die SRG unaufhaltsam weiter wächst. Wir wollen nicht, dass deren Mitarbeiter in der Schweiz herumreisen und etwas Golf spielen, während sie Radiosendungen erstellen, oder dass ihre Filmteams übermässig die ganze Welt für Reiseberichte bereisen. Es gibt Beiträge, die nicht zwingend zum Service public gehören. Es gibt heute zu viele Beiträge, welche das Volk mit den Gebühren bezahlt. Die SRG tut gut daran, sich mit kostenintensiven Unterhaltsbeiträgen zurückzuhalten und generell mehr zu sparen. Macht sie das nicht, läuft sie Gefahr, dass künftig eine massive Kürzung bei der Bevölkerung eine Mehrheit finden könnte.

Es gibt also Sparpotenzial. Die BDP erwartet, dass die SRG kostenbewusster wird. Weniger ist oft mehr. Die BDP möchte, dass die SRG spart, wie Betriebe in der Privatwirtschaft auch

sparen müssen. Aber eine Zerschlagung des Service public, wie das in etwa die Initiative und der Gegenvorschlag wollen, will die BDP definitiv nicht.

Herr Rutz, Herr Amstutz oder auch Herr Bühler haben gesagt, der Gegenvorschlag sei ein Mittelweg. Das ist stark untertrieben: Der Gegenvorschlag bedeutet mehr als eine Halbierung und ist weit weg von einem moderaten Vorschlag.

Wir brauchen in unserem Land mit vier Landessprachen und unserer vielfältigen Kultur, vom Jodeln über das Jassen und das Schwingfest bis hin zu Skirennen, einen Anbieter, der nicht von Werbeeinnahmen oder von einem Besitzer abhängig ist.

Fazit: Die BDP-Fraktion wird nicht auf den direkten Gegenvorschlag eintreten und diesen gegebenenfalls ablehnen. Die BDP lehnt die Initiative, welche den Service public marginalisieren will, entschieden ab.

Präsident (Stahl Jürg, Präsident): Wir kommen nun zur Liste der Einzelrednerinnen und -redner. Ich möchte dabei noch folgende Spielregeln bekanntgeben: Die Liste ist verbindlich. Es ist möglich, dass Sie innerhalb der Fraktion abtauschen; ansonsten sind Verschiebungen nicht möglich.

Wenn alle Redner ihre 5 Minuten Redezeit beanspruchen, komme ich auf eine Debatte von 5 Stunden und 45 Minuten Dauer. Das Büro hat deshalb heute Morgen beschlossen, am Montag der letzten Sessionswoche eine Open-End-Sitzung anzusetzen. Das neue Programm wird Ihnen noch verteilt.

Aebischer Matthias (S, BE): Sie haben mich ein bisschen eingeschüchtert, Herr Präsident, aber ich wage jetzt trotzdem, noch kurz meine Gedanken hier zu präsentieren. Meine Interessenbindung: Ich habe zwanzig Jahre lang bei der SRG gearbeitet, und ich kämpfe im Gegensatz zu anderen Kollegen, die hier im Rat sitzen, im Parlament für eine starke SRG.

Ich bin im Innersten davon überzeugt, dass eine starke SRG etwas sehr Wichtiges ist für die Schweiz. Wer Initiativen wie "No Billag" kreiert, will das nationale Projekt SRG zugunsten der Minderheiten in unserem Land nicht nur zerstören, nein, diese Leute wollen wohl auch die Macht von anderen Medienunternehmen, zum Teil mit politischem Hintergrund, ausbauen. Dagegen kämpfe ich und lehne deshalb die Initiative wie auch den Gegenentwurf entschieden ab.

Die SRG ist ein Projekt mit urschweizerischer DNA. Sie steht für Qualität, und sie steht für Vielfalt. Sie steht für die Förderung von Minderheiten; sie steht für die Demokratie. Wer die SRG abschaffen will, handelt unschweizerisch.

Die Schweiz ist ein Solidaritätsprojekt. Miteinander ist gefragt, nicht gegeneinander. Die No-Billag-Initiative ist ein Gegeneinander. Bezahlen die Menschen in der Schweiz keine Radio- und Fernsehgebühren mehr, gibt es kein RTS mehr in der Romandie, kein RSI mehr in der italienischsprachigen Schweiz und schon gar kein rätoromanisches Radio und Fernsehen mehr. Ein Deutschschweizer Fernsehen würde man wirtschaftlich vielleicht gerade noch hinkriegen, denn 70 Prozent der Leute in der Schweiz sprechen Deutsch. Das darf aber definitiv nicht unser Ziel sein. Sponsoring und Werbeeinnahmen aus der Deutschschweiz werden bei der SRG auf die anderen Sprachregionen verteilt. Die 70 Prozent Gebühreneinnahmen der Deutschschweizer werden auf die anderen Sprachregionen verteilt. Das ist das System Schweiz. Genau dasselbe wird übrigens auch mit dem Gegenentwurf von Ihnen, Kollege Rutz, passieren. Vielleicht etwas weniger krass, aber auch unter der Halbierung der Gebühren werden primär die Sender der Sprachminderheiten leiden, sprich, sie werden von der Senderliste gestrichen. Das heisst konkret: Auch der Gegenentwurf ist antischweizerisch.

Kollege Rutz, ich habe Ihnen zugehört. Sie haben gesagt, Sie seien für die Medienvielfalt als Grundlage der Demokratie, Sie seien dafür, dass man sprachliche Minderheiten berücksichtige. Sollten Sie aber am Ende des Tages für die No-Billag-Initiative stimmen, dann sind das alles nur leere Worthülsen. Herr Rutz, ich nehme Sie beim Wort.

Und dann möchte ich noch etwas sagen. Ich werde den Verdacht nicht los, dass viele Initiantinnen und Initianten nicht bloss die SRG schädigen oder gar vernichten, sondern pri-

mär auch den Weg für grosse private Geldgeber ebenen wollen. Was das Ziel und die Auswirkung einer solchen Entwicklung sind, zeigt – das hat Kollege Guhl vorhin bereits angetönt – unser südlicher Nachbar explizit: Berlusconi hat die RAI während seiner Regierungszeit massiv geschwächt und somit den Spielraum für seine eigenen TV-Sender und andere Medien vergrössert und auch ausgefüllt. Davor, vor dieser Berlusconiisierung in der Schweiz, möchte ich warnen, das wäre einer funktionierenden Demokratie nicht würdig. Das heisst: Wir, die Schweizerinnen und Schweizer, brauchen eine starke, unabhängige SRG.

In diesem Sinne bitte ich Sie, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen und auch den Gegenentwurf abzulehnen.

Köppel Roger (V, ZH): Herr Aebischer, Sie haben nun doch auf die patriotische Tube gedrückt, haben von "urschweizerischer DNA" gesprochen, sagten, wer dagegen sei, sei antischweizerisch usw. Darf ich Sie etwas fragen? Wenn jetzt antischweizerisch mit der SRG die urschweizerische DNA infrage gestellt wird – wie erklären Sie es sich, dass die Schweiz überhaupt entstehen konnte, dass es zur Bundesstaatsgründung kommen konnte, ohne dass es eine SRG gab, die meines Wissens weder 1291 noch 1848 dabei war? Ich glaube – Sie korrigieren mich –, es gibt sie seit ungefähr fünfzig Jahren.

Aebischer Matthias (S, BE): Alice Schwarzer sagt in solchen Momenten immer, dass man gleich noch von den Affen sprechen werde, die von Baum zu Baum hüpfen. Wir haben uns entwickelt, die Schweiz hat sich seit 1848 entwickelt. Die SRG ist ein Teil der Schweiz, sie ist ein Teil der Kräfte in der Geschichte der Schweiz, die eben für die Sprach- und Randregionen eintreten; das ist ganz, ganz wichtig.

Rutz Gregor (V, ZH): Herr Kollege Aebischer, Sie haben mich angesprochen und meinen Gegenentwurf, der ja einen Mittelweg zwischen der No-Billag-Initiative und Ihrem Standpunkt, eisern am Status quo festhalten zu wollen, vorschlägt. Meine Frage an Sie: Könnten Sie sich denn eine Einsparung von 10 Prozent bei der SRG vorstellen, wie sie jetzt Tamedia und Ringier vollziehen müssen? Und falls Sie das mit Ja beantworten: Warum hat Ihre Fraktion dann den entsprechenden Vorschlag nicht unterstützt?

Aebischer Matthias (S, BE): Wissen Sie, die SRG entwickelt sich. Ich habe Ihnen sehr genau zugehört bei Ihrer Rede. Sie haben behauptet, sie entwickle sich überhaupt nicht. Wir haben am letzten Montag zum Beispiel hier im Rat den Shared-Content-Vorstoss (17.3627) angenommen, fast einstimmig. Die SRG entwickelt sich weiter. Die Gebühren werden leicht gesenkt. Ich weiss nicht, wie viele Prozent das sind, aber das geht dann wahrscheinlich etwa in Richtung 10 Prozent. Also, die SRG entwickelt sich, und wenn Sie behaupten, sie entwickle sich nicht, sie sei statisch, dann stimmt das einfach nicht.

Amstutz Adrian (V, BE): Herr Kollege, quasi von Affe zu Affe – wenn Sie hier schon Alice Schwarzer zitieren -: Sind Sie wirklich der Auffassung, dass Ihre Argumentation zielführend ist, wenn die SRG Internetproduktionen herstellt, die gelinde gesagt schmutzig sind, um nicht zu sagen nahe am Porno vorbeidriften?

Aebischer Matthias (S, BE): Kollege Amstutz, ich habe auch Ihnen sehr genau zugehört. Sie haben da eine Liste von Sendungen abgelesen. Ich bin ehrlich gesagt sicher, auch Sie schauen diese Sendungen nicht. Ich kenne fast keine dieser Sendungen, ausser dem Fussball, den Sie erwähnt haben. Ich kenne diese Sendungen nicht, ich schaue sie nicht. Ich habe zwanzig Jahre bei der SRG gearbeitet. Es gibt immer Fans. Sie sind nun Fan von Fussball, vielleicht schauen Sie auch mal eine Jass-Sendung. Es gibt immer Sendungen, die jemandem nicht passen. Es kann nicht sein, dass Sie definieren, welche Sendungen gut und welche schlecht sind.

Bigler Hans-Ulrich (RL, ZH): Kollege Aebischer, Sie haben jetzt mehrmals davon gesprochen, dass sich die SRG weiterentwickelt. Ich möchte von Ihnen wissen, wie Sie die Entwicklung der SRG im Online-Bereich sehen. Sind Sie der Meinung, dass die SRG im Online-Bereich werben soll, oder wollen Sie dort den Service public klar untersagen?

Aebischer Matthias (S, BE): Herzlichen Dank für diese Frage, Herr Bigler. Sie waren ja auch dabei, als wir darüber abgestimmt haben. Wir haben ja bereits darüber abgestimmt, dass die SRG im Internet keine Werbung machen darf. Das haben auch wir unterstützt. Ich weiss jetzt nicht, weshalb genau Sie mir diese Frage stellen.

Fluri Kurt (RL, SO): Besten Dank, Herr Kollege Merlini, dass ich mit Ihnen den Platz auf der Rednerliste abtauschen konnte, damit es mir zeitlich reicht.

Vorweg zu einer Aussage von Herrn Rutz, bevor ich etwas zur Kultur sage: Herr Rutz hat heute die Behauptung wiederholt, es handle sich bei dieser Gebühr um eine Mediensteuer. Nur damit diese Meinung nicht unwidersprochen bleibt: Es gibt ein Gutachten zweier Professoren, eines Staatsrechtlers und eines Steuerrechtlers, die klar zum Schluss kommen, dass es sich hierbei eben nicht um eine Steuer handelt, sondern um eine Gebühr. Deswegen besteht dafür eben eine Verfassungsgrundlage. Herr Rutz wollte indirekt ja sagen, dass es für diese Gebühr keine Verfassungsgrundlage gebe, weil es eine Steuer sei. Das ist aber einfach seine Meinung.

Nun zur Kultur: 2016 wurden von den gesamten Ausgaben der SRG rund 18 Prozent oder 281 Millionen Franken für Kultur, für Gesellschaft und für Bildung ausgegeben. Die SRG spielt damit eine bedeutende Rolle für das gesellschaftliche und kulturelle Leben in der Schweiz. Ihr Auftrag umfasst Kulturberichterstattung, Bildung im kulturellen Bereich und Kulturförderung. Ich erinnere beispielsweise daran, dass die Schweizer Musik auf einzelnen SRG-Sendern auf einen Anteil von bis zu 50 Prozent kommt. Über alle SRG-Sender gesehen, beträgt der Anteil der Schweizer Musik über 20 Prozent.

Der finanziell bedeutendste Pfeiler der Kulturförderung im Fernsehen ist aber die Filmförderung. Es gibt eine Zusammenarbeitvereinbarung zwischen dem Fernsehen und der schweizerischen Filmbranche. Von 2016 bis 2019 werden es jährlich 27,5 Millionen Franken sein, die für die Filmförderung ausgegeben werden. Ohne diese Mittel wäre eine eigenständige schweizerische Filmproduktion schlicht und einfach nicht denkbar. Es gibt aber auch Vereinbarungen betreffend Schweizer Literatur, und nicht zu vergessen ist auch, dass die Archive der SRG ein bedeutendes schweizerisches Kulturgut darstellen.

Während der Anhörungen in der KVF-NR hat der Vertreter des Initiativkomitees gesagt, die Einnahmen könnte die SRG nebst der Werbung beispielsweise durch den Verkauf von TV-Abos erzielen, indem sie ihre Angebote verschlüsselt und nur für jene freischaltet, die die Gebühren bezahlt haben. Sie könnte also so vorgehen, wie Netflix oder Teleclub das heute tun. Wir haben dann diesen Vertreter des Initiativkomitees gefragt, wie es denn mit der Finanzierung von Gebräuchen, Traditionen, Kulturausrichtungen stehe, die sich zum Teil nur auf einzelne Ortschaften oder Talschaften bezögen, ob diese denn auch auf diesem Weg genügend finanzielle Unterstützung erfahren könnten. Die Antwort war dann sehr unklar. Sie wurde so formuliert, dass zwischen der Förderung auch der regionalen, lokalen und bloss schwach nachgefragten Kultur einerseits und dem Schutz der Bürger vor ungerechtfertigten Gebühren andererseits befriedigende Lösungen gefunden werden müssten. Ja, das wissen wir auch. Da müssen befriedigende Lösungen gefunden werden. Aber was eine befriedigende Lösung wäre, dazu konnte sich der Vertreter des Initiativkomitees nicht äussern.

Die Lösung würde vermutlich darin bestehen – weil eben mit diesen TV-Abos nicht genügend Gelder zusammenkämen, um die Kultur der Minderheiten genügend zu fördern –, dass dann wieder die öffentliche Hand einspringen müsste. Deshalb sind wir ganz klar der Auffassung, dass die heutige Situation der SRG mit dieser Gebühr eine Lösung ist, die eine

Kulturförderung garantiert, die sich nicht nur auf die Masse, auf die Verkäuflichkeit ausrichtet. Es ist eine Lösung, die auf die Förderung der Kultur von kleinen Regionen oder kleinen Bevölkerungsgruppen Rücksicht nimmt. Wir sind der Auffassung, dass die Kulturförderung letztlich auch ein Auftrag ist, der im Interesse unseres Landes zu erbringen ist, welches eben gerade von einer kleinräumigen Kultur geprägt ist. Deswegen empfehlen wir sowohl die Initiative als auch einen allfälligen Gegenvorschlag ganz klar zur Ablehnung.

Rickli Natalie (V, ZH): 644,7 Millionen Franken – so hoch waren 1986 die Gesamteinnahmen für Radio und Fernsehen. 1990 betrugen sie 752,7 Millionen Franken, im Jahr 2000 waren es 1,12 Milliarden Franken und 2016 sogar 1,36 Milliarden Franken. In dreissig Jahren sind die Einnahmen um 723,3 Millionen bzw. 112 Prozent gestiegen. Weiter zurück als für das Jahr 1986 konnte ich die Einnahmen auf die Schnelle nicht recherchieren. In der Chronologie der Broschüre der SRG "Die Geschichte des Radios in der Schweiz von 1911–2008" findet sich das Wort "Empfangsgebühren" übrigens das erste Mal in einem Eintrag für das Jahr 1928. Es ist vermerkt, dass die Gebühren damals von 12 auf 15 Franken gestiegen seien. Heute betragen die Gebühren für Privatpersonen 450 Franken.

Was will ich Ihnen damit aufzeigen? Die SRG war in den Anfängen des Radios und später des Fernsehens unbestritten wichtig. Es ging ja damals auch darum, den technischen Empfang bis ins hinterste Tal sicherzustellen. Damals gab es auch keine privaten Anbieter. Ab den Achtzigerjahren stiegen die Gebühren massiv an, in derselben Zeit also, als private Radios und private Fernsehsender aufgekomen sind. Genau damals wäre der Moment gewesen für Gebührensenkungen, für Deregulierung, für Privatisierung, für eine Fokussierung auf den Service public, namentlich in den Regionen, in denen es eben keine privaten Angebote gab. Aber das Gegenteil ist passiert. Sie haben das Votum von Herrn Amstutz gehört. Die SRG betreibt heute 17 Radio- und 7 Fernsehsender, Dutzende Websites und Social-Media-Kanäle. Shows, eingekaufte Filme und Serien, Unterhaltung und Online-News prägen die Auftritte, alles, was Private schon anbieten oder anbieten könnten. Auch im Sportbereich gibt es zunehmend Private, die Angebote bereitstellen.

Sind die Gebühren jemals gesunken? Nein! In derselben Zeit, in denen Privatradios und Privatfernsehen aufkamen, hat die SRG expandiert. So wurden private Initiativen mit Gebührengeldern konkurrenziert und neue verhindert. Die Digitalisierung hat noch einmal mehr Möglichkeiten gebracht. Statt spätestens jetzt zu deregulieren, steht sogar ein Gesetz über elektronische Medien im Raum, das auch das Internet regulieren will. Es gibt Vorstösse und Anfragen, und im zuständigen Departement werden Überlegungen angestellt, Zeitungen und Online-Inhalte zu finanzieren – ein weiterer Albtraum in der schweizerischen Medienpolitik. Es bleibt zu hoffen, dass die liberalen Kritiker, die sich heute zu Wort gemeldet haben, dann die Kraft haben, Nein zu sagen zu diesem Mediengesetz.

Ich habe die No-Billag-Initiative nicht unterschrieben, ich gehöre auch nicht dem Komitee an. Die Initianten haben mich seinerzeit angefragt; ich habe ihnen davon abgeraten, diese Initiative zu lancieren. Ich habe ihnen vorgeschlagen, eine Halbierungs-Initiative zu machen. Ich bin überzeugt, eine solche würde in der Schweiz eine Mehrheit finden. Die Initianten – das ist ihr gutes Recht – halten an ihrer Initiative fest. Ich glaube, mit einer Halbierungs-Initiative wäre namentlich in den Randregionen weiterhin ein Service-public-Angebot möglich, aber es bestünde mehr Raum für private Angebote, und die Bürger hätten mehr Geld im Sack. Sie könnten selber entscheiden, welche Medien sie konsumieren oder wie sie ihr Geld investieren wollen.

Auch wenn das Motiv der Initianten löblich ist – staatliche Medienfinanzierung in einer Demokratie ist ein Unding –, ist das Anliegen realpolitisch einfach nicht durchsetzbar. Den Initianten ist das egal, sie sind uneinsichtig und kritisieren übrigens auch uns. Sie haben kein Interesse an einer Gebührensensenkung, sie halten stur an ihrer Initiative fest. Sollte es an der

Urne zu "No Billag" ein Nein geben, werden die Initianten dafür die Verantwortung übernehmen müssen.

Ich bitte Sie darum, dem Antrag der Minderheit Rutz Gregor zu Ziffer I von Vorlage 2 zuzustimmen, sie verlangt die Halbierung der Gebühren. Das ist ein gutschweizerischer Kompromiss. Sollte dieser eine Mehrheit finden, werde ich die Initiative ablehnen. Sollte er abgelehnt werden und kein Franken gespart werden – Sie haben es gehört in der Kommission: kein Franken, nicht einmal ein Rappen wurde gespart –, bin ich gezwungen, Ja zu sagen zur Initiative, nicht aus voller Überzeugung, aber ich kann nicht Ja sagen zum heutigen Mediensystem.

Ein weiterer Grund: Die SRG bekämpft mit Millionen Franken aus Gebührengeldern diese Initiative und macht Lobbying in eigener Sache. Das ist ein absolutes No-go; es ist eine Frechheit, wie sie Politiker, Verbände und Organisationen mit Gebührengeldern einseift. Sollte die No-Billag-Initiative wider Erwarten angenommen werden, hätte dies die SRG zu veranlassen, namentlich Herr de Weck.

Zum Schluss: Die Schweiz existiert nicht wegen der SRG. Sie hat schon vorher existiert und würde auch ohne Gebührengelder weiterexistieren. Auch die SRG übrigens würde weiterexistieren. Die Verantwortlichen sagen ja selber, sie sei ein unabhängiger Verein. Gebührengelder gäbe es nicht mehr, sollte die No-Billag-Initiative angenommen werden. Im Gegenteil: Die SRG hat heute über 300 Millionen Franken Werbeeinnahmen. Sie könnte sich dann dem Markt stellen. Ich wäre sogar bereit, ein Abo der "Tagesschau" zu kaufen.

Nordmann Roger (S, VD): Bei dieser Volksinitiative ist mir nicht ganz klar, was die wahren Ziele und Motivationen der Initianten sind. Das spielt aber keine Rolle und soll uns wenig interessieren, denn das, was letztlich zählt, sind die Konsequenzen einer allfälligen Annahme und somit die Konsequenzen einer Abschaffung der Radio- und Fernsehfinanzierung in unserem Land. Diese Konsequenzen möchte ich jetzt aufzeigen. Ich mache das auf Deutsch, weil in den drei Regionen mit sprachlichen Minderheiten die schmerzliche Entwicklung des Mediensterbens leider weiter fortgeschritten ist und somit auch das Bewusstsein für die Risiken stärker ist.

Die erste Konsequenz wäre, dass die SRG fast alle Kanäle schliessen würde, denn die Gebühren sichern das Gros der Einnahmen. Wenn die Gebühren verschwinden, wird die SRG auch für die Werbung viel weniger attraktiv. Meine Prognose ist, dass es nur noch in der deutschen Schweiz für ein Rumpffernsehen reichen würde. Frontal betroffen wären auch Lokalradio und Lokalfernsehen. Damit würde die Medienkonzentration weitergehen. Eine unabhängige Informationsquelle würde überall verschwinden.

Es ist ein Irrtum zu glauben, dass die Werbung, welche die SRG nicht mehr anziehen würde, plötzlich zu den schweizerischen Printmedien gehen würde. Nein, die Gelder für diese Werbung würden hauptsächlich bei Google, bei Facebook und bei ausländischen Werbefenstern landen. Ich hoffe, dass das nicht die wahre Absicht der Initianten ist. Ich möchte mich hüten, ihnen das zu unterstellen.

Es ist auch ein Irrtum zu glauben, dass plötzlich private Qualitätsmedien die SRG ersetzen würden. Was möglicherweise in einem Markt mit 80 Millionen Teilnehmern denkbar ist, ist in der kleinen Deutschschweiz nicht möglich und noch weniger in Genf, in Lugano oder in der Surselva.

Eine zweite Konsequenz wäre folgende: Das Verschwinden der SRG würde zu einer massiven Schwächung der lokalen und regionalen Berichterstattung führen. Leider ist es nötig, hier in Erinnerung zu rufen, dass unabhängige, diversifizierte Medien ein Grundpfeiler der Meinungsäusserungsfreiheit sind und für die freie Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger absolut notwendig sind. Ohne starke, freie und diversifizierte Medien ist eine Demokratie unmöglich. In unserem Land, wo die Demokratie sehr föderalistisch aufgebaut ist und neben den nationalen Volksabstimmungen oft kantonale und Gemeindeabstimmungen stattfinden, wäre das Verschwinden des medialen Service public auch ein Schlag gegen unsere demokratischen Strukturen. Die Bürgerinnen und Bürger werden sich nämlich in den Volksabstimmungen

kaum fundierter äussern, wenn es weniger ausgeglichene Informationskanäle gibt.

Eine dritte Konsequenz wäre folgende: Das Verschwinden der SRG würde zu einer grossen Schwächung des kulturellen Zusammenhalts der Schweiz führen. Die Schweiz wird zu Recht als Willensnation bezeichnet, denn es fehlt uns ein sprachlich-kultureller Kitt. Eigentlich sind wir stolz auf unser Modell. Trotz vier Landessprachen verstehen wir uns einigermassen, und wir mögen einander in unserer Diversität. Das muss gepflegt werden, und die Existenz der SRG trägt massgeblich dazu bei.

Die No-Billag-Initiative ist nicht nur für die SRG existenzbedrohend, ihre Annahme würde auch die Demokratie und die nationale Kohäsion untergraben. In einem weltweiten Kontext, in dem die Bildung der öffentlichen Meinung immer mehr durch Fehlinformation und Fake News geprägt ist, wäre eine Abschaffung der SRG ein Rückschlag historischer Dimension. Es braucht nämlich mehr denn je einen soliden Service public, der auch solide und verifizierte Informationen transportiert. Gäbe es keine SRG, müsste man sie sofort einrichten.

Das heisst noch lange nicht, dass die SRG perfekt ist und kein Verbesserungspotenzial vorliegt. Für diese Diskussion sind wir offen, gerade weil die SRG noch wichtiger geworden ist als vor ein paar Jahren. Damit wird es ziemlich klar: Diese No-Billag-Initiative ist eine fundamental antischweizerische Volksinitiative. Diese gehört wuchtig abgelehnt.

Mit der Ablehnung dieser Initiative sind wir leider noch nicht über dem Berg. Es muss sicher auch eine Diskussion darüber stattfinden, wie im Printsektor eine diversifizierte Presse zu gewährleisten ist. Aber die Lage wäre nur noch schlimmer mit der Annahme dieser Initiative.

Danke schön, wenn Sie diese Initiative zur Ablehnung empfehlen.

Keller Peter (V, NW): Geschätzter Kollege Nordmann, Sie haben das Mediensterben angesprochen und sich auf die Westschweiz und das Tessin bezogen. Könnten Sie sich nicht auch vorstellen, dass der Grund hierfür eben genau darin liegt, dass wir eine übermächtige SRG haben, welche die entsprechenden Werbegelder an sich zieht und sich in Bereiche ausgedehnt hat, in welchen sich normalerweise private Anbieter bewähren könnten? Liegt es nicht genau an der Übermacht der SRG, dass es zu diesem Mediensterben kommt?

Nordmann Roger (S, VD): Überhaupt nicht, Herr Keller. Die Werbung, die den privaten Anbietern fehlt, ist Werbung, die im Internet, in Portalen wie Google oder Facebook, und in ausländischen Werbefenstern usw. gemacht wird, aber sicher nicht in den Printmedien.

Reimann Lukas (V, SG): Herr Kollege Nordmann, ich teile Ihr Anliegen. Wir brauchen freie Medien. Aber könnte die No-Billag-Initiative nicht genau den freien Medien zum Durchbruch verhelfen? Die SRG ist ja völlig abhängig vom Staat. Der Bundesrat wählt mehrere Verwaltungsräte, er nimmt Einfluss. So könnten die Medien viel freier wirken, unabhängig vom Staat.

Nordmann Roger (S, VD): Erstens ist die SRG in Bezug auf die Inhalte ihres Angebots selbstständig. Das wird vom Schweizer Publikum auch honoriert, die Leute finden die SRG zu Recht unabhängig. Würde die SRG verschwinden, gäbe es zweitens weniger Quellen und damit eine höhere Medienkonzentration. Es würde keiner Zeitung bessergehen, wenn die SRG verschwände. Das ist eine völlig irriige Annahme.

Ammann Thomas (C, SG): Die No-Billag-Initiative ist eigentlich eine Initiative "No SRG". Die Initiative will, dass Radio- und Fernsehleistungen nur noch über den Markt finanziert und keine Gebühren mehr erhoben werden. Auch wenn vorhergehende Rednerinnen und Redner der Initiative kritisch gegenüberstehen, üben sie doch grosse Kritik an der SRG. Die SRG ist eine Institution, welche im Auftrag, aber auch

im Interesse unseres Landes einen absolut wichtigen Grundversorgungsauftrag im Medienbereich erfüllt. Wenn Sie dafür einstehen, dass die Schweiz auch in Zukunft über einen unabhängigen und umfassenden Service public im Medienbereich verfügt, dann müssen Sie dieser absolut extremen Volksinitiative die Rote Karte zeigen und die Initiative zur Ablehnung empfehlen.

Die SRG stellt heute das Grundangebot auf nationaler Ebene wie auch in allen Sprachregionen sicher. Die Initiative will der SRG genau diesen Leistungsauftrag entziehen. Die Vertretung aller Landessprachen und damit der nationale Zusammenhalt werden ernsthaft in Gefahr gebracht. Ja, wir haben es auch schon gehört, die gesamte Medienlandschaft steht vor grossen Veränderungen; die Stichworte dazu sind der digitale Umbruch und die offensichtlichen Konzentrationen in der Medienwelt. Der Medienmarktplatz Schweiz ist also längst nicht mehr unter einer Käseglocke. Die Angebotsvielfalt muss deshalb auch politisch thematisiert werden, um einem journalistischen Einheitsbrei und einem weiteren Qualitätsverlust entgegenzuwirken und die Stirne zu bieten. Deshalb ist der Service public ein grunddemokratisches Anliegen, was zweifellos auch im Sinne unseres Parlamentes sein sollte.

Aber wie viele Film- und Medienschaffende in diesem Land will auch ich nicht, dass die Leistungskraft der SRG reduziert wird, sondern der Service public muss im Dienste einer funktionierenden Demokratie weiterentwickelt werden. Die No-Billag-Initiative und der Gegenvorschlag, die beide eine erhebliche Reduktion der Leistungskraft der SRG zur Folge hätten, sind ein Frontalangriff auf unsere Demokratie, auf eine offene, pluralistische Gesellschaft in unserem Land.

Zum Thema "Medienvielfalt und Gebührenaufteilung" oder "David gegen Goliath im Medienbereich": Mit dem neuen Radio- und Fernsehgesetz, welchem das Volk im Juni 2015 zugestimmt hat, wird der Gebührenanteil für die 34 konzessionierten privaten Radio- und Fernsehstationen um bis zu 50 Prozent erhöht, und dies notabene zulasten der SRG. Mit dem neuen Radio- und Fernsehgesetz hat das Schweizervolk auch ein neues Finanzierungssystem beschlossen. Damit werden die Radio- und Fernsehgebühren, voraussichtlich per 1. Januar 2019, für Privathaushalte, wie im Abstimmungskampf versprochen, von heute jährlich 450 Franken auf deutlich unter 400 Franken sinken, wie dies die zuständige Departementsvorsteherin, Doris Leuthard, in der KVF-NR ausgeführt hat.

Die Schweiz in ihrer Kleinräumigkeit ist gross in ihrer politischen und kulturellen Vielfalt. Wer gibt dieser Vielfalt eine Öffentlichkeit? In der Deutschschweiz, in der Suisse romande, in der Svizzera italiana und in der Svizra rumantscha? Die dezentralen Strukturen und Angebote der SRG, ganz im Sinne des föderalistischen Gedankens unseres Landes, haben ihren Preis. Dafür hat die SRG differenzierte Programmangebote in allen Sparten – auch im Sport und in der Unterhaltung.

Wenn Sie wollen, dass die Schweiz auch in Zukunft über einen unabhängigen und umfassenden Service public im Medienbereich verfügt, dann sagen Sie Nein zu dieser Volksinitiative und Nein zum Gegenentwurf. Die SRG stellt heute das Grundangebot auf nationaler Ebene wie auch in allen vier Sprachregionen sicher. Die Gleichbehandlung der Sprachregionen mit den dezentralen Sendestandorten wäre nicht gegeben, Eigenproduktionen in der Schweiz würden massiv wegfallen, und auch der nationale Zusammenhalt wäre gefährdet. Auch für die meisten konzessionierten Privatradios und Fernsehstationen mit Gebührenanteil würde eine Annahme dieser Initiative das Aus bedeuten. Die Gewinner wären die Radio- und Fernsehstationen im Ausland, die bereits heute einen hohen Marktanteil in der Schweiz haben.

Also, stimmen Sie Nein zur Initiative, stimmen Sie Nein zum Gegenvorschlag.

Rime Jean-François (V, FR): Je commencerai par déclarer mes liens d'intérêts, comme cela devrait être fait par tous les intervenants qui sont concernés: je suis président de l'USAM, qui s'engage très fortement dans cette campagne, et je suis

propriétaire de trois entreprises qui doivent payer la redevance, soit entre 10 000 et 15 000 francs.

Avant de développer mes arguments, j'aimerais revenir sur une déclaration de Madame Chevalley – elle n'est pas dans la salle, malheureusement, mais j'imagine qu'elle lira le Bulletin officiel. Elle nous a dit qu'il était important, pour avoir des informations sur la Suisse, de disposer de médias suisses. Alors, pour les Romands qui écoutent la radio romande, ces 18 derniers mois, on leur a parlé, à Forum – la meilleure émission que nous ayons sur la politique –, majoritairement des élections américaines, de la critique du président Trump et des élections françaises! Je ne suis pas sûr que toutes les Suissesses et tous les Suisses soient vraiment concernés par ces informations. Ils pourraient d'ailleurs les avoir dans les médias étrangers.

Nous ne voulons pas faire disparaître le service public. Mais nous vivons une révolution dans le monde de l'information en général et dans les médias en particulier, et les projets que nous discutons actuellement sont des projets du siècle passé, du XXe siècle.

Madame la présidente de la Confédération, vous avez réglé à la hussarde la question de la redevance. Que toute la population doive payer une certaine redevance, même si elle n'a pas de moyen de réception, est déjà très discutable. Mais que les entreprises soient ponctionnées de 300 millions de francs est inacceptable! Nos employés ne sont pas à leur place de travail pour regarder la télévision ou écouter la radio. Si cela se fait, ils ont déjà payé la redevance à la maison. Vous me direz alors qu'il y a peut-être le problème des frontaliers, mais je ne crois pas que ce soit dramatique.

Pour faire passer la pilule, vous avez été très habile: Migros, UBS et d'autres grandes sociétés paieront 39 000 francs au maximum. Je ne me suis pas renseigné sur le cas Fenaco, je ne sais pas si vous l'avez réglé et comment il sera réglé, mais si vous avez trois PME avec environ 100 employés, vous allez peut-être payer 10 000 à 15 000 francs. Est-ce logique? Même Economiesuisse, qui ne s'est pas engagée dans la dernière votation, a enfin compris ce qui était en jeu et soutient la proposition d'une redevance à 200 francs. C'est ce que je ferai aussi.

Je souhaite vivement que la proposition de la minorité Rutz Gregor trouve une majorité au Parlement. Bien sûr, j'en doute, après toutes les interventions que je viens d'entendre et que j'entendrai encore dans la suite du débat. Si la proposition de la minorité Rutz Gregor ne devait pas être acceptée, à titre personnel – et c'est la position que je défendrai aussi dans le cadre de l'USAM –, je défendrai l'initiative dite "No Billag".

Madame la présidente de la Confédération, j'imagine que vous vous souvenez encore du résultat de la dernière votation – vous ne m'écoutez pas, mais c'est égal – que vous avez gagnée avec à peine 3000 voix. Vous imaginez bien que, pour une famille d'ouvriers, payer 450 francs par an, c'est vraiment beaucoup d'argent. Et je ne suis pas sûr que, si le débat est fair-play, vous gagnerez la votation si facilement, surtout si on ajoute cette nouvelle taxe à toutes les hausses prévues. Je vous rappellerai que nous parlons d'augmenter la TVA dans le cadre de la prévoyance vieillesse, que vous avez augmenté les taxes sur l'énergie avec l'approbation du Parlement, que la valeur immobilière dans les cantons a augmenté et que nous avons, dans toutes sortes de domaines, dans les cantons et les communes aussi, d'autres taxes dont on ne connaît pas le détail.

Je vous serais reconnaissant de bien vouloir soutenir la proposition de contre-projet et éventuellement de recommander d'accepter l'initiative "No Billag", mais je sais que cette intervention restera un vœu pieux.

Mazzone Lisa (G, GE): Je commencerai, moi aussi, par déclarer mes liens d'intérêts: Je suis députée au Conseil national; par conséquent, j'apparaîtrai régulièrement dans les médias du service public, qu'il s'agisse de la radio ou de la télévision. C'est certainement grâce à cette vitrine que je me trouve aujourd'hui devant vous pour prendre la parole, car elle m'a donné la possibilité de me faire connaître de la population et d'être élue, ceci indépendamment de mon parti,

de mon origine et des mes intérêts. Hier, d'ailleurs, d'autres parlementaires se trouvaient dans la salle des pas perdus et participaient à l'émission "Forum", car il est essentiel pour chaque parlementaire – et pour chaque élu en puissance – d'avoir accès à la population, quels que soient son parti ou ses opinions, sans dépendre de liens économiques. En outre, je ne suis pas sûre que, sans "Forum", j'aurais entendu parler de la gestion de l'hôpital fribourgeois – pour ne citer que cet exemple –, qui était l'un des sujets de l'émission d'hier.

Il n'y a pas de démocratie sans accès à une information équilibrée. C'est évident. D'ailleurs, on le constate non seulement au niveau de la Confédération – c'est-à-dire au niveau national –, mais aussi à tous les niveaux. En rentrant en Valais, à Fribourg ou à Genève, que diriez-vous à vos concitoyennes et à vos concitoyens si on leur annonçait, par exemple, que la chaîne de télévision Canal 9 n'avait plus assez de moyens pour continuer à fournir une information de proximité? Que leur diriez-vous si l'on ne pouvait plus faire tourner Léman Bleu?

Notre pays est comme une boule à facettes. Ces facettes multiples doivent être regroupées et réussir à tenir ensemble malgré toute leur diversité. Aussi, les médias de service public, ainsi que les prestations qui sont financées par la redevance, garantissent la cohésion de notre pays et ce noyau commun. Ils garantissent aussi qu'il n'y ait pas de "sous-citoyen": tout le monde doit avoir accès à un service public assuré dans le cadre d'une mission qui est bien définie. En tant que Romands, on se sent minoritaires ici à Berne, c'est clair, et on ne souhaite pas se laisser imposer une marginalisation qui serait encore plus grande.

La redevance est aussi le pilier de la culture suisse. La démanteler, c'est se retrouver sur un champ de ruines culturel. Or, une société qui erre au milieu de ruines ne peut annoncer que sa propre ruine. De quoi parle-t-on? On parle de magazines culturels, de retransmissions de concerts, d'émissions qui couvrent tous les arts – la littérature et le cinéma notamment –, de shows, de films. En réalité, c'est une garantie pour un certain nombre d'artistes suisses de pouvoir bénéficier d'une diffusion puisque cela figure dans le mandat de prestations des médias du service public. La SSR verse 8,5 millions de francs par an d'honoraires et pour le paiement de droits et le financement de mandats pour des concerts de musique locaux. La SSR fait vivre les artistes locaux, et notamment les musiciens, qui ont ainsi un accès privilégié à une diffusion, ce qui me paraît essentiel parce qu'en réalité, sans cela, ils ne pourraient plus bénéficier de la possibilité de cette vitrine. La SSR, c'est aussi l'aide au cinéma, qui se monte à 25,7 millions de francs par an, allouée à des films, des documentaires, des court métrages et des festivals de cinéma, ainsi que 100 millions de francs par an pour l'industrie audiovisuelle suisse. Bref, c'est la garantie de la culture qui, comme je l'ai dit, est le ciment de la société.

C'est pour ces raisons que je vous demande de recommander le rejet de l'initiative "No Billag" et de tout contre-projet.

Fiala Doris (RL, ZH): Als Liberale gehöre ich, wie Sie wissen, nicht zu den lauten Verfechtern einer öffentlichen Finanzierung von Unternehmen. Sie wissen es: Wir Freisinnige wollen einen schlanken, aber starken Staat. Deshalb frage ich mich immer zuerst: Kann das ein Privater ebenso gut? Und falls nicht, wie wichtig ist es für die Gesellschaft und die Schweiz? Last, but not least frage ich auch: Was darf es in diesem Falle kosten?

Als langjähriges Mitglied der Schweizer Delegation im Europarat hat es für mich eine neue Bedeutung gewonnen, die Debatte rund um den Service public genauer zu betrachten. Umfassende und recherchierte Medienberichterstattung hat für die Meinungsbildung und somit für freie und faire Wahlen Gewicht und Einfluss.

Die Kohäsion des Landes und gerade der Zusammenhalt über die Sprachgrenzen hinweg hat für unseren innenpolitischen Frieden grosse Bedeutung – und das hat eben seinen Preis! Die SRG bietet Programme und Informationen in vier Landessprachen an, wir haben es schon mehrmals gehört, und gerade das hat seinen Preis. Budgetvergleiche mit an-

deren Sendern und anderen Ländern sind daher auch unter diesem Aspekt zu betrachten.

Der Markt spielt bei einem so grossen Kohäsionsanspruch nicht. Es gibt zweifellos private Sender, die sehr viel zum Service public beitragen und regionale und sogar auch internationale Interessen teilweise befriedigen. Die meisten sind jedoch wirtschaftlich nicht rentabel und könnten gemäss Experten bei einer totalen Liberalisierung gar nicht überleben und schon gar nicht alle Bedürfnisse der Sprachregionen unseres Landes befriedigen.

Wir hören oft Diskussionen darüber, was die SRG exakt zu leisten habe und was ihr Auftrag sei. Man kritisiert die Unterhaltung per se. Diese ist aber gerade und exakt auch im Leistungsauftrag enthalten. Wollen Sie das in Zukunft nicht mehr, bitte ich Sie, den Leistungsauftrag zu revidieren und neu zu formulieren. Am liebsten möchten wohl einige, dass nur gerade jene Kultursendungen und hochstehenden SRG-Sendungen bestehen bleiben, die weniger Publikum ansprechen. Der Verzicht auf Unterhaltung würde dann wohl fast einem "Service sans public" entsprechen und käme den Kritikern gerade recht.

Kurz ein Wort zum Streit um die Werbeeinnahmen: Dieser Streit wird auch von grossen Medienhäusern und seitens privater Konkurrenz geführt. Die Debatte ist verständlich und wird auch aufgrund der Realitäten rund um die Digitalisierung und die einbrechenden Print- und Werbemärkte geführt. Es ist für eine Liberale allerdings befremdend, dass ausgerechnet der einzige finanzielle, eigenfinanzierte, wirtschaftliche Budgetbeitrag der SRG, nämlich die Werbeeinnahmen, in Abrede gestellt wird. Von einer weiterführenden oder umfassenden Werbeeinschränkung für die SRG würden jedenfalls vor allem ausländische Sender profitieren. Bereits heute gehen rund 45 Prozent der TV-Werbeeinnahmen ins Ausland. Wollen Sie das?

Als PR-Beraterin weiss ich aus beruflicher Erfahrung, dass der Verzicht auf SRG-Werbung nicht bedeuten würde, dass private Radiosender, Kleinstregionalsender oder gar die Printmedien wesentlich profitieren könnten. Hingegen würden viele bei einer Annahme von "No Billag" nicht mehr mitprofitieren. Nicht umsonst findet man heute keine grossen Medienhäuser, die für eine totale Liberalisierung zu haben wären. Sie haben sich arrangiert und profitieren teilweise mit. Bei einem Ja zu "No Billag" oder zum Gegenvorschlag, der einem Kahlschlag gleichkäme, würden Kultur- und vor allem die Filmförderung sowie weniger medienwirksame Sportarten und Sendungen einen radikalen Schnitt erfahren.

Ich komme zum Schluss: In Zeiten der wachsenden digitalen Meinungsbeeinflussung unserer Bevölkerung durch Fake News, Fake Likes sowie Algorithmen und Computerprogramme muss es gelingen, dass die SRG dem etwas entgegenhält. Die SRG ist mit der Antwort auf die Digitalisierung zwar noch in Verzug, hat aber den Handlungsbedarf erkannt.

Ich danke Ihnen deshalb herzlich für ein doppeltes Nein.

Reimann Lukas (V, SG): Auch ich lege meine Interessen offen: Ich bin stolzes Mitglied des Initiativkomitees der No-Billag-Initiative und vertrete hier über 100 000 Bürgerinnen und Bürger, denen es ein echtes Anliegen ist, dass sie diese Zwangsgebühren nicht mehr bezahlen müssen. Es gibt darunter auch Bürger, die keinen Fernseher haben, die kein Radio haben und in Zukunft gezwungen werden, das zu bezahlen.

Ich habe bei der Interessenoffenlegung von Kollegin Mazzone schon gestaunt, die gesagt hat, sie sei dank der "vitrine", der Plattform, die ihr die SSR gegeben habe, hier im Parlament. Ich bin nicht im Parlament, weil ich irgendwo vom Fernsehen gepusht wurde vor den Wahlen, sondern da wurde man ignoriert.

Das Hobby dieses Parlamentes ist es, dem Bürger Geld aus der Tasche zu ziehen. Die meisten Diskussionen drehen sich darum um die Frage: Wo kann man Einnahmen generieren, wo muss der Bürger noch mehr abgeben? Jetzt kommt einmal eine Volksinitiative, die die Bürger wirklich entlasten will, die sagt: Das müsst ihr nicht mehr bezahlen, wenn ihr nicht wollt, wenn ihr's nicht braucht, wenn ihr's nicht konsumiert. Und da ist der Widerstand gleich riesengross. Wir müssen

die Bürger entlasten. Es gibt ein Recht auf Selbstbestimmung in diesem Land, es gibt ein Recht auf Entscheidungsfreiheit, und es gibt schlussendlich mehr Lebensqualität, wenn der Bürger selber entscheiden kann, welche Medien er konsumiert und welche er nicht konsumiert. Wir brauchen dazu kein teures Zwangsabo für bestimmte Medienkanäle.

Die finanzielle Übermacht der SRG macht genau innovative kleine Anbieter heute in der Schweiz kaputt. Die SRG ermöglicht anderen Programmen in der Schweiz nicht, dass sie sich entfalten können, dass ein fairer freier Wettbewerb zugunsten aller Meinungen, aller Debatten, aller Kanäle stattfinden kann.

Die No-Billag-Initiative führt schlussendlich zu einer grösseren Medienvielfalt, weil nicht die ganze Medienwelt durch einen grossen Anbieter dominiert wird. Ich muss Ihnen sagen, es wird hier viel argumentiert mit Lokalnachrichten, mit regionalen Nachrichten. Wenn ich mich lokal informieren will, dann konsumiere ich Tele Ostschweiz, Tele Top, Info Wil, die "Wiler Zeitung", die "Wiler Nachrichten", aber ganz sicher nicht die SRG für lokale Nachrichten aus meiner Region. Darüber wird im Schweizer Fernsehen ganz bestimmt nicht berichtet.

Die Abschaffung der Billag-Zwangsgebühren würde der Medienfreiheit zum Durchbruch verhelfen. Es besteht heute ein ungesundes Abhängigkeitsverhältnis der SRG vom Staat. Die Abschaffung sorgt dafür, dass die Medien ihre Rolle als vierte Gewalt wahrnehmen und den mächtigen Politikern kritisch auf die Finger schauen können, ohne dass sie dann gleich um einen Grossteil ihrer Einnahmen fürchten müssen. Die Abschaffung der Zwangsgebühren führt auch zu einer Ankurbelung der Wirtschaft. Für die Schweizer Volkswirtschaft würde eine ungeheure Kaufkraft von 1,35 Milliarden Franken pro Jahr freigesetzt. Und dann könnte sich nicht nur die SRG um diese freiwerdenden 1,35 Milliarden Franken bewerben, sondern dann könnte jeder und jede, könnten innovative Start-ups, neue Unternehmen, Internetunternehmen um dieses Geld buhlen, das frei wird. Das gäbe neue Arbeitsplätze in Branchen und Unternehmen, die heute vom Staat nicht privilegiert sind.

Der Staat hat gegenüber seinen Bürgern eine besondere Verantwortung bezüglich des sorgsamsten Umgangs mit Gebührengeldern. Wenn Sie heute horrenden Saläre wie jenes von SRG-Direktor Roger de Weck – 557 434 Franken – oder goldene Fallschirme wie für den ehemaligen Fernsehchef Ueli Haldimann – 330 000 Franken – sehen, dann ist das eine Zumutung für alle Zwangsgebührenzahler in diesem Land. Es gilt diese Abzockerei durch das Volk zu stoppen.

Die No-Billag-Initiative fordert nicht die Abschaffung der SRG, sondern sie fordert die Abschaffung der Zwangsgebühren. Die SRG wird im Initiativtext mit keiner Silbe erwähnt. Die Initianten stehen für eine starke, aber unabhängige SRG, die unabhängig ist von den Interessen der mächtigen Politiker. Die SRG muss unabhängig von der Politik und unabhängig vom Bundesrat berichten können, und das kann sie nur tun, wenn sie nicht vom Staat abhängig ist. Die SRG hätte in Zukunft alle Möglichkeiten, die die Privaten auch haben, um Programme zu produzieren und zu senden. Sie müsste sich lediglich selbst finanzieren, wie das alle normalen Unternehmen in diesem Land auch machen und wie es auch die SRG tun könnte.

Machen wir Schluss mit diesen Bezahlabos, mit diesem Zwang und der Abzockerei der Bürgerinnen und Bürger, empfehlen wir die No-Billag-Initiative zur Annahme, und, im Sinne der Kompromissfähigkeit der SVP, sagen wir Ja zum Gegenvorschlag. Handeln wir nicht im Sinne der Kompromisslosigkeit.

Vogler Karl (C, OW): Herr Kollege Reimann, Sie haben gesagt, Sie würden sich unter anderem über das Regionalfernsehen informieren, wenn Sie sich über die Nachrichten der Region orientieren wollten. Ist es aber nicht so, dass eben gerade auch das Regionalfernsehen von den von Ihnen geisselten Zwangsabgaben profitiert und mit von diesen lebt?

Reimann Lukas (V, SG): Das ist korrekt, und damit versucht man auch, die Lokalen zu kaufen. Aber der Anteil, den die

Kleinen haben, ist auf das Gesamte gesehen derart gering, dass die SRG diese Kleinen einfach klein hält, dominiert und so den Kleinen gar keine Chance gibt. Aber es gibt kaum eine Branche, wo so viele neue Unternehmen entstanden sind, wie die Medienbranche, so viele neue Internetradios. Sie haben heute Zugriff auf so viele Fernsehsender, Radiosender, Online-Zeitungen wie noch nie eine Generation vor uns. Da wird es überflüssig, dass der Staat noch eine derart dominante Rolle einnimmt.

Tornare Manuel (S, GE): Il y a un pays qui vient de mettre en application l'équivalent de l'initiative populaire dite "No Billag", c'est Israël. Il y a quelques mois, Benyamin Netanyahu, premier ministre israélien, a en effet fait fermer les radios et les télévisions publiques, trop critiques, selon lui, envers ses problèmes de corruption. Résultat des courses: on a donné au peuple du pain et des jeux, soit des chaînes privées qui diffusent des séries américaines très souvent idiotes et des jeux télévisés qui ne rehaussent pas le niveau des médias israéliens. Il n'y a qu'une seule télévision israélienne un peu critique et qui invite des Palestiniens et des Israéliens sur son plateau, mais elle est francophone et basée en partie à Genève, à Paris et à Jaffa. Elle s'appelle I24 et est diffusée en Israël. Voyez le résultat des courses! Ce n'est pas ce que nous voulons.

L'initiative interdirait à la Confédération de subventionner toute chaîne de télévision ou de radio et de prélever une redevance de réception. Cette dernière fonction ne pourrait pas non plus être déléguée à un tiers, comme actuellement à Billag. Tout au plus Berne pourrait-elle payer les diffuseurs pour la diffusion de communiqués officiels urgents. Quant aux concessions, elles seraient mises régulièrement aux enchères par les autorités. Est-ce là ce que nous voulons?

Cette initiative vise à démanteler le service public. C'est ça! Un lobby bien doté veut le réduire au minimum nécessaire. Certains serveurs de ces lobbys, grassement payés – il y en a dans notre conseil –, savent cependant utiliser plus que la moyenne la SSR pour leur carrière politique et pour leur pomme!

Ce qui est en jeu, c'est une éventuelle redéfinition du service public. Doit-il encore diffuser des courses de Formule 1 ou des séries télévisées américaines? C'est la conception large du service public que défend la SSR. Il faut qu'elle puisse s'adresser à un vaste public pour continuer à bien jouer son rôle sur le plan de l'information citoyenne. Cette conception large est attaquée sur plusieurs fronts, notamment par l'initiative dont nous débattons aujourd'hui. Il faut savoir que les initiateurs se fondent sur une étude de l'Institut for Media and Communication Management de l'Université de Saint-Gall. Lisez-la, elle est citée par l'association Action pour la liberté des médias, elle montre bien qu'il faut tuer le service public pour privilégier le secteur privé: c'est rentable. On a compris la ficelle!

Ce sont donc bien deux conceptions du service public, large ou étroite, qui s'affrontent. C'est aussi l'avenir des télévisions et radios locales – on l'a dit hier lors d'un débat à l'extérieur du Palais fédéral. Contrairement à ce que disent les initiateurs, si on supprime la redevance, c'est 80 pour cent des radios régionales et des télévisions régionales qui disparaîtront – écrans noirs et plus d'écoute sur ces radios. Cela, les télévisions et radios régionales le savent mieux que d'autres.

On a parlé ici de la cohésion nationale. C'est vrai que la SSR, c'est aussi la cohésion de notre pays. La Suisse a été bâtie et repose sur cette cohésion nationale. Veut-on vendre nos télévisions, nos radios, petit à petit, à l'étranger? Cela sera d'abord à l'Allemagne, à la France, à l'Italie, puis aux Etats-Unis, voire à la Russie. Regardez ce qui se passe en France: même la Russie est en train d'acheter des télévisions et des radios régionales. Mettons les choses en perspective: le budget de la SSR est une souris par rapport aux éléphants que représentent les budgets de la RAI, de RTL, de France Télévisions ou de Google. Donc, il n'y a pas de quoi vraiment hurler avec les loups comme le font certains ou certaines ici. Il y a des obligations qui sont fixées dans la loi, afin que les médias de service public soient au service du pays et de sa démocratie, de ses quatre langues et de ses cultures. Je par-

lais de la cohésion nationale: d'un côté, nous entendrons, la semaine prochaine, certains dire qu'il faut un conseiller fédéral tessinois. D'un autre côté, on veut détruire l'italianité, la latinité au niveau des médias. C'est ce qui se passera. Les trois quarts de la redevance proviennent des cantons allemands. Et, bien évidemment, quels seront les perdants? Ce seront les minorités latines, dont la mienne.

En conclusion, je vous dis que ceux qui proposent l'initiative "No Billag" veulent en quelque sorte être les fossoyeurs d'une certaine idée de la Suisse. C'est ce que nous devons combattre.

J'entendais tout à l'heure le rédacteur en chef du journal "Die Weltwoche" nous dire que Tamedia, appartenant au groupe Ringier Axel Springer Suisse SA, a fait des économies de 10 pour cent. Mais à quel prix, alors qu'ils font des bénéfices en Allemagne? "La Tribune de Genève" est en train de disparaître – je suis mieux placé que d'autres pour le savoir. Est-ce cela que nous voulons? C'est le spectacle auquel nous assisterons.

Le président (de Buman Dominique, premier vice-président): Monsieur Tornare, Monsieur Bühler aimerait vous poser une question.

Tornare Manuel (S, GE): Le Jura libre! Ah, non! le canton de Berne, pardon!

Bühler Manfred (V, BE): Le Jura bernois et heureux d'en faire partie, merci!

Je vous ai écouté avec attention, vous avez dit que les minorités linguistiques, notamment francophone et italophone, seraient les grandes perdantes en cas de baisse de la redevance. Le contre-projet prévoit de diminuer à 200 francs la redevance, donc grosso modo de moitié, on parle de pourcentage. Pourquoi est-ce que la Suisse romande et la Suisse italienne seraient-elles plus préférentielles que la Suisse allemande?

Tornare Manuel (S, GE): Parce que c'est ce qui se passe avec la presse écrite, je viens de le dire. Qu'est-ce que l'on constate? On constate que, pour finir, à part "Le Courrier", qui est un quotidien d'extrême-gauche diffusé à 10 000 exemplaires, il n'y aura plus de grand quotidien à Genève, qui est une ville internationale; tout sera regroupé à Lausanne. Mais, sachez-le, dans quelque temps, beaucoup de ces titres disparaîtront.

Vous le savez très bien, vous serez les premières victimes, cher Monsieur Bühler, vous qui voulez maintenir les districts francophones – ce que je respecte – dans le canton de Berne. Vous serez les premières victimes des médias allemands, qui, bien évidemment, ne voudront que profiter et ne diffuseront donc que dans des régions où cela rapporte de l'argent. Et cela ne rapportera pas chez vous!

Müller-Altermatt Stefan (C, SO): Wir werden ja hier im Parlament nicht müde, es zu betonen: Die Schweiz ist eine Willensnation. Eine Willensnation, die nicht mehr will, ist tot. Nun gibt es zwei Möglichkeiten, den Willen zur Nation zu fördern. Variante 1 ist die Propaganda. Die will niemand. Variante 2 ist die Einheit durch Vielfalt, oder einfacher gesagt: Wir müssen als Land, in dem es nur Minderheiten gibt und keine dominierende Mehrheit, dafür sorgen, dass sich jede Minderheit in unserem Hause wohlfühlt und nicht nach einem anderen Hause strebt.

Diesem und keinem anderen Geist hat die SRG verpflichtet zu sein und ist sie verpflichtet. Sie hat dafür zu sorgen, dass alle Sprachregionen ihre Medieninhalte platzieren können, dass sie sich darin wiedererkennen, sich damit identifizieren und dass auch der Rest der Schweiz von ihnen Kenntnis nehmen kann, dass sie sich zeigen können. Was für die Sprachregionen gilt, gilt auch für alle anderen gesellschaftlichen, kulturellen usw. Schichten. Die SRG hat dafür zu sorgen, dass feuilletonistische Diskurse genauso verbreitet werden wie der Trachtenumzug am Unspunnenfest. So hat es zu funktionieren.

Jetzt haben wir heute Morgen immer wieder gehört, die SRG sei abhängig von der Politik. Sie sei gefangen durch unsere Abhängigkeit und vice versa. Die SRG ist aber genau in diesem Sinne der Vielfalt unseres Landes und der Kohäsion des Landes auch institutionalisiert. Das wurde heute geflissentlich vergessen, es wurde noch gar nie gesagt. Die SRG ist ein Verein im Dienste der Allgemeinheit. Sie hat vier Regionalgesellschaften, und diese vier Regionalgesellschaften haben den Zweck, die SRG in der Gesellschaft zu verankern. Sie tut das zum Beispiel mit einem Publikumsrat.

Jetzt hat Herr Amstutz von einem Quasimonopol gesprochen, von einem Einheitsbrei, gelenkter Demokratie und einem Machtmonopol. Auf der institutionellen Ebene hat man eben genau alles andere gemacht. Man hat alles gemacht, um genau das zu verhindern. Dank dieser Institutionalisierung hat nämlich Herr Amstutz jetzt die Möglichkeit, sich beispielsweise im Publikumsrat der SRG einzubringen, und er muss das nicht im Parlament machen. Er muss nicht die ganzen Namen der Serien hier herunterlabern und sagen, welche ihm nicht gefallen. Er soll das nicht in der politischen Behörde machen. Denn wenn die SRG auf die politische Behörde hört, dann wird sie zum Propagandamittel. Das ist die Perversion der Aussage der Befürworter der No-Billag-Initiative. Die SRG ist in der jetzigen Institutionalisierung und in der jetzigen Finanzierung eben unabhängig.

Das heisst, wir, das Volk, haben den Inhalt zu definieren. Zudem, das hat Herr Burkart heute richtig gesagt, haben die Finanzen dann dem Inhalt zu folgen. Das heisst auch, dass der Gegenvorschlag systemfremd ist.

Immer wieder kam auch die Forderung, der Markt solle doch spielen. Es ist absehbar, dass dieser Markt von zwei Playern beherrscht würde. Das sind einmal grosse ausländische Konzerne. Die Folge wäre, dass man viel bezahlt. Wenn wir in der Champions League von den grossen Fussballnationen schon abgeschlachtet werden, dann will ich dafür nicht auch noch viel zahlen, ganz einfach. Das ist der eine Weg. Der andere Weg ist folgender: Es gibt auf dem Markt dann auch Player, die grosszügig sponsern können. Grosszügig sponsert man einen Fernsehsender, einen Radiosender oder eine Zeitung nur dann, wenn man ein Interesse hat. Herr Reimann hat vorhin ausgeführt, wie er sich regional informiert. Wir haben dann auch gehört, dass nur ein Teil dieser Sendungen gebührenfinanziert ist. Der Rest kommt dann halt vom Sponsor. Vielleicht ist es kein Zufall, dass Herr Blocher in den letzten Wochen genau solche Regionalmedien zusammengekauft hat. Das Spiel läuft, und es läuft gut. Unter dem Strich sind es Medienmoguln, welche den Markt und die Meinungsbildung beherrschen, und es ist nicht mehr der Verein SRG, der dann die politische Meinungsbildung fördern wird. Statt Abstimmungsinformation gibt es dann halt die Abstimmung darüber, wer das Big-Brother-Haus verlassen muss. Vielleicht ist es dann nicht mehr nur fast Porno, so Herr Amstutz, sondern wirklich Porno, um den die wortwörtlich leidenschaftlichen Diskussionen dann gehen.

Zusammengefasst, man hört es nicht gerne, aber es ist so: Wenn man das Ganze auf der staatspolitischen Ebene anschaut, dann stellt man fest, dass die No-Billag-Initiative ein zutiefst unpatriotischer Akt ist. Sie ist deshalb zur Ablehnung zu empfehlen.

Keller Peter (V, NW): Sie haben von der politischen Abhängigkeit der SRG gesprochen. Ist das Problem nicht vielmehr dieses, dass die Politiker von der SRG abhängig sind, weil sie so dominant ist, dass man sich nicht wirklich eine kritische Position gegen die SRG erlauben kann, ohne befürchten zu müssen, dass man die Zuneigung, sprich Sendeminuten, verliert?

Müller-Altermatt Stefan (C, SO): Sie müssten mir halt jetzt schon einen konkreten Fall nennen, in dem das bereits geschehen ist, in dem sich jemand angebedert hat oder eben die SRG kritisiert hat. Dann müssten Sie zu diesem konkreten zweiten Fall noch sagen, wieso diese Person dann nicht angehört wurde durch den Publikumsrat, durch den Ombudsmann usw., durch eines der Gremien, die man geschaffen hat. Heute ist das so institutionalisiert, dass die Unabhängig-

keit gegeben ist; davon bin ich überzeugt. Im pseudofreien Markt mit den Medienmoguln gibt es weniger Unabhängigkeit bei den beherrschenden Medien; davon bin hundertprozentig überzeugt.

Müller Thomas (V, SG): Die No-Billag-Initiative ist zweifellos radikal, aber es brauchte in diesem Land eine bestimmte Stimmung, damit diese Initiative überhaupt möglich wurde, und diese Stimmung hat die SRG selbst geschaffen. Sie hat in den letzten Jahren übertrieben – übertrieben in Bezug auf ihr Angebot, das weit über den Service public hinausgeht, und übertrieben als gebührenfinanzierte journalistische Meinungsmacherin.

In der Gründerzeit von Radio und Fernsehen war es zweifellos richtig, die Kräfte auf die SRG zu fokussieren. Heute müssen wir uns aber fragen, ob es richtig war, diese Fokussierung über Jahrzehnte einfach fortzusetzen. Entstanden ist das grösste Medienunternehmen der Schweiz. Kein anderes Medienhaus ist in der Lage, landesweit innert Minuten ein Thema in die politische, öffentliche Diskussion zu bringen. Das hat nicht nur medienpolitische, sondern auch staatspolitische und demokratiepolitische Bedeutung. Eine Rednerin vor mir hat heute Vormittag die SRG als Swisness bezeichnet. Man kann diese Meinung vertreten oder teilen, aber sie ist nur die halbe Wahrheit. Zur Wahrheit gehört auch, dass wir mit der SRG heute faktisch einen zwangsgebührenfinanzierten Staatssender haben, einen Staatssender in der Hand der Regierung als abschliessender Konzessionsbehörde – das Parlament hat ja die Mitwirkung in diesem Jahr abgelehnt. Ein Staatssender in der Hand der Regierung ist kein Gütesiegel eines demokratischen Staates. Ein Staatssender in der Hand der Regierung ist typisch für Staatsformen, die wahrscheinlich niemand von uns wünscht.

Die SRG, Herr Müller-Altermatt hat es gesagt, ist formell als Verein organisiert. Dass die SRG aber mittlerweile alle Züge eines Staatssenders hat, belegt auch ein Blick in die Personalpolitik. Eine Partei, es ist Ihre, Herr Müller-Altermatt, stellt seit Jahren die bestimmenden Organe der SRG, und das ist Teil der Machterhaltung dieser Partei. Und bei den politischen Journalisten fällt auf, dass ihre Sendungen einen politischen Mainstream haben, dessen Richtung nicht immer ausgewogen ist. Der knappe Ausgang der Referendumsabstimmung über die RTVG-Revision war Ausdruck eines Unbehagens in weiten Teilen der Bevölkerung gegenüber der SRG in der heutigen Form. Die SRG und der Bundesrat haben dieses Signal bis heute nicht verstanden und setzen weiter auf Ausbau.

Den Initianten kommt das Verdienst zu, die heutige Form des Staatssenders landesweit in die öffentliche Diskussion gebracht zu haben. Aber wie gesagt, die Initiative ist zu radikal. Aber es braucht Veränderungen im Sinne einer Verkleinerung der SRG. Das direktdemokratische System Schweiz braucht Medienvielfalt und nicht einen Staatssender, der grösser ist als alle Verlage und alle anderen Medienhäuser. Der Gegenvorschlag nimmt dieses Anliegen auf.

Feller Olivier (RL, VD): L'initiative qui nous est proposée vise à supprimer la redevance, dont le produit est alloué aux diffuseurs de programmes de radio et de télévision titulaires d'une concession, mais, en fait, c'est clairement la SSR qui est visée, et le débat en cours le démontre. Pour les auteurs de l'initiative, c'est ce mandat de service public qu'il convient de casser en privant la SSR des moyens d'exister, de manière à ce que le paysage des médias obéisse dans tous les domaines à une pure logique de marché. Si c'est la fin de la diversité et de l'identité de notre pays que nous voulons, alors allons-y, recommandons de voter oui à cette initiative. Mais si ce n'est pas cela que nous voulons, alors cette initiative est une grave et profonde erreur.

Le service public tel qu'il existe aujourd'hui pour la radio et la télévision dans notre pays est indispensable au bon fonctionnement de notre démocratie. Sauf de très rares exceptions, il y a moins de 50 pour cent des électeurs qui votent et encore moins qui s'intéressent régulièrement à la vie civique. Pour dire les choses crûment: le débat politique n'est pas rentable selon les règles de l'économie de marché, le débat politique

ne fait pas suffisamment d'audience pour qu'il puisse être financé exclusivement par des recettes publicitaires, mais le débat politique est essentiel dans un pays de démocratie directe comme le nôtre, où l'on préfère depuis longtemps, et je m'en réjouis, les initiatives populaires et les référendums aux manifestations de rues.

Des radios et des télévisions privées seraient naturellement conduites, pour de simples motifs de survie, à accorder une faible importance au débat politique, aux enjeux des votations populaires, pour ne s'intéresser qu'à la surface des choses, à la peopolisation de tout et de rien, suffisamment envahissante déjà pour qu'il ne faille pas encore lui donner un coup de pouce supplémentaire.

Certains me diront peut-être: "Ces débats politiques ne sont menés ni avec l'impartialité ni avec l'objectivité nécessaires au sein des émissions de la SSR." Bien sûr, il m'arrive aussi de ne pas être très satisfait de la manière dont certaines émissions ou certains magazines politiques sont conçus ou animés à la télévision, mais il existe au moins actuellement des règles en matière de répartition du temps de parole entre les partisans et les adversaires d'un projet soumis à la votation populaire, par exemple, et il existe aussi un organe indépendant d'examen des plaintes auprès duquel il est possible de recourir quand on estime vraiment que les règles d'équilibre ou d'impartialité ont été violées. Or, l'initiative qui nous est proposée supprime purement et simplement la règle constitutionnelle qui institue une autorité indépendante à laquelle des plaintes ou des recours peuvent être adressés. L'Etat ne serait ainsi plus tenu, en vertu de la Constitution fédérale, de permettre au public de s'adresser à un organe particulier pour déposer une plainte. C'est une curieuse incohérence.

Ce ne sont de loin pas les seules raisons qui m'amènent à recommander le rejet de cette initiative, mais ce sont les motifs que je tenais à souligner à un moment où les règles du marché auxquelles les éditeurs de journaux sont soumis réduisent comme peau de chagrin non seulement la diversité de la presse dans notre pays, mais également les ressources rédactionnelles des quotidiens et des magazines qui survivent dans cette débâcle collective.

La SSR est là pour promouvoir l'échange entre les communautés linguistiques et les différentes régions de notre pays. En quelque sorte, la SSR est amenée à promouvoir ce qui fait la diversité et l'identité de notre pays. Elle doit promouvoir ce qu'on appelle aujourd'hui communément le vivre ensemble. Cela n'est pas anodin à un moment où on parle beaucoup de la représentation équitable de toutes les régions linguistiques au sein du Conseil fédéral.

Je vous invite à recommander au peuple et aux cantons le rejet de cette initiative.

Fricker Jonas (G, AG): Vielleicht sind Sie so sportbegeistert wie ich. Dann haben Sie womöglich auch das EM-Fussballspiel Schweiz-Frankreich auf SRF 2 geschaut. Einer der über eine Million Zuschauer war unser damals knapp dreijähriger Sohn Max. Seither ist er grosser Schweizer-Nati-Fan und trägt am liebsten Tag und Nacht das Schweizer-Nati-Shirt. Vielleicht sind Sie auch politik- und informationsinteressiert – könnte ja sein, wenn Sie mir hier jetzt zuhören. Dann hören Sie womöglich regelmässig das "Echo der Zeit" oder "Radio SRF 4 News", oder Sie schauen die "Tagesschau", den "Kassensturz" oder die "Rundschau". Vielleicht sind Sie auch kulturinteressiert und schauen sich hin und wieder im Schweizer Fernsehen oder auch zeitversetzt auf dem i-Pad einen Dok-Film an, zum Beispiel den über Bernhard Russi, oder eine Sendung der Dok-Serie "Auf und davon". Vielleicht geniessen Sie auch das Unterhaltungsprogramm "SRF bi de Lüt" oder "Happy Day". Oder Sie haben den Schweizer Film "Gotthard" gesehen oder schauen die Eigenproduktion "Der Bestatter", die übrigens in meinem Heimatkanton, dem Kanton Aargau, produziert wird.

Ich könnte stundenlang so weiterfahren und verschiedene Interessengruppen ansprechen. Irgendwann würden Sie sicher sich selbst finden – oder Sie haben sich vielleicht schon gefunden. Was ich mit diesen Beispielen aufzeigen will: Die SRG ist Teil unseres Alltags. Sie ist nicht irgendein Unterneh-

men, sondern ein wichtiger Bestandteil unserer Schweizer Identität. Ein Ja zur No-Billag-Initiative oder zum Gegenvorschlag würde diesen Teil der Schweizer Identität zerstören.

Unsere Gesellschaft befindet sich im Umbruch. Digitalisierung, Automatisierung, Vernetzung und Globalisierung sind die Auslöser dieses Umbruchs. Alle Bereiche sind davon betroffen, natürlich auch die Wirtschaft, unsere Demokratie und nicht zuletzt die Medienwelt. Mitten in diese Umbruchphase schlittert nun die Volksinitiative zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren, die No-Billag-Initiative. Der eine oder die andere denkt vielleicht, Abschaffung von Gebühren töne noch gut. Aber gerade das, was so harmlos tönt, ist, wenn es umgesetzt wird, für unser Land verheerend. Gerade in wilden Umbruchzeiten braucht unsere Demokratie eine starke Informationsinfrastruktur. Damit meine ich starke, unabhängige und vielfältige öffentliche und private Medien in guter Qualität. Die Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren würde die Schweizer Medienwelt als Ganzes stark schwächen, natürlich vor allem die SRG. Sie könnte zum Beispiel ihre Kohäsionsfunktion für unser Land nicht mehr wahrnehmen. Damit meine ich die Förderung des gegenseitigen Verständnisses für die Vielfalt in unserem Land. Tausende von regionalwirtschaftlich wichtigen Arbeitsplätzen wären gefährdet, nicht nur in den Randregionen. Nicht nur Medienschaffende, sondern auch Film-, Kultur- und Kunstschaffende wären betroffen, und nicht zu vergessen sind die 34 weiteren konzessionierten Radio- und Fernsehstationen.

Die No-Billag-Initiative ist ein Frontalangriff auf unsere direkte Demokratie. Denn diese braucht zwingend eine freie und kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Gesellschaft. Aber nicht nur für unsere Demokratie ist diese Initiative schlecht, auch für jeden Einzelnen würde sich nur scheinbar eine finanzielle Entlastung ergeben. Nehmen wir doch wieder das Thema Sport als Beispiel, da ich selber sportbegeistert bin. Die SRG deckt in ihrem Programm regelmässig über hundert Sportarten ab. Sie dreht Reportagen über Schweizer Athletinnen und Athleten und Teams, überträgt nationale Sportveranstaltungen in drei Sprachen und bietet bei internationalen Sportveranstaltungen einen Schweizer Fokus. Auch trägt sie zur Förderung des Breitensports bei und bietet Randsportarten eine Bühne. Würde die SRG abgeschafft, würden nur noch die populären Sportarten übertragen, und das zu sehr hohen Kosten. Heute bezahle ich 450 Franken Billag-Gebühren pro Jahr. Zum Vergleich: Eine komplette Ladung Live-Sport im Pay-TV kostet 2900 Franken, also sechsmal so viel. Würde die SRG als kostenloses Konkurrenzprodukt abgeschafft, würden diese Preise tendenziell sogar noch steigen.

Zum Schluss eine kleine Anekdote von unserem Sohn Max zur Identitätsfunktion der SRG: Vielleicht haben Sie im Februar auch den WM-Abfahrtsieg von Beat Feuz live mitverfolgt. Mein damals dreijähriger Sohn hat am Nachmittag auf dem Skilift zu mir aufgeschaut und gesagt: "Ich heisse Max Aaron Beat Feuz Fricker." Ich habe laut gelacht und ihn umarmt.

Amaudruz Céline (V, GE): Ne nous trompons pas de débat: est-il concevable d'obliger tout ménage à payer plus de 450 francs chaque année pour une redevance radio et télévision indépendamment du fait de savoir si, oui ou non, les personnes qui le composent regardent la télévision ou écoutent la radio?

Les privilèges accordés par l'Etat à la SSR font d'elle une entreprise quasi monopolistique. La redevance dont nous souhaitons la suppression remonte à une époque où l'Etat détenait un monopole de fait des ondes de radio ou de télévision. Les investissements nécessaires pour proposer des programmes étaient très importants, alors que les éventuels bénéfices restaient difficiles à évaluer. Etais-ce hier? Pas vraiment.

Depuis, l'évolution technologique, la libération des ondes – pas toujours accueillie avec bonheur par les pouvoirs publics, comme ce fut le cas en France – et l'arrivée des radios libres, que nous devons à François Mitterrand, ont considérablement changé la donne, y compris pour ce qui est de la télévision. Aujourd'hui, les ondes se sont démocratisées et de nombreux acteurs privés ont fait leur apparition. Internet

permet désormais à chacun de proposer du contenu. Il n'y a pas si longtemps, personne ne parlait de YouTube, Facebook et autres, alors que leur succès est planétaire.

La façon dont on consomme les médias a également profondément évolué. Aujourd'hui, on écoute, on regarde un peu partout grâce aux tablettes ou aux smartphones. Le consommateur a désormais accès au monde entier et peut faire son choix sans entraves. Il décide de ce qu'il souhaite consommer et n'est donc plus un client captif.

Dans un monde concurrentiel, certaines chaînes ont trouvé leur public et, partant, le succès. D'autres, faute d'audience, ont disparu du paysage audiovisuel. Il s'agit là de la loi de l'offre et de la demande, que la redevance fausse essentiellement à l'avantage de la SSR, ce qui n'est pas tolérable pour nous.

Il y a naturellement d'excellentes raisons à cela, entre autres garantir le service public sur l'ensemble du territoire, y compris là où le public est clairsemé.

On avance aussi la menace d'une offre de programmes suisses créés en Suisse, qui se réduirait. Une telle situation, bien évidemment, serait regrettable. Je suis romande, donc probablement plus sensible au risque de cet effet. Mais le principe qui consiste à dire: "Payez, que vous regardiez ou non la télévision, que vous écoutiez ou non la radio" est pour moi inacceptable. Pouvons-nous considérer qu'il y a un devoir de solidarité des citoyens en faveur du service public? Nous, auditeurs et spectateurs, nous sommes des hommes et des femmes libres de savoir ce que nous souhaitons écouter ou regarder. Par leur choix, les citoyens privilégient bien évidemment ce qui leur plaît et permettent aux diffuseurs retenus d'avoir une audience susceptible de leur garantir des bénéfices assurant pérennité et développement.

Dans ce cas, la redevance est en fait un oreiller de paresse, puisque la question de l'audience, vitale dans le privé, n'est pas déterminante pour son principal bénéficiaire. Le soutien étatique a, comme dans tout domaine économique qui subit une distorsion de concurrence, un effet stérilisant dans la mesure où d'autres acteurs hésiteront à se présenter à leur public potentiel sur un segment déjà occupé par une concurrence échantonnant aux lois du marché.

Aujourd'hui, les opérateurs proposent des centaines de chaînes de radio et de télévision; Internet permet l'accès au monde entier; la pluralité des vecteurs a, dans la foule, libéré le consommateur. Dans cette situation, pourquoi contraindre nos concitoyens à payer un montant non négociable pour ce qu'ils boudent de plus en plus? Maintenir ce prélèvement sur les ménages et les entreprises relève d'un combat d'arrière-garde, alors que l'évolution est inéluctable. Le consommateur est désormais l'acteur principal du marché, qui fait son choix librement en fonction de ses goûts.

S'il s'avère qu'un média ne trouve plus son public, l'acharnement thérapeutique, c'est-à-dire la redevance, ne fait que retarder la fin du patient. Alors qu'elle devrait s'interroger sur le fait que seul un tiers du public qu'elle lui voudrait acquis lui est fidèle, la SSR souhaite simplement maintenir branchée la prise du respirateur artificiel.

Oui, je reconnais que de passer de 450 francs par ménage à rien peut être brutal, voire trop violent. C'est pour cela que je vais soutenir le contre-projet de la minorité Rutz Gregor, qui, finalement, est une solution intermédiaire, un compromis, dans la mesure où il prévoit de ne pas dépasser un montant maximum de 200 francs par ménage. Ce contre-projet tient compte de l'innovation; il vit avec notre époque.

Donc, à titre personnel, bien évidemment, je soutiendrai le contre-projet de la minorité Rutz Gregor, et je m'abstiendrai pour le moment sur l'initiative "No Billag". Mais je ne suis pas certaine de ne pas faire campagne pour "No Billag" par la suite.

Glanzmann-Hunkeler Ida (C, LU): Wir diskutieren heute über sogenannte Zwangsgebühren, wie dies die Initianten immer gerne ausführen. Erstaunlich, dass man heute noch denkt, dass man eine Leistung gratis und franko beziehen kann! Oder wie denken die Initianten wohl, wenn es darum geht, in einem Parkhaus oder auf einem Parkplatz die Gebühr zu bezahlen? Ist dies auch eine Zwangsgebühr? Wäre

es dort sinnvoll, das Auto gratis abzustellen und eine Busse in Kauf zu nehmen?

Ja gut, vergleichbar ist dies wohl nicht bis ins letzte Detail. Der Parkplatz ist einfach ein Feld auf öffentlichem Grund, das Fernsehen ist Service public, der von uns allen gefordert wird, und zwar möglichst in allen Sparten und in allen Regionen. Die einen wollen Kultur, die anderen Unterhaltung; die einen wollen einen Fussballmatch, die anderen eine Randsportart sehen – übrigens sind diese Sendungen heute schon fast nicht mehr bezahlbar für unser Fernsehen, denn diese müssen zum Teil sehr teuer eingekauft werden. Ich denke da z. B. an die World Games, den Wettbewerb der nichtolympischen Disziplinen, die für die SRG schlicht nicht finanzierbar waren, weil Private die Rechte kostendeckend und teuer verkauft haben.

Wir erwarten vom Service public, dass immer aus unseren Regionen und wenn möglich auch in den entsprechenden Sprachen berichtet wird. Wir wollen Regionaljournale, regionale Beiträge bzw. Fernsehsender in den Regionen, die von einem Bundesbeitrag profitieren und so die regionalen Berichterstattungen abdecken.

Ich habe bei unserem Regionalfernsehen Tele 1 nachgefragt: Wenn die Billag-Gebühren wegfallen und sie nicht mehr auf die Unterstützung des Bundes zählen können, wird es dieses regionale Fernsehen nicht mehr geben. Immerhin werden heute über Tele 1 kantonale Themen oder regionalpolitische Debatten ausgestrahlt. Auch wenn der Beitrag heute nur bei 5 Prozent des gesamten Gebührentopfs liegt, ist es dieser Beitrag, der mithilft, dass gerade dieses regionale Fernsehen funktionieren kann. Ohne Gebühren wird es somit auch kaum noch regionale Fernsehsender geben, bestimmt nicht mehr im ländlichen Raum.

Was ist denn die Alternative? Ein Medienmonopol, finanziert von Privaten? Wer unterscheidet dann Fake News von wichtigen, richtigen Nachrichten? Ich glaube nicht, dass dies der Weg ist, den wir uns alle wünschen. Wir können stolz sein auf unsere Medienvielfalt, ebenso auf die Meinungsfreiheit, die wir über die vorhandenen Medien gewährleistet haben. Wenn Private diese Medien kontrollieren, kann die Meinung zunehmend beeinflusst oder gesteuert werden. Die Schweiz kann auch nicht mit dem Ausland verglichen werden. Wir haben unsere vier Sprachregionen, und alle sollen vom Service public profitieren können. Neben unserer Sprachen- und Regionenvielfalt können wir stolz sein auf unsere Solidarität. Oder wie soll in Zukunft eine ländliche Region noch auf sich aufmerksam machen können, wenn nicht über regionale Medien?

Ich lehne die No-Billag-Initiative und auch den Gegenvorschlag ab, weil eine Streichung der Gebühren aus meiner Sicht nur Ungerechtigkeiten schafft. Der Service public sollte es uns wert sein, dass wir etwas dafür bezahlen; wir alle profitieren von einer guten Information. Krankenkassenprämien bezahlen wir auch dann, wenn wir gesund sind, aus Solidarität. Ohne die Solidarität, ganz besonders auch die Solidarität durch die Beiträge aus den Städten, ist der Service public bald Geschichte, und die Informationen über die ländlichen Regionen wären in Zukunft nicht mehr gewährleistet.

Danke, wenn Sie hier Nein stimmen.

Reynard Mathias (S, VS): L'initiative "Oui à la suppression des redevances radio et télévision" demande l'abolition des redevances versées à la SSR ainsi qu'aux 34 autres diffuseurs de radio et de télévision titulaires d'une concession dans notre pays.

Cette initiative extrémiste signerait la mort de la diversité des médias en Suisse et d'un service public de qualité dans toutes les régions du pays.

Un bref tour d'horizon des conséquences semble nécessaire: L'initiative dite "No Billag" signifie en premier lieu la mort immédiate de la SSR. C'est donc tout d'abord la perte de 13 500 emplois directs et indirects dans notre pays, auxquels doivent encore s'ajouter la disparition d'emplois dans les médias régionaux. C'est la fin d'un service public de qualité – qui peut évidemment toujours être discuté et amélioré –, mais qui n'a rien à envier aux médias des pays voisins. C'est la fin également d'un principe essentiel, qui est dans l'ADN de la Suisse:

la cohésion nationale, qui a pour corollaire l'équivalence des prestations entre toutes les régions de notre pays. Il n'y a pas aujourd'hui, dans ce domaine, de citoyen de seconde zone en fonction de la région linguistique ou de la richesse du canton. Grâce à une répartition solidaire qui tient compte des régions linguistiques minoritaires, la SSR assure un service public équivalent sur tout le territoire national, avec ses 7 studios principaux et ses 17 studios régionaux. Inutile de dire qu'avec la suppression de la redevance, les rares opérateurs privés qui resteraient se concentreraient sur les zones les plus peuplées et les plus riches de notre pays.

La disparition de la SSR porterait un coup terrible au vivre ensemble et à la cohésion de la Suisse. Un pays qui n'arrive pas à parler de lui-même connaît un sérieux problème.

Le service public joue également un rôle essentiel pour la démocratie, pour une information de qualité, objective, et qui permette le débat d'idées et la formation de l'opinion publique. Dans notre démocratie directe, nous avons besoin d'un quatrième pouvoir fort et indépendant des groupes d'intérêts. Cela est sans doute encore plus indispensable pour faire face aux faits alternatifs – "alternative facts".

Mais limiter le débat à la SSR serait une erreur. Les dégâts collatéraux d'un oui à l'initiative seraient irréparables pour le monde du sport, celui du cinéma ou encore celui de l'art. Les responsables des principaux festivals et événements artistiques, que ce soit d'humour, de musique ou d'autres arts, le disent: la SSR, comme partenaire qui assure leur visibilité, est indispensable à leur survie.

Prenons trois exemples concrets: le cinéma, le sport et la musique. Ces vingt dernières années, grâce au Pacte de l'audiovisuel, la SSR a investi plus de 400 millions de francs dans le cinéma suisse et a coproduit plus de 2000 films, documentaires, ou encore téléfilms, courts-métrages et films d'animation. Parallèlement, la SSR soutient de nombreux festivals de cinéma, dont évidemment le Festival de Locarno, celui de Fribourg, Visions du réel à Nyon, le Festival international du film fantastique de Neuchâtel, pour ne prendre que quelques exemples tessinois ou romands.

La RTS soutient également fortement la musique suisse, par la diffusion de 18 heures de musique suisse chaque jour, toutes chaînes confondues. A cela s'ajoute l'enregistrement de 500 concerts par année en Suisse romande, ainsi qu'un soutien à divers événements, comme la Schubertiade.

Quant au sport, soyons clairs: "No Billag" signifie la fin du sport en libre accès. Il suffit déjà de comparer les offres actuelles: un abonnement à la seule Bundesliga coûte presque aussi cher que la redevance actuelle. Si l'on désire s'abonner aux matchs de football et de hockey sur glace de notre pays, les offres actuelles dépassent déjà largement le prix de la redevance. En somme, on paiera plus pour moins de prestations. Les fans de sport, dont je fais partie, savent également que la SSR est partenaire de nombreuses manifestations et fédérations sportives et qu'elle joue un rôle de promotion du sport pour tous, en offrant d'ailleurs une tribune aux sports minoritaires et aux manifestations sportives de nos régions. Elle nous permet également de suivre systématiquement les athlètes suisses dans les grandes compétitions internationales.

Voilà les exemples de quelques prestations qui ne pourraient être maintenues sous cette forme en cas de oui à l'initiative.

Enfin, on a souvent dit dans ce débat qu'il ne s'agissait pas d'une initiative "No Billag", mais plutôt d'une initiative "No SSR". Ce n'est pas tout à fait exact. Si son acceptation entraînerait évidemment la disparition de la SSR, elle tuerait également toutes les radios et télévisions régionales qui vivent de la redevance, soit 25 radios privées régionales et 13 télévisions régionales. Pour prendre l'exemple du canton du Valais, soyons tout à fait clairs: les élus valaisans qui voteront oui à cette initiative soutiennent la mise à mort de Canal 9/Kanal 9, de Rhône FM, de Radio Chablais et de Radio Rottu Oberwallis, et ils devront l'assumer! Le même constat peut être effectué dans toutes les régions et dans tous les cantons.

Il n'y a pas à hésiter une seule seconde pour appeler à rejeter et cette initiative et son contre-projet.

Brunner Toni (V, SG): Eigentlich war ich nie ein besonderer Freund dieser No-Billag-Initiative, aber je länger ich hier zuhöre, desto mehr bin ich versucht, dieser Initiative zuzustimmen. Hört man Ihnen hier zu, dann bekommt man den Eindruck, die Schweiz würde untergehen, wenn sich die SRG ein wenig nach der Decke strecken müsste, und bei anderen bekommt man den Eindruck einer Gesprächsverweigerung, wenn man über Auftrag und Umfang des Service public diskutieren will.

Denn eigentlich ist die No-Billag-Initiative nichts anderes als ein Produkt, das sich die SRG selber eingebrockt hat. Wer nämlich so rücksichtslos, ja masslos wird in Bezug auf die Auslegung des Begriffes "Service public", der muss sich dann halt auch nicht wundern, wenn ganz grundsätzliche Diskussionen in diesem Lande ausbrechen. Das Programm, die Zahl der Sender, der Kanäle wurden in den vergangenen Jahren ständig ausgeweitet, und das ohne Not und ohne Auftrag. Die SRG hat in ihrer Unternehmensstrategie zu oft und unnötigerweise mit öffentlichen Geldern private Unternehmungen, private Initiativen konkurrenziert, abgewürgt und diese privaten Aktivitäten bereits im Keime erstickt. Unter dem Deckmantel des Service public wurde alles subsumiert, was man gerade selber darunter verstehen wollte.

Was ist Service public? Eigentlich ist doch Service public nichts anderes als eine unabhängige, eine sachgerechte, eine neutrale Berichterstattung; nun kann man noch sagen, aus der Gesellschaft, aus der Politik, aus dem Sport, aus der Kultur usw. Darüber kann man ja noch diskutieren. Aber braucht es denn dafür in der Deutschschweiz sechs Radioprogramme? Nicht nur 1, 2, 3 und 4, sondern auch SRF Musikwelle – ein Spartensender notabene, welcher die Antwort der SRG war auf private Initiativen von Volksmusiksendern. Oder braucht es einen Radiosender wie den Jugendsender Radio Virus, der auch auf Initiative der SRG erst dann gekommen ist, nachdem Private Jugendsender lanciert hatten? Das hat doch mit Service public nichts zu tun! Es braucht für einen Service public doch nicht schweizweit fast zwanzig SRG-Radiosender. Es braucht doch für den Service public keine Musikprogramme über Kabel und Internet wie Radio Swiss Pop, Radio Swiss Classic, Radio Swiss Jazz – das können Private besser und billiger.

Sprachregionale Programme und Sender in Ehren, aber es gibt in jeder Landesregion zu viele Sender und damit einen zu aufgeblähten gebührenfinanzierten Apparat. Als ich noch Parteipräsident der SVP war, habe ich mich immer gefreut, wenn ich ins Tessin gehen konnte. Da wusste ich, dass es sich lohnt, eine Pressekonferenz im Tessin zu besuchen. Da kommen diverse Vertreter von SRG- bzw. RSI-Sendern, die sich auf den Füßen rumstehen. Sie müssen wissen: Im Tessin ist die RSI einer der beiden grössten Arbeitgeber. Die tausend Mitarbeiter sind gegenüber der Einwohnerzahl ein Verhältnisblödsinn. Dann hat mir mal einer erklärt: "Ja, wissen Sie, Herr Brunner, wir stehen in Konkurrenz zur RAI in Italien." Nein, also diese Ansprüche sollte man nicht haben. Es geht hier um die Berichterstattung aus der Schweiz und für die Schweiz.

Halten wir fest: Die SRG ist masslos geworden, massive Kostensteigerungen sind zu verzeichnen, sie kostet 1,4 Milliarden Franken pro Jahr und ist gebührenfinanziert. Diese Entwicklung darf nicht einfach hingenommen werden. Diese Diskussion hier drin soll Anlass sein, darüber zu sprechen, ob es nicht auch mit etwas weniger ginge oder was Service public ist und was es dazu braucht. Dass es Gegenvorschläge gibt, das sollte eigentlich legitim sein.

Frau Bundespräsidentin, ich lege Ihnen ans Herz, bei zukünftigen Entscheiden, bei denen es um die SRG geht, diesen Verein etwas zu öffnen und Personalentscheide nicht nur als Parteiarbeit zu verstehen, indem man Parteifreunde, die ihr "Jöbli" in der Politik nicht mehr haben, versorgt. Öffnen Sie diesen CVP-Verein! Machen Sie auch mal etwas, das bislang in diesem Land undenkbar gewesen ist: Wählen Sie einmal einen Generaldirektor, der das SVP-Parteibüchlein hat. Eigentlich ist das ja undenkbar – aber es wäre auch das Service public, wenn man allen gerecht werden möchte, Frau Bundespräsidentin.

Jauslin Matthias Samuel (RL, AG): Herr Kollege Brunner, ich habe Ihnen sehr gerne zugehört und habe jetzt noch eine konkrete Frage: Sie haben behauptet, dass private Stationen Spartensender wie z. B. Radio Swiss Pop oder Radio Swiss Classic – die übrigens werbefrei sind – billiger anbieten könnten. Können Sie mir sagen, wie das gehen soll?

Brunner Toni (V, SG): Erstens einmal: Die Kanäle, von denen Sie jetzt gesprochen haben, sind über Satellit, über Internet verbreitete Kanäle. Ich habe vor allem die Spartensender, die Volksmusik- oder Jugendsendungen betreffen, angesprochen. Ich habe selber ein Beispiel erlebt. Ich war am Aufbau des legendären buureradio.ch beteiligt. Das war ein Internetradio für Volksmusik, alles privat, aus dem eigenen Sack und mit Sponsoren finanziert. Aber was hat die SRG dann gemacht? Sie hat einen Volksmusiksender kreiert und diesen noch auf die guten Frequenzen gestellt und uns überfahren. Jetzt beklagen sich die Volksmusikkreise, dieser Sender könnte gefährdet sein. Aber mit diesem Sender hat man private Initiativen abgewürgt. Das geht doch nicht.

Weibel Thomas (GL, ZH): Für mich ist die No-Billag-Initiative ein No-go. Die Volksinitiative verlangt, dass die heute konzessionierten, gebührenfinanzierten Radio- und Fernsehveranstalter künftig keine Empfangsgebühren mehr erhalten. Auch sollen weitere, direkte Subventionszahlungen an Radio- und Fernsehveranstalter in Zukunft unterbleiben.

Aber was würde passieren, wenn die No-Billag-Initiative angenommen würde? Der Medienplatz Schweiz würde mit der Umsetzung markant umgestaltet. Es würden nicht mehr in allen Sprachregionen gleichwertige Radio- und Fernsehangebote angeboten werden können. Der Service public bei den elektronischen Medien würde verschwinden. Die Existenz zahlreicher heutiger Veranstalter wäre infrage gestellt. Die Meinungs- und Angebotsvielfalt in Radio und Fernsehen würde reduziert. Negativ betroffen wäre auch der Qualitätsjournalismus. Diese Einschätzung des Bundesrates teile ich zu 100 Prozent.

Ich stimme aber mit den Initianten darin überein, dass Handlungsbedarf besteht. Es besteht Diskussionsbedarf über die Medienvielfalt, und es besteht Diskussionsbedarf über den Service public. Wir Grünliberalen haben ein medienpolitisches Credo. Es lautet: so viel staatlicher Service public wie nötig, so wenig wie möglich. Dazu ist eine klare Trennung von mit öffentlichen Geldern finanzierten Service-public-Inhalten einerseits und den restlichen Angeboten andererseits notwendig. Unsere Vision weicht wohl nicht stark vom Ziel der Initianten ab. Der Weg dazu könnte aber nicht unterschiedlicher sein.

Der Bundesrat hat in seinem Service-public-Bericht festgehalten, dass die technologischen und ökonomischen Entwicklungen eine generelle Neuordnung der elektronischen Medienlandschaft erfordern und dabei eine vektorunabhängige Regulierung des gebührenfinanzierten Service public im Vordergrund steht. In diese Richtung müssen wir arbeiten.

Leider legt die Kommission als Übergangslösung und Kompromiss keinen indirekten Gegenvorschlag zur Initiative vor, einen Gegenvorschlag, welcher den Gebührenanteil der SRG beispielsweise auf 1,1 Milliarden Franken plafonieren würde. Dieser Betrag entspricht etwa dem, was vor zehn Jahren eingenommen worden ist. Er entspricht auch der Motion 15.3747, "RTVG. Plafonierung der Empfangsgebühren", meines ehemaligen Fraktionskollegen Thomas Maier, welche Sie in der Frühjahrssession 2017 mit 104 Jastimmen angenommen haben. Eine Plafonierung würde Sinn machen, da sonst die Gebühreneinnahmen der SRG immer weiter steigen, dies aufgrund des Bevölkerungs- und des Wirtschaftswachstums. Es gibt immer mehr Haushalte und dank der höheren Umsätze der Unternehmen auch höhere Unternehmensabgaben. Die Initiative ist auch der falsche Weg, weil die Kosten für die Bürger insgesamt nicht sinken werden.

Der Gegenvorschlag, welchen wir heute auch diskutieren, verlangt eine Senkung der Gebühren auf 200 Franken. Wir können doch nicht den Preis massiv senken, ohne dass wir klar bestimmen, was wir bestellen. In der Folge wäre es der SRG überlassen, wie und wo sie den notwendigen Kahl-

schlag vollziehen würde. Ich stimme aber zu: Die SRG muss über die Bücher gehen und muss sich auf den Service public fokussieren.

Nach der sehr knapp angenommenen RTVG-Vorlage trägt das Parlament leider nicht dazu bei, mit einem Kompromiss einen Konsens zu schaffen. Nein, wir fördern die Polarisierung und damit emotionale und polemische Diskussionen. Das ist sehr schade. Das Ergebnis wird sein, dass wir einmal mehr eine Initiative im Parlament ablehnen, ohne etwas zu verbessern, und dies, obwohl Handlungsbedarf besteht.

Dennoch empfehle ich Ihnen, dem Antrag der Kommissionsmehrheit zuzustimmen, wie Bundesrat und Ständerat die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen und auf den direkten Gegenvorschlag zu verzichten.

Carobbio Guscetti Marina (S, TI): In questi giorni si parla molto di coesione nazionale e di plurilinguismo. Non nascondiamoci dietro un dito: tra i fattori che contribuiscono alla coesione nazionale vi è anche il fatto che oggi abbiamo un servizio pubblico radiotelevisivo che tramite una concessione ha un chiaro mandato dal Consiglio federale, quello di fornire un'offerta radiotelevisiva in tutte le regioni linguistiche svizzere. Tramite il canone, la SSR opera una ripartizione che favorisce le quattro regioni linguistiche e che va a vantaggio delle regioni minoritarie. Le cifre sono già state elencate in precedenti interventi: la maggior parte delle entrate del canone proviene dalla Svizzera tedesca, e grazie ad un sistema di perequazione si garantisce un'offerta di qualità, si promuove la diversità dell'informazione, si offrono prodotti culturali e sportivi anche alle altre regioni svizzere.

Tramite la concessione, il Consiglio federale dà un mandato chiaro alla SSR e alle altre emittenti di servizio pubblico, inscrivendone l'azione entro chiari e definiti limiti di legge. Uno di questi compiti è quello di sostenere la coesione nazionale e l'offerta di programmi di informazione culturali e sportivi in tutta la Svizzera. Investimenti importanti nelle regioni periferiche, anche in termini di ricadute economiche e posti di lavoro – Svizzera italiana in primis –, non sarebbero garantite perché il mercato, in molti casi, né vi si potrebbe né vorrebbe sostituirvi. Ridurre drasticamente i mezzi finanziari vorrebbe dire demandare l'offerta a media privati che non ne garantirebbero la pluralità o a produttori stranieri, soprattutto nelle regioni più periferiche.

L'italianità – torno al tema del plurilinguismo – va garantita in una Confederazione che vuole essere, appunto, plurilingue e pluriculturale. La RSI come pure le altre società regionali in Svizzera offrono una voce culturale e linguistica per le diverse aree del paese.

Accettare questa iniziativa vuol dire smantellare la SSR, vuol dire smantellare la RSI, vuol dire mettere in pericolo anche le emittenti regionali di radio e TV. Vuol dire affidare la comunicazione e l'informazione, per esempio in italiano, soltanto alle reti italiane. È questo che vogliamo? È questo che vuole il consigliere nazionale Brunner quando diceva prima che certe offerte sono sovradimensionate? Vogliamo affidare il compito di informazione pubblica alle televisioni e radio tedesche, francesi o italiane?

Quest'iniziativa è radicale, è stato detto. È un attacco frontale a una società pluralista nell'informazione e nella discussione, quando invece si deve mantenere una forte presenza pubblica nel mondo sempre più globalizzato dei media. Ma è anche un attacco alle regioni linguistiche minoritarie. È un'iniziativa pericolosa, perché la pluralità dell'informazione va garantita, a maggiore ragione in un periodo storico durante il quale si assiste a una sempre maggiore concentrazione dei media in mano di pochi operatori e anche a pressioni politiche, economiche e ideologiche. Garantire il servizio pubblico radiotelevisivo e sottrarlo alle logiche di mercato, è oggi più che mai importante.

Dire di no a quest'iniziativa e al controprogetto vuol dire riconoscere l'importanza della necessità di un'informazione pluralista e indipendente, del legame con il territorio, della coesione nazionale e della difesa delle minoranze linguistiche, culturali, politiche.

Gysi Barbara (S, SG): Geschätzte Kollegin Carobbio, wir haben vorhin gehört, wie Herr Brunner eine Breitseite auf das Tessiner Radio und Fernsehen abgefeuert hat. Wie beurteilen Sie einen solchen Angriff?

Carobbio Guscetti Marina (S, TI): Frau Nationalrätin Gysi, ich habe vorhin gesagt, dass Herr Brunner und diejenigen, die diese Initiative unterstützen, eigentlich die privaten ausländischen Anbieter fördern wollen. Das wäre im Tessin der Fall; es würden einfach die italienischen Anbieter gefördert. Ich will nicht, dass die Vermittlung von Informationen und der notwendige Service public privaten Anbietern aus dem Ausland übergeben werden.

Flückiger-Bäni Sylvia (V, AG): Meine Interessenbindungen: Ich bin Vorstandsmitglied des Schweizerischen Gewerbeverbandes.

Wenn wir die Freiheit hätten zu entscheiden, dann wären die Diskussionen in diesem Saal, glaube ich, anders. Sie erinnern sich: Mit einem hauchdünnen Zufallsmehr von 50,08 Prozent, mit nur 3700 Stimmen Vorsprung, wurde vor rund zwei Jahren die RTVG-Vorlage knapp angenommen. Versprochen wurde dem Stimmbürger bei einem Ja eine Gebührensenkung auf unter 400 Franken und eine breite Diskussion über den Service public. Seither ist nichts passiert. Wir mussten im Parlament sogar dafür kämpfen, dass die zu Unrecht erhobene Mehrwertsteuer zurückerstattet wird. Auch hier gab es nur Widerstand, Gerichte wurden bemüht, zurückbezahlt ist aber noch nichts.

Nun sollen wir also weiterhin alle, Jung und Alt, gezwungen werden, für etwas zu bezahlen, was wir vielleicht gar nicht beanspruchen wollen. Speziell denke ich da auch an unsere Seniorinnen und Senioren. Viele könnten diesen happigen Betrag gut gebrauchen, um sich andere Dinge zu leisten.

Was für mich als Unternehmerin aber der absolute Gipfel ist – deswegen stehe ich hier –, ist die Situation für das Gewerbe und die KMU, das vielgerühmte Rückgrat der Wirtschaft. Diese Bezeichnung hören Sie immer wieder, wenn Wahlen sind. Offensichtlich kann man auf diesem Rückgrat der Wirtschaft aber immer wieder nach Belieben herumtreten und ihm Büden aufladen, indem man gleichzeitig wieder mehr fordert. So wurden unsere Unternehmen ja auch gezwungen, Radio- und Fernsehgebühren zu bezahlen, und zwar happige. Völlig daneben und unverständlich ist es, dass diese Gebühren auch noch nach dem Umsatz entrichtet werden müssen – Sie haben meinen Kollegen Jean-François Rime gehört –, natürlich nur, damit man noch mehr Geld einkassieren kann.

Die Mitarbeiter in den Unternehmen haben wohl anderes zu tun, als an ihren Arbeitsplätzen fernzusehen. An bestimmten Arbeitsplätzen wäre das sogar gemeingefährlich. Sie haben stattdessen zu arbeiten, das ist ganz klar. Natürlich haben sie alle, ob Arbeitnehmer oder Unternehmer und Arbeitgeber, auch bereits privat ihre Radio- und Fernsehgebühren bezahlt.

Trotzdem müssen die Unternehmen jetzt auch noch mithelfen, das SRG-Monopol mitzufinanzieren. Man war also nicht zufrieden mit dem dicken Spatz in der Hand, man musste die Taube auf dem Dach auch noch haben und hat sie bekommen. Damit wurde aber der Bogen einfach komplett überspannt, das Geld sprudelt weiter in die Kassen der SRG, einerseits durch die immer noch starke Zuwanderung und durch das Wachstum der Bevölkerung, andererseits durch das Kassieren der Zwangsgebühren im Doppel. So könnte jeder ein Unternehmen erfolgreich auf dem Buckel der Bevölkerung führen – nur, wo kämen wir denn da hin?

Ich unterstütze den Antrag der Minderheit Rutz Gregor für einen Gegenvorschlag: Halbierung der Gebühren und Abschaffung der Gebühren für die Unternehmen, weil diese einfach ungerecht sind. Die verbleibenden Mittel müssen mit Vernunft und halt vielleicht etwas bescheidener eingesetzt werden. Sie würden ausreichen, um einen Service public zu erbringen und den Verfassungsauftrag umzusetzen. Aber man muss halt auch hier wie in allen Unternehmen Machbares vom Wünschbaren unterscheiden, dann wird es reichen. Wird der Gegenvorschlag abgelehnt, unterstütze ich die No-Billag-Initiative, und zwar genau wegen der Situation, die die

Unternehmen, die KMU und das Gewerbe jetzt vorfinden, indem sie einfach doppelt diese Zwangsgebühren mitfinanzieren müssen.

Merlini Giovanni (RL, TI): L'iniziativa di cui stiamo dibattendoci è ingannevole già a partire dal suo titolo: non è infatti né l'attuale né la futura società di riscossione del canone il vero obiettivo che si intende colpire, bensì evidentemente la SSR. Inoltre i promotori si guardano bene dal dire che, senza il canone radiotelevisivo, soffrirebbero anche le 21 radio locali e le 13 televisioni regionali che complessivamente attingono ai proventi del canone, ricevendone una quota di circa 5 per cento, pari a poco meno di 70 milioni di franchi all'anno – nel 2015 erano 67,5 milioni di franchi. I promotori sottacciano anche che un'eventuale abolizione del canone non allevierebbe per nulla l'onere finanziario degli utenti.

L'attuale sistema di riscossione è indispensabile per garantire un servizio pubblico di qualità in tutte le regioni linguistiche del nostro Paese: un mandato che altrimenti non potrebbe più essere svolto né dalla SSR, né dalle emittenti private. Ad un piccolo Paese plurilingue come il nostro serve ancora di più un'offerta di servizio pubblico indipendente, di buon livello e destinata a tutti i ceti della popolazione negli ambiti dell'informazione, della cultura, della formazione delle opinioni e della volontà democratica e dell'intrattenimento, anche nelle zone periferiche. Come rappresentante di una regione linguistica minoritaria non posso che scuotere il capo di fronte all'autolesionismo di coloro che in Ticino sostengono questa iniziativa, magari nell'intento di infliggere alla SSR una punizione per il contenuto di singole trasmissioni o per una presunta o effettiva tendenziosità dell'informazione politica o per determinate scelte a livello di palinsesto.

Il sistema di finanziamento attuale – questo viene dimenticato dai promotori dell'iniziativa – è particolarmente vantaggioso per le minoranze latine: il 24,5 per cento degli introiti complessivi della SSR – composti prevalentemente dai canoni di ricezione e dagli introiti pubblicitari e della sponsorizzazione – proviene dalla Svizzera romanda e il 4,5 per cento dalla Svizzera italiana, mentre tutto il resto viene dalla Svizzera tedesca. Cionondimeno, la ripartizione solidale di queste risorse prevede che il 32,7 per cento spetta alle emittenti francofone della SSR e il 21,8 per cento a quelle italofone. Per la Svizzera italiana il rapporto costi-benefici – senza calcolare l'indotto a favore dell'economia della nostra regione – è quindi di quasi uno a cinque. Brandire la minaccia dell'abrogazione del canone per mettere sotto pressione la SSR nell'allestimento dell'offerta del servizio pubblico è quindi un gioco che può rivelarsi estremamente pericoloso se scappa di mano.

La qualità dei programmi è e deve sempre essere perfettibile, sono il primo ad esigerlo e credo che ci sia ancora un buon margine di miglioramento, ma a condizione di non gettare il bimbo con l'acqua sporca. Non basta invocare l'impegno a favore della coesione nazionale solo nei discorsi del primo d'agosto: occorre metterla in pratica concretamente nelle scelte politiche, come quella che siamo chiamati a fare di fronte a proposte provocatorie come questa. Certamente l'entità del canone va tenuta sotto controllo. Del resto, lo stesso Consiglio federale ha riconosciuto la necessità di intervenire, prevedendo di limitare in futuro la quota destinata alla SSR a 1,2 miliardi di franchi e fissando così il canone annuo a carico delle famiglie sotto l'importo di 400 franchi. Non servono pertanto misure sproporzionate che vanno nella direzione auspicata dagli autori dell'iniziativa.

Pertanto vi chiedo di seguire la maggioranza, raccomandando il rigetto di questa iniziativa senza sostenere alcun controprogetto.

Marti Min Li (S, ZH): Wenn über Digitalisierung gesprochen wird, hat man oft das Gefühl, dass deren Auswirkungen erst irgendwann in der Zukunft spürbar sein werden. Dabei gibt es Branchen, die schon heute massiv davon betroffen sind. Eine davon ist die Medienbranche. Ein Beispiel dafür: Erst kürzlich hat Tamedia bekanntgegeben, dass sie sämtliche Redaktionen in der Deutsch- und in der Westschweiz in zwei Zentren zusammenlegen will und dass sich die Medientitel in Zukunft

nur noch in der regionalen Berichterstattung unterscheiden sollen. Der Grund dafür sind massiv sinkende Inserateneinnahmen.

Markus Somm, Chefredaktor der "Basler Zeitung" und Mitglied des Präsidiums des Verlegerverbandes, soll einmal auf einem Podium gesagt haben, dass sich in den nächsten zwanzig Jahren sämtliche Verlage aus dem Inhaltsgeschäft zurückziehen werden. In der Branche sagen einige, das sei ein viel zu optimistisches Szenario.

Wie häufig, wenn es jemandem schlechtgeht, wird ein Sündenbock gesucht. Einige Verleger meinen, ihn in der SRG gefunden zu haben. Doch selbst wenn die SRG morgen geschlossen würde, wären die strukturellen Probleme der Verlage nicht gelöst. Denn deren Ursache ist nicht in Leutschenbach, sondern im Silicon Valley zu finden. Die Medien leiden darunter, dass im Internet sehr viel Inhalt, häufig gratis, angeboten wird und sich gleichzeitig die Werbeeinnahmen von den traditionellen Medien ins Internet verlagert haben. Für die grossen Verlage ist das weniger ein Problem, weil sie die Online-Rubrikenportale selber besitzen. Aber für den Journalismus ist diese Entwicklung fatal, denn er hat sich noch nie allein über den Journalismus selbst finanziert. Nur einer scheint noch an die Zukunft der Medien zu glauben. Es ist Christoph Blocher, der kürzlich mit den Zehnder-Medien einen grossen Einkauf getätigt hat. Das ist grundsätzlich kein Problem. Es wird erst dann ein Problem, wenn nur noch Milliarden mit einer politischen Agenda über Medien verfügen. Wir sind zu Recht stolz auf unsere direkte Demokratie, aber damit ist auch ein sehr hoher Anspruch an die Bürgerinnen und Bürger verbunden. Sie müssen mehrmals pro Jahr informierte Entscheidungen über komplexe Vorlagen treffen, und zwar auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene. Das bedingt, dass sie gut informiert sind. Darum sind die Medien, insbesondere auch die lokalen Medien, von zentraler Bedeutung für die Demokratie, und umso besser ist es, wenn es nicht nur eine Informations- und Meinungsquelle gibt. Die SRG ist mittlerweile in vielen Regionen die einzige Monopolbrecherin. Sie ist die Garantin für eine gute Berichterstattung in allen Sprachregionen der Schweiz.

Aus diesem Grund sind die No-Billag-Initiative und der Gegenvorschlag, der die SRG ebenfalls existenziell bedrohen würde, abzulehnen; das reicht aber nicht aus. Für eine vielfältige Medienlandschaft, für eine funktionierende vierte Gewalt braucht es nicht nur die SRG. Es wird auch in Zukunft starke Private brauchen. Wenn wir das auch in Zukunft noch wollen, dann kommen wir nicht darum herum, über eine zeitgemässere Form der Medienförderung nachzudenken, denn die heutige wirkt strukturerhaltend und geht nicht auf die neuen technologischen Entwicklungen ein. Die SP hat sich daher für ein Modell der direkten Förderung, der Produktionsförderung, ausgesprochen, das bereits in verschiedenen skandinavischen Ländern angewandt wird.

Wir werden diese Diskussion in Zukunft führen müssen, wenn wir die Medienvielfalt erhalten möchten. Wir müssen aber zuerst klar Nein zu dieser No-Billag-Initiative sagen.

Quadri Lorenzo (V, TI): L'iniziativa "No Billag" è estrema, è difficile negarlo. L'iniziativa effettivamente estrema lo è, visto che propone di abolire totalmente il canone radiotelevisivo. Però la controparte è altrettanto estrema.

Le risorse a disposizione delle SSR sono aumentate costantemente nel corso degli anni, sia a seguito di aumenti del canone, che nel 1990 ammontava a 279 franchi, sia per la crescita della popolazione. Tuttavia, l'azienda supportata dal Consiglio federale e dalla maggioranza politica non vuole rinunciare a nulla. Nel 2015, per una manciata di schede, è addirittura riuscita a incrementarsi le entrate trasformando il canone in una imposta; così si costringe a pagare anche chi non può o non vuole usufruire dei servizi radiotelevisivi. Questa soluzione viene spacciata come equa. Questa soluzione è invece ingiusta e contraddice ogni principio di causalità.

Il mondo è cambiato, la televisione lineare, quella che segue un palinsesto ha i giorni o comunque gli anni contati. Eppure, la SSR pretende di essere intoccabile, rifiuta di mettersi in discussione e la maggioranza politica che la controlla le dà man forte. Lo ha dimostrato in passato e lo dimostra oggi

con questa iniziativa: di entrare nel merito di soluzioni alternative all'iniziativa "No Billag" non se ne parla nemmeno e su ogni riduzione del canone, anche modesta, vi è una chiusura totale da parte della maggioranza – vengono subito evocate conseguenze apocalittiche.

Quando tutti i media e in particolare quelli cartacei devono tirare la cinghia, la SSR vuole sempre di più. Vuole anche più pubblicità: infatti, intende creare una holding con gli amici di Ringier e Swisscom per meglio razzare il mercato pubblicitario, evidentemente a danno della concorrenza sia elettronica che cartacea.

Metà della popolazione svizzera non è contenta della SSR. Questo è emerso chiaramente dalla votazione del 2015 sul canone obbligatorio. In Ticino gli scontenti sono addirittura la maggioranza: il 52 per cento ha votato no alla nuova legge federale sulla radiotelevisione. A questa metà della popolazione, né l'emittente pubblica né la politica federale danno alcuna risposta. Come al solito – l'abbiamo sentito tra le righe negli interventi di chi mi ha preceduto – si accusano i cittadini di aver votato sbagliato o di essere autolesionisti.

Il rapporto del Consiglio federale sul servizio pubblico in sostanza dice che va tutto bene. Il Parlamento, respingendo l'iniziativa "No Billag" senza sostenere alcun controprogetto, farà probabilmente la stessa cosa. Non si può però andare avanti a scontentare i cittadini all'infinito, e nemmeno si può continuare a ricattare le minoranze linguistiche, a cominciare da quella italoфона, dicendo che – poiché in proporzione essi ricevono una quota parte maggiore del canone – devono farsi andar bene quello che fa la RSI, quindi o mangi questa minestra o salti dalla finestra! Questo non lo accetto! I ticinesi pagano il canone come gli altri cittadini! Pretendere che paghino, tacciano e votino sempre sì quando si tratta della SSR, ecco, questo sì che è anti-svizzero! Se le minoranze linguistiche non sono soddisfatte del servizio pubblico che ricevono dalla SSR e che pagano, profumatamente, anche loro, devono poterlo esprimere e devono poter votare di conseguenza.

Senza un segnale forte, la SSR sarà legittimata a continuare a scontentare la metà della popolazione, con costi eccessivi, con una offerta pompata artificialmente che va ben al di là del servizio pubblico, con un'impostazione da pensiero unico: sempre pro Unione europea, pro libera circolazione e naturalmente contro gli odiati populist, e tutto questo, cela va sans dire, con tanto di fake news. Questa non è equidistanza, questa non è imparzialità e questa non è nemmeno pluralità.

Per questo motivo sostengo il plafonamento del canone a 200 franchi all'anno, il che permetterebbe di lasciare più soldi ai cittadini per scegliere l'offerta mediatica che preferiscono. Se questa proposta, come è verosimile, verrà respinta sosterrò l'iniziativa "No Billag".

Ritter Markus (C, SG): Eine korrekte und unabhängige Information der Bevölkerung ist in einer Demokratie etwas vom Wichtigsten, damit diese Staatsform einwandfrei funktionieren kann. Nur bei einer korrekten und ausgewogenen Berichterstattung kann sich die Bevölkerung eine Meinung bilden und mitentscheiden. Dies wiederum ist die Grundlage für notwendige politische Korrekturen durch das Volk bzw. für den Machtausgleich in einem Staat. Andernfalls können wenige, die mächtig sind und über viel Geld verfügen, zu viel Einfluss nehmen.

In einer direkten Demokratie, wie wir sie pflegen und auf welche wir auch stolz sind, hat dieser Aspekt eine noch grössere Bedeutung. Wir wählen nicht nur das Parlament, sondern stimmen auch mehrmals jährlich über wichtige und komplexe Sachgeschäfte ab; siehe derzeit die Diskussion um die Altersreform 2020. Gerade bei solch schwierigen Fragen kommt einer präzisen und korrekten Recherche durch unabhängige Medien eine hohe Bedeutung zu. Sowohl Ja als auch Nein-Komitees heben jeweils nur jene Punkte plakativ hervor, die ihnen günstig erscheinen, um ihr Ziel zu erreichen.

Die Schweiz ist aber nicht nur eine funktionierende direkte Demokratie, sondern auch ein Land mit vier Landessprachen. Diese Kombination dürfte weltweit einzigartig sein. Die-

se Ausgangslage ist aber bezüglich Information der Bevölkerung auch eine Herausforderung. Es ist wichtig, dass sich die ganze Bevölkerung in ihrer Muttersprache informieren kann und auch über ein attraktives Radio- und Fernsehprogramm verfügt. Dies ist für den Zusammenhalt unseres Landes von allergrösster Bedeutung. Wir sind eine Willensnation. Dies betonen wir immer wieder und zitieren dabei auch aus unserer Geschichte. Aber gerade bei diesem Thema dürfen wir nicht nur die Asche anbeten, sondern müssen das Feuer auch weitergeben. Wir sind und bleiben dann stark und unabhängig, wenn wir dazu stehen, dass es einen Ausgleich zwischen den Sprachregionen und zwischen Stadt und Land braucht. Wir achten und respektieren Minderheiten und sind auch bereit, etwas dafür zu tun.

Der Service public ist im Bereich der Medien – dazu gehören die gebührenfinanzierten Leistungen der SRG, der 21 Lokalradios und der 13 Regionalfernsehen – ein tragender Pfeiler; er ist von zentraler Bedeutung für den nationalen Zusammenhalt. Wer an diesem Ast sägt, sollte sich auch Gedanken machen, wohin dies unser Land führen könnte.

Jeder und jede von uns kennt eine Sendung der SRG oder eines anderen gebührenfinanzierten Senders, die er gerne ein bisschen anders hätte. Ich darf aber feststellen, dass sich die Angebote der SRG, der Lokalradios und der Regionalfershen gesamthaft auf einem sehr guten Niveau bewegen. Sie decken ein breites Spektrum an Bedürfnissen ab und setzen auf die Werte unseres Landes. Ich darf feststellen, dass mich Beiträge zu grossen Schwingfesten, die "Landfrauenküche", der "Donnschtig-Jass" und verschiedene Informationsgefässe sehr interessieren und dass sie wirklich gut aufbereitet sind. Da sage ich den Verantwortlichen gerne auch einmal: Bravo!

Erlauben Sie mir noch ein Wort zur Unabhängigkeit und zur Meinungsvielfalt in den heutigen Printmedien. Wir erleben, dass die Zeitungsvielfalt immer mehr abnimmt. Redaktionen werden zusammengelegt. Bei der "NZZ" fasst die Redaktionsleitung Parolen zu Sachgeschäften und -vorlagen; in der Folge werden die gesamten Beiträge auf diese Position der Zeitung ausgerichtet. Dann lese ich Beiträge wie letzten Samstagmorgen auf der Frontseite der "NZZ", wo eine Vorlage wie der Gegenentwurf zur Volksinitiative "für Ernährungssicherheit" und mit ihr die ganze Branche zerrissen wird – und niemand kann dazu Stellung nehmen. Das ist kein unabhängiger Journalismus, wie wir ihn uns wünschen. Ich bin klar der Meinung, dass wir mit diesen Gebühren ein gutes Netzwerk, einen unabhängigen Journalismus aufrechterhalten.

Deshalb empfehle ich die Volksinitiative zur Ablehnung und stimme dem Gegenentwurf nicht zu.

Rime Jean-François (V, FR): Herr Ritter, als Gewerbeverbandspräsident habe ich eine Frage an den Bauernverbandspräsidenten. Das Gewerbe zahlt privat und im Betrieb Gebühren. Müsstens nicht auch die Bauern privat und für den Betrieb Gebühren zahlen? Ich habe gesehen, dass viele Bauern im Stall oder auf den neuen Traktoren ein Radiogerät haben. Ich finde daher, dass das logisch wäre. Zumindest Sie sollten das unterstützen, wenn Sie das Gebührensystem verteidigen.

Ritter Markus (C, SG): Ich danke Ihnen für diese Frage. Ich kann hier nur auf den Volksentscheid verweisen: Das Volk hat diese Regelung hier so bestätigt und eingeführt. Das Volk hat am Schluss immer Recht.

Zanetti Claudio (V, ZH): Herr Kollege Ritter, Sie haben gerade die "NZZ" dafür kritisiert, dass sie nicht den unabhängigen Journalismus betreibt, wie Sie ihn sich wünschen. Ist der Journalismus nur dann unabhängig, wie Sie ihn sich wünschen, wenn er Sie unterstützt und Ihnen Recht gibt?

Ritter Markus (C, SG): Nein, auf keinen Fall. Aber der Journalismus muss jeweils beide Seiten beleuchten. Wenn aber Redaktionsleitungen bewusst, wie politische Parteien, Positionen festlegen und dann auf eine Position hin die gesamte Berichterstattung ausrichten, wie wir das bei der "NZZ" er-

leben, dann hat das mit unabhängigem Journalismus nichts zu tun. Ich kann sehr gut damit leben, dass es verschiedene Positionen gibt. Aber ich erwarte hier einfach eine gewisse Ausgewogenheit.

Bigler Hans-Ulrich (RL, ZH): Wir sind im Zusammenhang mit dieser Initiative tatsächlich mit einer unbefriedigenden Ausgangslage konfrontiert. Ich frage mich, ob das nicht auch mit der fehlenden Diskussionsbereitschaft des Bundesrates zu tun hat, indem von ihm immer wieder nächste Schritte angekündigt werden, bevor notwendige Diskussionen stattgefunden haben. Das ist dann eben auch der Nährboden für tatsächlich extreme Forderungen, wie sie die No-Billag-Initiative darstellt.

Lassen Sie mich ganz kurz zurückblenden. Vor zwei Jahren wurde das RTVG-Referendum ergriffen, weil die Referendumsführer nicht damit einverstanden waren, dass man – das sage ich als glücklicher Nichtjurist – für die Bürger eine Steuer eingeführt hat und dass man zusätzlich für die Unternehmungen eine Doppelbesteuerung eingeführt hat. 50 Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in diesem Land haben zum Ausdruck gebracht, dass sie mit dieser Politik nicht einverstanden sind; es war ein absolutes Zufallsmehr von 3000 Stimmen. Wenn man die Verfassungsmässigkeit wahrgenommen und gesagt hätte, es sei eine Steuer, hätten auch die Stimmen der Stände beim Resultat gezählt. Die Mehrheit der Stände hat dieser Vorlage nicht zugestimmt.

Der Bundesrat hat einen Service-public-Bericht versprochen. Er hat auch nachgedoppelt und gesagt, dass wir dann auch Budgetvarianten diskutieren. Ich stelle fest, dass das leider nicht stattgefunden hat. Der Bericht, der ein Jahr später präsentiert wurde, war oberflächlich – ich komme darauf zurück. Insgesamt entsteht das unangenehme Gefühl, dass wir intransparente Strukturen haben. Stellen Sie sich vor: Wir haben hier einen Grosskonzern mit Tausenden von Mitarbeitenden, mit einem Volumen von 1,6 Milliarden Franken, und er ist immer noch als Verein organisiert. Modernsten Corporate-Governance-Ansprüchen vermag das nicht mehr zu genügen. Die SRG muss sich die Frage stellen, ob sie nicht auf dem Weg ist, zur Fifa der Medienwelt zu werden.

Eigentlich geht es um die Frage: Was ist Service public? Alle haben jetzt von Service public gesprochen, aber der Begriff ist im Grunde genommen politisch nicht geklärt. Die simplifizierte Haltung geht davon aus, welche Sendung gezeigt wird. Dann gibt es Freunde des "Samschtig-Jass" und Freunde von "Glanz & Gloria" und so weiter. Das ist aber nicht der Ansatz. Ich sage es gerne auch an dieser Stelle: Die SRG-Journalisten sind so professionell, wie es auch die Printjournalisten sind; um diese Diskussion geht es nicht. Es geht auch nicht, wie das der SRG-Chef gerne möchte, um die Frage der Kohäsion in der Schweiz. Aktuell wird dies umrahmt mit Werbespots rund um die "Tagesschau", in denen die Leistungen des Fernsehens hochgelobt werden. Es stellt sich hier die Frage, ob damit nicht das Verbot der politischen Werbung geritzt wird. Und es geht beim Service public schon gar nicht darum, welche Organisation das Angebot flächendeckend erbringen kann, wie das seitens des Bundesrates gerne gesagt wird.

Selbstverständlich ist man mit dieser Definition von Service public am schnellsten beim Resultat, das man gerne hätte. Interessant ist, dass bis dato der ökonomische Aspekt völlig ausgeblendet wurde. Der ökonomische Aspekt geht davon aus, dass Service public dort notwendig ist, wo wir Marktversagen haben. Die interessante Frage wäre dann, wo wir Marktversagen haben und wo wir getrost in den Wettbewerb gehen können. Genau dieser Aspekt wird ausgeblendet. Die Wettbewerbskommission hat in ihrer Vernehmlassung vertieft auf diese Überlegungen hingewiesen, und genau dieser Aspekt wurde im Bericht nicht erfasst. Ich frage mich, ob hier eine unangenehme Wahrheit im Bundesratsbericht versteckt werden sollte, weil diese Diskussion allenfalls zu einem falschen Resultat hätte führen können.

Mit diesen Überlegungen komme ich zu meinem Fazit. Ich stelle fest, dass die No-Billag-Initiative in der vorliegenden Form extrem ist. Es braucht für gewisse Regionen Service public; das stelle ich nicht in Abrede. Ich stelle aber eben-

so kritisch fest, dass – aus einem ökonomischen Blickwinkel heraus – die SRG überdimensioniert ist. Deshalb stellt der Minderheitsantrag Rutz Gregor mit der Abgabe von höchstens 200 Franken pro Haushalt einen guten Kompromiss dar, vor allem auch deshalb, weil angesichts des Bevölkerungswachstums eine Steigerung des Steuervolumens zu erwarten ist. Gleichzeitig verlangt die Minderheit Rutz Gregor zu Recht, dass die unangebrachte Doppelbesteuerung für Unternehmungen abgeschafft wird.

Badran Jacqueline (S, ZH): Kollege Bigler, Sie bekämpfen ja wie Gewerbeverbandspräsident Rime und Ihre Vorstandskollegin im Gewerbeverband, Frau Flückiger, vehement das, was Sie "Zwangsgebühren für das Gewerbe" nennen. Gleichzeitig haben Sie dem Vernehmen nach gerade ein Gesuch gestellt, damit die Kreditkartenkonzerne als Mitglied in Ihrem Gewerbeverband aufgenommen werden, obwohl Handel, Gastro, Hotellerie, alle zusammen, sich gegen die massiven Gebühren wehren, die im Kreditkartenwesen abgeführt werden. Herr Bigler, haben Sie ein schizophrones Verhältnis zu Gebühren und Abgaben?

Bigler Hans-Ulrich (RL, ZH): Frau Kollegin Badran, ich habe nicht von Gebühren oder Zwangsgebühren gesprochen: Ich habe deutlich gesagt, dass hier eine Steuer eingeführt wurde, die jede Bürgerin und jeder Bürger bezahlen muss. Dann bin ich erstaunt, dass Sie als HSG-Absolventin diese Frage überhaupt stellen, denn eine Steuer wird für eine staatliche Leistung bezahlt. Das Kreditkartengeschäft – das wissen Sie natürlich sehr gut – findet im freien Wettbewerb statt, und ich bin ein Befürworter des freien Wettbewerbs.

Friedl Claudia (S, SG): Ja, es gibt viele verschiedene Sendungen im Schweizer Fernsehen und Radio. Während die einen sich bei "SRF bi de Lüt" vergnügen, interessiert die anderen vielleicht eher die "Rundschau", und sie finden die andere Sendung vielleicht doof oder nicht interessant, überflüssig – und so geht das hin und her. Die Programmgestaltung und das Angebot lassen sich immer kritisieren, diskutieren, und das ist auch gut so. Denn der Vorteil ist eben, dass wir hier ein öffentliches Radio und Fernsehen haben; da soll man auch darüber diskutieren. Die SRG hat ihren Auftrag, etwas für alle zu bieten, in den verschiedenen Genres, also in Politik, Wirtschaft, Unterhaltung. Die SRG soll, das ist ihr Auftrag, auch eine nationale Identität schaffen. Deshalb ist es auch wichtig, dass wir wirklich Berichte aus allen Landesteilen, dass wir Sendungen in allen Landessprachen haben. Das ist Service public, den die Schweiz braucht, und zwar muss dieser in guter, in bester journalistischer Qualität erbracht werden. Und das kostet etwas. Die Annahme der No-Billag-Initiative hätte da natürlich weitreichende Einschränkungen dieses Service zur Folge; er würde eigentlich nicht mehr existent sein.

Aber kommen wir zurück zu den Landessprachen: Der SRG-interne Finanzausgleich erlaubt es heute, dass wir qualitativ gute Radio- und Fernsehsendungen in allen Landessprachen anbieten können. Wir können sagen: Eine Annahme der No-Billag-Initiative heisst kein Geld, heisst keine Sprachenvielfalt mehr. Das wäre eine Entsolidarisierung auf einer Stufe, wie wir es nicht wollen. Wir wollen, dass es Solidarität unter den Sprachregionen gibt, auch beim Fernsehen und beim Radio. Aber es geht noch weiter. Wir haben ja noch unsere Fünfte Schweiz. Immerhin sind es 775 000 Schweizerinnen und Schweizer, die im Ausland leben. Auch hier gibt es Infokanäle, die gespiesen werden müssen. Diese Infokanäle ermöglichen Auslandschweizern auch einen Austausch über Themen, die für sie besonders interessant sind. Aber sie sind auch eine Austausch- und Informationsplattform für die Politik der Schweiz im Ausland. Die mediale Präsenz der Schweiz auf internationalem Parkett ist da ebenso inbegriffen. Es wird hier über Politik, Gesellschaft und Wirtschaft informiert. Diese mediale Präsenz hat aber eben noch einen anderen wichtigen Teil: Sie zeigt einen offenen, guten Journalismus – das als Gegengewicht gegen immer mehr propagandistische Berichterstattungen, wie wir sie leider weltweit feststellen müssen.

Ich bin ganz sicher, dass die Schweiz da etwas zu bieten hat. Für mich machen wir mit unseren internationalen Kanälen auch einen Teil der Aussenpolitik. Mit der Annahme der Initiative oder des Gegenvorschlages wird dieser Auftrag, den die SRG auch hat, zerschlagen. Seine Erfüllung ist nicht mehr gewährleistet – ein Verlust nicht nur in der Schweiz, sondern auch international.

Kritisieren wir die SRG weiter konstruktiv oder verärgert, aber hungern wir sie nicht aus! Schaffen wir sie nicht ab!

Nantermod Philippe (RL, VS): L'initiative "No Billag" sera refusée, et le contre-projet ne verra très certainement pas le jour. Finalement, le peuple refusera cette initiative. Nous le savons. Nous aurons l'impression d'avoir ainsi réglé une fois pour toutes les problématiques relatives au financement du service public.

Je crois que le problème qui se pose ici ne relève ni de la cohésion nationale ni de la qualité du service public, à propos de laquelle je n'ai pas beaucoup de critiques à formuler à titre personnel. Depuis une vingtaine d'années, une lame de fond transforme le paysage médiatique comme jamais, en Suisse et ailleurs. La presse écrite souffre, mais les médias audiovisuels connaissent aussi leurs changements. Comme la musique a connu sa mue numérique. Comme le cinéma connaît aujourd'hui la sienne. Il ne sert à rien de croire que le maintien d'une redevance obligatoire et forfaitaire assurera le maintien d'un service public et d'un attachement fort à ce dernier.

Ces derniers mois, nous, les Romands, avons perdu "L'Hebdo". D'après les chiffres publiés, l'hebdomadaire perdait cinquante lecteurs par jour durant ses six derniers mois d'existence. Selon l'argument en faveur de la redevance, il aurait suffi de rendre l'abonnement obligatoire pour le sauver. Mais nous savons bien que c'est faux, que le mal – ou le changement, c'est selon – est bien plus profond que cela. Nous sommes tous ici des enfants de la télévision. Plus que moi, vous l'avez connue, avec trois chaînes nationales, comme seul média audiovisuel disponible. J'ai moi-même été élevé aux "Babibouchettes" de la TSR. Et c'est d'ailleurs par ce canal, en 1991, que je découvrais le Palais fédéral pour la première fois, avec le discours de la grande Babibouchette qui sait tout.

Mais ne nous leurrions pas. Les générations qui nous suivent sont des générations post-téléviseur, pour lesquelles il n'y a pas de vaches sacrées. Une génération qui consomme d'autres médias, autrement. Une part grandissante de la population n'accepte plus que tous paient le même montant obligatoire, que le produit soit consommé ou non, et qu'il le soit en grande ou en petite quantité. La consommation de médias ne se fait plus sur la base d'abonnements obligatoires, mais avec un choix pléthorique. Maintenant, les diffuseurs ont l'obligation de trouver des clients.

En refusant de débattre d'un financement plus moderne de la SSR, en refusant d'exiger du service audiovisuel qu'il cherche et trouve son public, nous condamnons le service public à long terme. J'en suis persuadé. Nous le maintenons dans l'illusion que les changements de société ne le touchent pas et qu'il suffit d'une loi pour que les consommateurs changent de comportement. Nous avons ici une opportunité de penser à un autre modèle, à un financement moderne et stimulant pour le service public, à un financement plus juste. Nous allons manquer cette opportunité. Je ne suis pas certain que la cohésion nationale et la qualité du service public en ressortent renforcées.

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

17.9001

Mitteilungen des Präsidenten

Communications du président

Präsident (Stahl Jürg, Präsident): Es freut mich, auf der Tribüne Herrn Le Luong Minh, den Generalsekretär der Vereinigung südostasiatischer Staaten, kurz Asean, begrüßen zu dürfen. *(Beifall)* Die Vereinigung südostasiatischer Staaten, welcher heute Vietnam, Thailand, Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Singapur, Brunei, Myanmar, Laos und Kambodscha angehören, entstand am 8. August 1967 in Bangkok. Es ist mir eine besondere Ehre, heute – anlässlich des 50-Jahr-Jubiläums der Gründung der Vereinigung südostasiatischer Staaten – auch die Botschafter sowie die Geschäftsträgerinnen und -träger der zehn Asean-Mitgliedstaaten auf der Tribüne begrüßen zu dürfen. Die Aussenminister der zehn Asean-Mitgliedstaaten haben der Schweiz im vergangenen Jahr den Status als sektorielle Dialogpartnerin verliehen. Im Namen der Bundesversammlung möchte ich mich bei Herrn Generalsekretär Le Luong Minh und den Vertreterinnen und Vertretern der Asean-Mitgliedstaaten für diesen Ausdruck des Vertrauens herzlich bedanken.

Als sektorielle Dialogpartnerin kann die Schweiz inskünftig an hochrangigen Treffen der wichtigsten Regionalorganisation in Südostasien teilnehmen, ihre bilateralen Beziehungen mit den Mitgliedstaaten der Asean vertiefen und damit ihre Präsenz und Vernetzung im asiatisch-pazifischen Raum ausbauen.

Der Besuch des Generalsekretärs der Asean und seiner hochrangigen Delegation ist eine besondere Ehre für die Bundesversammlung. Er zeugt von den exzellenten Beziehungen zwischen der Schweiz und der Vereinigung südostasiatischer Staaten.

Wir heissen Herrn Generalsekretär Le Luong Minh und seine Delegation in unserem Parlament ganz herzlich willkommen und wünschen ihnen einen angenehmen und bereichernden Aufenthalt in der Schweiz. *(Stehende Ovation)*

16.071

Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren (Abschaffung der Billag-Gebühren). Volksinitiative

Oui à la suppression des redevances radio et télévision (suppression des redevances Billag). Initiative populaire

Fortsetzung – Suite

Ständerat/Conseil des Etats 08.03.17 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 14.09.17 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 14.09.17 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 25.09.17 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 29.09.17 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 29.09.17 (Schlussabstimmung – Vote final)

Zanetti Claudio (V, ZH): Ich will gerne meine Interessenbindungen offenlegen: Ich höre sehr viel SRF 4 News, vor allem am Morgen, denn das treibt meinen Puls hoch, ohne dass ich Sport zu treiben brauche.

Es geht mir nämlich jetzt tatsächlich um Inhalt. Ich will fragen, was wir eigentlich für unser Geld, das wir bezahlen müssen, kriegen. Es ist eine Zwangsabgabe, die rabulistischen Spielereien von Kollege Fluri sind da unerheblich. Wir müssen bezahlen – Punkt. Doch was kriegen wir dafür?

Man muss hier vielleicht einen kleinen Einschub machen: Es ist wirklich sehr unterschiedlich. In der lateinischen Schweiz ist das Politische vor allem viel ausgeglichener als in der deutschen Schweiz, nicht weil die Journalisten weniger links wären, aber man spürt es bei ihrer Arbeit zumindest weniger. Gregor Rutz, mein lieber Kollege, hat einmal auch hier im Haus gesagt, dass z. B. Kochsendungen und solche Dinge von den Privaten besser angeboten werden könnten. Doch wenn ich mir das Politische anschau, das uns da serviert wird, dann muss ich sagen, ich wünschte mir, dass nur noch Kochsendungen gemacht würden.

Es heisst jetzt wieder – das können Sie im Internet usw. nachlesen –, die SVP wettere. Es ist ja bezeichnend, dass offensichtlich nur die SVP wettert und alle anderen sehr zufrieden sind, vor allem die regierungsnahen Organisationen. Wir haben ein SRF vor uns, das punkto Regierungstreue wirklich nur noch vom Bundesblatt übertrifft wird. Ganz generell stellen wir fest, dass eine Wirtschaftsfeindlichkeit herrscht. Die Idee, dass jemand Geld verdient, ist vielen beim SRF offensichtlich suspekt. Das Konservative und Bürgerliche wird einem linken Mainstream folgend als überholt hingestellt. Selbstverständlich ist aber alles gut, was irgendwie mit der EU zu tun hat. Das können Sie praktisch bei jeder Sendung so feststellen.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch die Wortwahl bzw. die Feststellung, wann von Lobbys die Rede ist. Es gibt die Agrarlobby, die Pharmalobby, die Bankenlobby. Immer, wenn etwas negativ ist, wird dieser Begriff verwendet. Es gibt aber auch eine SRF-Lobby. Das konnte ich gerade feststellen. So habe ich zum Beispiel gestern zwei E-Mails mit Argumenten gekriegt, warum wir die No-Billag-Initiative zur Ablehnung empfehlen sollten. Das eine war von Infosperber. Sie wissen vielleicht, dass diese Plattform von ganz, ganz links aussen stehenden Altlinken betrieben wird. Sie haben sogar gefordert, man müsse jetzt für SRF auf die Strasse gehen. Das ist also ein sehr engagierter Einsatz von ganz links.

Interessant war dann auch das E-Mail von Swiss Olympic. Diese Organisation hat auch gesagt, man solle die No-Billag-Initiative ablehnen. Ihr geht es natürlich ums Geld, denn nur, weil zwangsgebührenfinanziert so viel Geld zusammenkommt, kann so viel Geld in den Sport fließen. Ob dieser Sport jemanden interessiert oder nicht, wird gar nicht gefragt. Das führt natürlich dazu, dass in gewissen Sportkategorien enorme Transfersummen bezahlt werden können oder dass sportliche Grossveranstaltungen enorme Summen verschlingen. Das meiste von diesem Geld stammt aus Zwangsgebühren. In einem privaten Wettbewerb wäre das wesentlich günstiger.

Es wurde schon erwähnt: Der Service public von SRF ist immer wieder ein Thema. Leider hat sich seit der letzten Abstimmung über das RTVG in dieser Hinsicht, in der politischen Ausrichtung überhaupt nichts geändert. Ich muss darum sagen: Jede Kürzung bei diesen Finanzen ist im Grunde eine Lenkungsmaßnahme für mehr Ausgewogenheit. Gegen Lenkung haben die Linken in der Regel ja nichts einzuwenden.

Deshalb kann ich Sie nur aufrufen, hier auch die Initiative oder zumindest den Gegenvorschlag zu unterstützen.

Pardini Corrado (S, BE): Sehr geehrter Kollege Zanetti, ich habe Ihren Ausführungen mit Interesse zugehört. Sie haben in einer Passage gesagt, dass regierungsnahen Organisationen mit der SRG zufrieden seien. Würden Sie etwa die SVP trotz zwei Vertretern im Bundesrat als regierungsfremde Organisation bezeichnen?

Zanetti Claudio (V, ZH): Was die Vertretung in wichtigen Gremien anbelangt, ist das eindeutig so, sind wir doch in vielen Gremien total unterrepräsentiert. Auf der anderen Seite woll-

te die SVP aber natürlich nie eine Partei der Beamten sein. Wir befinden uns hier gewissermassen in einem Dilemma.

Béglé Claude (C, VD): Ce qui est en jeu ici, c'est la défense des valeurs suisses, de la culture suisse, le contenu spécifiquement suisse dans les émissions, car notre beau pays, dans sa diversité, n'atteint à bien des égards pas la masse critique qui lui permettrait de financer sans subventions la production de contenus spécifiquement suisses. Il en va de la cohésion nationale, et cela concerne en particulier les minorités romande, italophone et romanche ainsi que les régions périphériques.

A cet égard, les médias audiovisuels de Suisse romande ont lancé hier un logo dont j'aimerais vous parler. Ce logo, créé par les radios privées romandes, les télévisions privées romandes et la RTS s'intitule tout simplement "Média de service public". Il se décline en service public général et régional. Les médias audiovisuels romands concrétisent ainsi la charte qu'ils ont signée au début de l'année dernière. Ils essaient de travailler ensemble pour informer les Romands de manière diversifiée, en collaborant dans différents domaines, tels que la formation, les archives, les prestations numériques ou encore la production de certaines émissions. L'initiative "No Billag" et un éventuel contre-projet mettraient en danger cette entente entre Romands. L'affaiblissement des paysages audiovisuels de notre pays, c'est la porte ouverte non seulement aux télévisions étrangères – déjà très présentes –, mais aussi aux radios étrangères qui n'attendent que cette opportunité.

Il faut certes éviter que le poids prépondérant de la SSR étouffe les initiatives des autres acteurs, dont la presse écrite en premier lieu. Leur travail d'enquête et d'investigation, leurs reportages originaux, leurs tribunes de parole, leur liberté d'opinion et la diversité qui en résulte nourrissent intensément le débat et la réflexion, ceci pour autant, bien sûr, que soit réservée l'indépendance d'opinion des rédactions romandes notamment.

Par ailleurs, il faut absolument unir les efforts de tous, secteur public et secteur privé réunis, pour permettre en Suisse comme ailleurs l'émergence du numérique, parce que, à moyen terme, tous se retrouveront dans le même panier et nous, Suisses, risquons de nous retrouver la tête sous l'eau, pris dans le maelstrom de la globalisation du monde des médias. Ne nous trompons pas d'ennemi.

Cela étant, j'aimerais encore attirer votre attention sur trois points qui figurent dans le texte de l'initiative "No Billag" et dont on a très peu parlé:

1. "La Confédération met régulièrement aux enchères des concessions de radio et de télévision." Cela veut dire que les entreprises actuelles avec leurs propriétaires, leurs actionnaires et leurs collaborateurs, seraient régulièrement mises sous pression par la vente aux enchères de leur concession. Ce serait la porte ouverte à des achats par de grands groupes européens, allemands et français en tête, qui ont des moyens considérables; les groupes suisses ne pourraient pas résister.

2. "Elle" – la Confédération – "ne subventionne aucune chaîne de radio ou de télévision. Elle peut payer la diffusion de communiqués officiels urgents." Concrètement, cela veut dire que les communiqués urgents ne seraient plus diffusés qu'à Genève, Lausanne, Berne, Lucerne, Bâle, Zurich et Saint-Gall, car partout ailleurs, dans les régions périphériques et de montagne, il n'y aurait plus de média audiovisuel pour les diffuser.

3. "En temps de paix, la Confédération n'exploite pas ses propres chaînes de radio ou de télévision." Cela veut dire, a contrario, que la Confédération devrait exploiter des chaînes en temps de crise ou de guerre. Que prépareraient ces chaînes? Qui les financerait? Qui les organiserait? Pour ceux qui ont vécu le temps de la Division information, presse et radio, les coûts d'une telle organisation sont connus; il s'agit de centaines de millions de francs.

Toutes ces raisons montrent que l'initiative "No Billag" et un éventuel contre-projet n'ont rien à faire dans notre paysage médiatique. La presse écrite passe par une période d'adaptation difficile, et "No Billag" risque, en plus, de dé-

truire les médias audiovisuels existants. L'heure est plutôt à la concertation entre les divers acteurs, pas à la destruction de la SSR. Ne nous tirons pas une balle dans le pied et protégeons notre cohésion nationale dans toute la diversité culturelle de ses régions.

Je vous appelle à recommander le rejet tant de l'initiative que d'un éventuel contre-projet.

Semadeni Silva (S, GR): L'iniziativa popolare "No Billag" mira all'abolizione del canone radiotelevisivo e nell'interesse del nostro bel paese plurilingue dev'essere rifiutata senza compromessi, come ha già fatto il Consiglio degli Stati.

Abolire il canone radiotelevisivo significa, né più né meno, abolire la SSR. Togliendole tre quarti delle entrate, la SSR non sopravvivrà. Considerando il numero degli utenti, né la Suisse romande, né la Svizzera italiana e men che meno la Svizra rumantscha potrebbero permettersi un'offerta radiotelevisiva di alta qualità. Oltre il 25 per cento dei canoni televisivi della Svizzera tedesca vengono investiti nelle tre regioni linguistiche minoritarie – questa è solidarietà nazionale.

Affermare che la SSR deve finanziarsi senza il canone, come fanno i promotori dell'iniziativa "No Billag", significa prenderci per il naso, prendere per il naso le minoranze latine. Solo una SSR forte, con un finanziamento garantito e un congruo finanziamento al suo interno, può produrre servizi di alta qualità nelle quattro lingue nazionali. Buona parte delle prestazioni della SSR non sono finanziabili in modo privato e commerciale. L'alternativa sarebbe un deserto mediatico per una parte della Svizzera e un vero e proprio impoverimento culturale del nostro Paese.

La SSR non è perfetta e dev'essere criticata e migliorata dove ne fa bisogno. Perfino per quanto riguarda la coesione nazionale la SSR può fare di più, come aveva preteso già nel 2010 il consigliere agli Stati grigionese Theo Maissen. Il Parlamento l'ha sostenuto pienamente. E con il rinnovo della concessione, il Consiglio federale intende integrare meglio questi intenti nei compiti della SSR.

La SSR offre informazioni di alta qualità, programmi formativi ed educativi, documentazioni, divertimento e sport in tutte le lingue nazionali – per piacere, non dimenticate questo aspetto! Offre anche la promozione della cultura, del cinema e della musica svizzeri di tutte le regioni della Svizzera. Rafforza così la cultura e l'identità del nostro paese. Coinvolge nei dibattiti importanti per il nostro paese anche le regioni periferiche e di montagna. Le sue prestazioni meritano sì qua e là dei miglioramenti, ma la SSR resta indispensabile e insostituibile per la Svizzera quadrilingue. Addio RSI, addio Radiotelevisioni rumantscha – a chi vuole smantellare la SSR rispondiamo "Nein", no, no all'iniziativa "No Billag" e no anche al controprogetto dell'UDC, che metterebbe a sua volta a rischio la situazione mediatica della Svizzera latina.

Grazie per votare no a questa iniziativa!

Tuena Mauro (V, ZH): Ich nehme es vorweg: Sie finden mich in keinem Komitee der No-Billag-Initiative. Ich muss Ihnen aber sagen, wenn ich übernächste Woche der No-Billag-Initiative zustimme, dann tragen Sie die Verantwortung dafür. (Heiterkeit) Sie wollten den Antrag der Minderheit Rutz Gregor nicht unterstützen. Sie haben kein Musikgehör für eine 10-prozentige Kürzung. Sie wollen alles. Da bleibt mir ja nichts anderes übrig, als diese No-Billag-Initiative zu unterstützen.

Ich halte es gleich wie meine Kollegin Natalie Rickli: Ich habe nichts dagegen, wenn die SRG Nachrichten ausstrahlt, Frau Bundespräsidentin. Das gehört tatsächlich zum Service-public-Auftrag. Da bin ich auch bereit, ein paar Franken zu bezahlen. Aber ich bin nicht bereit, definitiv nicht bereit, 1,2 Milliarden Franken für Folgendes zu bezahlen: Ich habe hier heute eine interessante Zeitschrift gefunden, "TV täglich". Donnerstag, 14. September, SRF 2 – Frau Bundespräsidentin, da frage ich mich dann schon, was das mit Service public zu tun hat –, "Undateable" 9.30 Uhr, "Immer wieder Jim" 9.50 Uhr, dann "Kommissar Rex" 10.15 Uhr, um 11 Uhr "Julia", 11.45 Uhr "Alisa", 12.30 Uhr "Immer wieder Jim" und so weiter. "Magnum", "Soko Wien", "Kommissar Rex", "Jamies 30-Minuten-Menüs", "What's a man", dann am Abend ein Film,

"Ready, Steady, Golf!", "Brüno" und so weiter. Frau Bundespräsidentin, das hat doch mit Service public nichts zu tun! Ich erlaube mir noch eine Zusatzbemerkung. Ist es tatsächlich nötig – ich oute mich jetzt hier, ich bin ein "Tatort"-Fan, ich schaue am Sonntagabend jeweils den "Tatort" –, dass die Schweiz einen "Tatort" für 2,4 Millionen Franken pro Ausgabe produziert, den kaum jemand schaut, der nicht spannend ist und der irgendwelche Klischees verbreitet?

Vielleicht, Frau Bundespräsidentin, sollte die SRG – da haben Sie genügend Einfluss – einmal über die Bücher gehen. Dann können wir wieder zusammen sprechen. Aber bis dahin, muss ich Ihnen sagen, werde ich diese No-Billag-Initiative in der Schlussabstimmung unterstützen.

Egger Thomas (C, VS): Wenn ich diese Debatte etwas verfolge, bin ich schon erstaunt, wie hier einfach ein SRG-Bashing betrieben wird. Dabei geht allerdings vergessen, dass dies nicht nur eine No-SRG-Initiative ist, offensichtlich, sondern dass diese vor allem auch den Tod der rund 34 regionalen Radio- und Fernsehsender bedeuten würde. Genau das wäre es doch, denn diese Sender sind existenziell auf ihre Anteile aus dem Gebührensplitting angewiesen.

Schauen wir uns kurz die Zahlen an: Bei den Radiosendern ist es rund die Hälfte der Einnahmen, die aus diesen Gebührenerträgen kommt. Bei den Fernsehsendern sind es bis zu zwei Drittel, die aus diesen Erträgen kommen. Diese Erträge können Sie nicht einfach kompensieren. Wenn die Initianten nun meinen, man könne diese Erträge beispielsweise durch Werbeeinnahmen kompensieren, dann mag das vielleicht für einen nationalen Sender in einem grossen Zentrum stimmen, aber sicher nicht für eine Radio- oder eine Fernsehstation in einem Berggebiet, wo der Markt schlichtweg zu klein ist. Dieser Werbemarkt existiert nicht! Diese Initiative muss deshalb zwingend abgelehnt werden, ebenso wie der Gegenvorschlag, denn auch eine Halbierung der Mittel wäre für diese regionalen Radio- oder Fernsehsender existenzbedrohend.

Lassen Sie mich vielleicht noch zwei, drei andere Punkte anfügen. Viele von Ihnen waren wahrscheinlich früher in einem Kantonsparlament oder in einem Gemeinderat. Wer in Ihrer Region berichtet über die Sitzungen aus diesen Parlamenten? Ist es die SRG? Oder ist es nicht vielmehr der regionale Radio- oder Fernsehsender? Sie sind froh, wenn diese Berichterstattung stattfindet. Vorhin hat Lukas Reimann gesagt, er schaue dann diese Information auf Tele Südostschweiz an. Aber das gibt es nachher nicht mehr, sorry! Wenn Sie diese Initiative annehmen, gibt es kein Tele Südostschweiz mehr, dann können Sie dort auch die Informationen nicht mehr beziehen! Das ist regionaler Service public, das sind diese 34 Sender. Sie prägen damit auch ganz wesentlich die Identität in unseren Regionen, denn sie berichten über das gesellschaftliche, das kulturelle, das politische und das wirtschaftliche Leben in diesen Regionen. Ein Beispiel aus meinem Kanton, Mathias Reynard hat es bereits erwähnt, ist Canal 9, der als zweisprachiger Sender wirklich den Link zwischen der deutschen und der französischen Sprachgruppe herstellt.

Wenn wir die Radiosender betrachten, müssen wir auch die Investitionen in die Technologien anschauen. Alle mussten jetzt auf den neuen Standard DAB plus umstellen. Hätten Sie das tun können ohne diesen Anteil am Gebührensplitting? Wohl kaum! Es war wichtig, dass sie diese Investition tätigen – sonst hätten wir als Konsumenten heute verschiedene Technologien im Einsatz. Wenn Sie dann im Auto herumkurven, müssen Sie vielleicht einmal auf einen DAB-Sender und das nächste Mal auf einen herkömmlichen Sender umstellen. Das kann es nicht sein, das liegt auch nicht im Interesse der Konsumenten.

Letztlich – das wurde heute noch gar nicht erwähnt – sind gerade diese regionalen Radio- und Fernsehsender auch wichtig für die Ausbildung der jungen Journalisten, denn diese starten ihre Karriere oft bei diesen Sendern und gehen dann die Karriereleiter hoch. Hier gibt es also auch einen sozialen Aspekt, der sehr wichtig ist.

Diese Sender würden bei einer Annahme der Initiative oder des Gegenvorschlages vom Markt verschwinden. Deshalb muss die Initiative abgelehnt werden. Die Initiative wäre genau das Gegenteil von mehr Markt: Es wäre ein quasi ein-

seitiges Monopol, dann vielleicht von einigen wenigen kommerziellen Sendern. Dank den regionalen Sendern haben wir heute einen Markt, der zwischen den regionalen, zwischen den nationalen Sendern spielt. Das muss unbedingt weiterhin so bleiben. Wir möchten keine Verhältnisse wie in Italien. Ich bitte Sie daher, sowohl die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen als auch den Gegenvorschlag abzulehnen.

Reimann Lukas (V, SG): Eine ganz sachliche Frage: Wie viele Franken und Rappen gehen von den 450 Franken an die Regionalen, und wie viel davon geht an die SRG?

Egger Thomas (C, VS): Es gehen, das wissen Sie, 5 Prozent an diese Sender – das können Sie jetzt umrechnen, ich werde das für Sie jetzt nicht machen. Aber für diese Sender ist das existenziell. Ich gebe Ihnen ein ganz konkretes Beispiel, wieder Canal 9 bei mir in der Region. Dieser kann ohne diese Gelder nicht überleben, sie machen zwei Drittel der Einnahmen aus. Diese Leute haben letztes Jahr sogar eine Kollekte bei der Bevölkerung gemacht, damit dieser Sender weiterexistieren kann. Dort ist nochmals eine Million Franken zusammengekommen.

Schwaab Jean Christophe (S, VD): Herr Tuena hat "Ready, Steady, Golf!" angesprochen. Wissen Sie, wo letzte Woche die neueste Folge gedreht wurde? In Bourg-en-Lavaux, und Sie wissen genau, wo Bourg-en-Lavaux liegt, wir waren an der auswärtigen Sitzung der Kommission für Rechtsfragen dort. Wissen Sie, meine Damen und Herren: Wenn eine Fernsehsendung diese wunderschöne Region, das Unesco-Welterbe Weinberg Lavaux, für das Deutschschweizer Publikum entdeckt, dann gehört dies zum Service public.

Je crois que cette initiative pourrait s'appeler plutôt "No Switzerland"! Tout d'abord son titre, en anglais, marque un profond mépris pour les langues nationales. Pourquoi n'a-t-on pas trouvé un titre en français, en allemand, en italien et en romanche? Je crois que derrière ce mépris pour les langues nationales se cache un profond mépris pour les minorités linguistiques et un profond mépris pour la cohésion nationale, qui a besoin d'un service public.

Nous voyons aujourd'hui ce qui se passe dans les médias privés – cela a été dit tout à l'heure par Monsieur Tornare: aujourd'hui, la rédaction de "La Tribune de Genève" va être déplacée à Lausanne. Et c'est un Vaudois qui vous le dit! Demain, en matière d'audiovisuel, nous pouvons être sûrs qu'il n'y aura plus de rédaction à Sion, à Vevey, à Fribourg. Il n'y en aura même plus à Lausanne, même avec le contre-projet préparé par les milieux économiques!

Probablement que le service public destiné à la Romandie sera également déplacé à Zurich. Le service public destiné aux autres régions linguistiques sera également déplacé à Zurich. Et, en cas d'acceptation de l'initiative "No Billag", l'audiovisuel destiné à la Suisse romande ne sera plus produit en Suisse; il sera produit à Paris. Est-ce cela que nous voulons? Moi certainement pas!

C'est pour cela que je vous remercie de recommander le rejet de l'initiative et du contre-projet.

Präsident (Stahl Jürg, Präsident): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich mache Ihnen beliebt, das Geschäft hier zu unterbrechen. Wir werden am Montag der letzten Sessionswoche, am 25. September, mit Herrn Glättli als erstem Sprecher fortfahren. Wie angekündigt werden wir diese Volksinitiative in einer Open-End-Sitzung hoffentlich zu Ende beraten können.

Ich bedanke mich bei den Kommissionssprechern und unserer Frau Bundespräsidentin.

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*